ARCHITEKTUR
r DDR

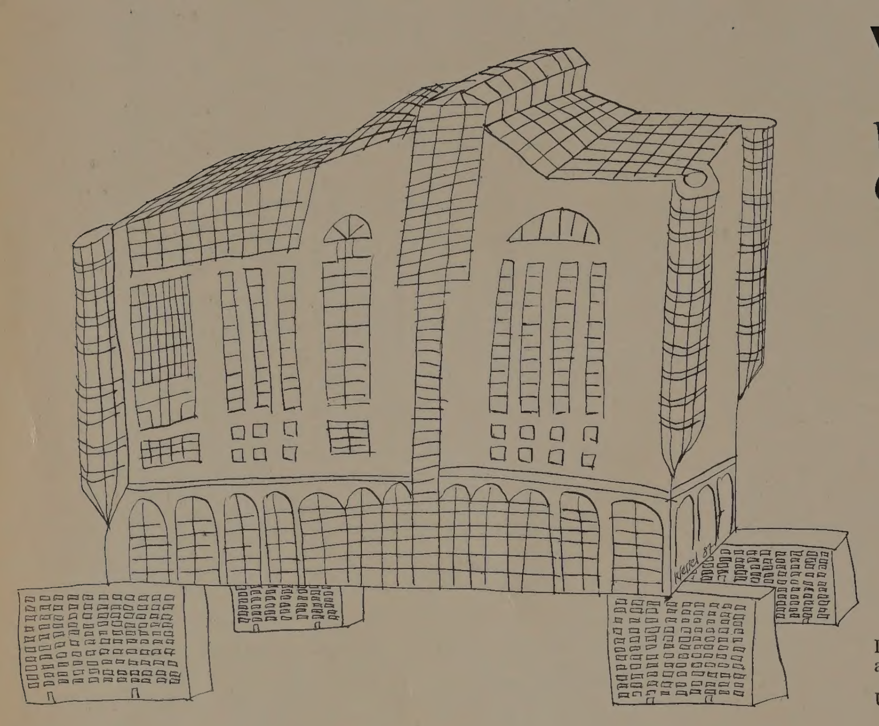


00

itektur – Soziologie – Ökonomie
iteht der Nutzer?

Visionen

von Gerd Wessel



Links: Neue Gestaltungsqualität, aber auf der Grundlage von . . .

Unten: Wiek-end-Häuser

Die Zeitschrift „Architektur der DDR" erscheint monatlich

Jahresbezugspreis
DDR: 06000, Ausland: 120,– DM

Einzelheftpreis
DDR: 00500, Ausland: 10,– DM

Die Bezugspreise für das Ausland gelten ausschließlich Mehrwertsteuer, Verpackung und Versand.

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der DDR:
Sämtliche Postämter und der VEB Verlag für Bauwesen Berlin

BRD und Berlin (West):
ESKABE Kommissions-Großbuchhandlung, Postfach 36, 8222 Ruhpolding/Obb.; Helios Literatur-Vertriebs-GmbH, Eichborndamm 141/167, Berlin (West) 52; Kunst und Wissen, Erich Bieber OHG, Postfach 46, 7000 Stuttgart 1; Gebrüder Petermann, Buch + Zeitung INTERNATIONAL, Kurfürstenstraße 111, Berlin (West) 30

Österreich
Helios Literatur-Vertriebs-GmbH & Co. KG, Industriestr. B 13, 2345 Brunn am Gebirge

Schweiz:
Verlagsauslieferung Wissenschaft der Freihofer AG, Weinbergstr. 109, 8033 Zürich

Im übrigen Ausland:
Der internationale Buch- und Zeitschriftenhandel, Auslandsbezug wird auch durch den AHB Buchexport der DDR, DDR – 7010 Leipzig, Leninstraße 16, und durch den Verlag vermittelt.

Gesamtherstellung
Druckerei Märkische Volksstimme, Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01), Potsdam, 1561
Printed in GDR

Anzeigen
Alleinige Anzeigenverwaltung: VEB Verlag Technik, Oranienburger Straße 13/14, Berlin, 1020, PSF 201, Fernruf 28700, Gültiger Preiskatalog 286/1

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Französische Straße 13/14, Berlin, 1086
Verlagsdirektor:
Dipl.-Wirtsch. Ruth Schwanke
Telefon 203410, Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin, Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin (Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „Architektur der DDR"
VEB Verlag für Bauwesen,
Französische Straße 13/14, Berlin, 1086
Telefon 20341267 · 20341268
Lizenznummer: 1145
Artikelnummer: 5236

Redaktionsschluß
Kunstdruckteil: 5. Dezember 1989
Illusteil: 11. Dezember 1989

Titelbild
Viele Spargroschen der Bürger flossen in den Wohnungsbau. Was kam dabei heraus? (Situation im Wohngebiet Dresden-Prohlis)
Foto: G. Trepte, Dresden

Fotonachweis
DEWAG/P. Bundermann (9), M. Börner (8), T. Kalman (12)

ISSN 0322-3413
Architektur der DDR Berlin **39** (1990), Februar, **2**, S. 1–56

Herausgeber:
Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion:
Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Detlev Hagen, Fachredakteur
Petra Becker, Redakteurin
Christa Laasch, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung:
Joachim Hiebsch

Korrespondenten im Ausland:
Janos Böhönyey (Budapest), Daniel Kopeljanski (Moskau), Luis Lapidus (Havanna), Methodi Klassanow (Sofia)

Akut

Offener Brief

an den Bundesvorstand des BdA/DDR
an die Zentrale Fachgruppe Landschaftsarchitektur
an die Zeitschrift Landschaftsarchitektur
an die Zeitschrift Architektur der DDR

Der BdA der DDR führt im Untertitel die Bezeichnung Fachverband der Architekten – doch ist er keinesfalls eine Berufsorganisation der Architekten und Landschaftsarchitekten: ein hoher Prozentsatz seiner Mitglieder hat weder mit Architektur zu tun noch damit etwas im Sinn.

In unzulässiger Weise hat ein inkompetenter Minister über einen willfährigen Präsidenten den BdA zum willenlosen Instrument seiner selbstherrlichen Politik gegen Qualität und für Quantität im Bauwesen degradiert – die Folgen sind in unseren Städten sichtbar und auch wir Architekten haben daran Schuld: wir haben uns nicht energisch genug widersetzt.

Gleiches gilt für die Landschaftsarchitekten, die zum „Begrünungs-Fachverband" abgesunken sind und ihre ökologische Gesamtverantwortung für den sparsamen Umgang mit den Naturressourcen und eine lebenswerte Umwelt der Menschen nicht wahrgenommen haben. Landschaftsplanung als Instrument zur Durchsetzung ökologischer Belange ist weder ernsthaft angestrebt noch durchgesetzt worden.

Mit Hilfe des Vorsitzenden der Fachgruppe ist es dem Präsidium des BdA gelungen, die Fachgruppe Landschaftsarchitektur (als eine der aktivsten des BdA) von ihrer internationalen Arbeit und Verpflichtung fernzuhalten. Die DDR mit einer traditionell hochentwickelten Landschaftsarchitektur und -kultur gehört zu den wenigen Ländern, die im Internationalen Verband der Landschaftsarchitekten (IFLA) nicht vertreten sind. Damit wurde nicht nur dem Beruf, sondern auch der DDR moralischer Schaden zugefügt.

Die Fachrichtung Landschaftsarchitektur an der TU Dresden fordert in ihrer Verantwortung für den beruflichen Nachwuchs und aus ihrer Kenntnis der weltweiten Situation die Zentrale Fachgruppe – ebenso wie den Bundesvorstand des BdA – auf, die bisherige Haltung zu überprüfen, personelle Konsequenzen in der Leitung zu ziehen und für eine Erneuerung des Berufsverbandes im Sinne einer fachlichen Zielstellung Position zu beziehen:

- wenn der BdA nicht in der Lage ist, der Rolle und Bedeutung der Landschaftsarchitektur gerecht zu werden, so muß ein neuer, eigener und selbständiger Verband der Landschaftsarchitekten gebildet werden, notfalls in enger Anlehnung an den BdA,
- für den Verband der Landschaftsarchitekten sind ein neuer Vorstand zu wählen und eine neue Satzung auszuarbeiten,
- der Beitritt zur IFLA ist voranzutreiben und durch Wahl eines Vorbereitungskomitees sowie der Ständigen Delegierten zum Großen Rat zu beschließen,
- die Zeitschrift Landschaftsarchitektur ist grundlegend umzugestalten und zu einem die DDR international würdig repräsentierenden Niveau zu entwickeln. Dazu sind das Redaktionskollegium neu zu wählen, eine Arbeitsordnung auszuarbeiten und das Programm dem Vorstand des Verbandes zur Bestätigung zuzuleiten. Wir, d. h. die Mitarbeiter des Lehrkörpers und die Studenten, sind zur aktiven Arbeit in einem erneuerten Verband bereit.

Prof. Dr. Harald Linke

Unsere Redaktion erhält derzeit zahlreiche Zuschriften, Beiträge und Erklärungen von Lesern. Das ist ein erfreulicher Ausdruck eines neuen demokratischen Selbstbewußtseins. Die Fülle der uns zugesandten Texte sprengt jedoch unsere Möglichkeiten. Wir bitten um Verständnis, daß wir aus Platzgründen nicht alle Einsendungen veröffentlichen können, werden aber bemüht sein, gerade unterschiedliche Auffassungen darzustellen. Red.

Aufruf

Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in unserem Lande werden gegenwärtig von einer demokratischen Reformbewegung erfaßt. Der Bund der Architekten der DDR schweigt dazu. Offenbar sind seine Funktionäre in ideologischem Dogma erstarrt und seine Strukturen so verkrustet, daß er dem Aufbruch der Künstler der DDR „wider den Schlaf der Vernunft" nicht zu folgen vermag. Heute führt der BdA ein Schattendasein in selbstverschuldeter Isolation.

Vertritt dieser Fachverband noch die Interessen der Mehrheit der Architektinnen und Architekten dieses Landes? Nein! Das beweisen die vielfältigen Aktionen einzelner und Gruppen an der Basis.

Es ist an der Zeit, die Frage zu stellen, ob eine Reform des BdA im Rahmen seiner bestehenden Strukturen denkbar und durchführbar ist, ob er sich noch als wandlungsfähig erweist oder ob die kommende Entwicklung nur in neuen Strukturen möglich wird. Darüber muß eine öffentliche Aussprache beginnen, zu der wir hiermit aufrufen.

Wir Architektinnen und Architekten wollen am Reformprozeß in unserem Lande teilnehmen und suchen deshalb den Dialog sowohl mit den herrschenden Parteien und Organisationen als auch mit den neu entstandenen Gruppen der Reformbewegung und den nicht organisierten Bürgerinnen und Bürgern.

Dieser Dialog setzt die Reform oder Neubildung unseres Fachverbandes voraus. Wir brauchen eine demokratische Organisation für unsere Berufsgruppe, die allein ihren Mitgliedern und deren gesellschaftlichen Auftrag zur Gestaltung einer menschenwürdigen baulichen Umwelt verpflichtet ist, eine Organisation, die jeglichen Führungsanspruch einer Partei ablehnt.

Unsere Zeit ist bewegend und durch eine tiefe Vertrauenskrise zwischen großen Teilen des Volkes und der Parteiführung der SED charakterisiert. Die politischen, sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Widersprüche vertiefen sich. In diesem Spannungsfeld verschiedener gesellschaftlicher Kräfte müssen wir Architektinnen und Architekten unsere Position neu bestimmen.

Wir brauchen eine kritische und vor allem selbstkritische Analyse unserer bisherigen Arbeit. Wir brauchen aber auch eine solche Analyse des gesamte Baugeschehens. Dazu müssen sich die jetzt immer noch Verantwortlichen im Parteiapparat, im Ministerium für Bauwesen, in der Bauakademie und anderen betrieblichen Strukturen bekennen, wenn sie Glaubwürdigkeit erfahren wollen. Viele Fragen und Probleme stehen vor uns, von denen wir nur einige nennen können:

- Erschreckender Verfall deutscher Kulturlandschaften, ihrer charakteristischen traditionellen Städte, Stadtkerne, Altbaugebiete und Dörfer
- Zunehmende Zerstörung von Natur und Kultur durch standardisierte Betonbauten auf fruchtbaren Feldern am Rande der Städte, auf den Höhen der Bergstädte, neben organisch gewachsenen Dörfern
- Verschlechterung der sozialen Lebensqualität in den Altbaugebieten
- Ökologische Ignoranz durch administrative Kurzsichtigkeit
- Alternativlosigkeit zum Monopol des Großtafelbaus
- Mißverständnis der modernen Architekturströmungen
- Dominanz staatlich festgeschriebener Bautechnologien und der Tonnenideologie über die tatsächlichen Bedürfnisse aus Lebensweise und Kultur
- Bevorzugte Planung und Ausführung von Bauwerken für DDR-Unternehmen, die in Devisen bezahlen
- Sonderbauvorhaben für Privilegierte
- Ungenügende Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Entstehungsprozesse städtebaulicher und architektonischer Planungen
- Ungenügende Förderung des genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbaus
- Unterdrückung von Innovation und Kreativität in den Projektierungs- und Baubetrieben
- Durch das Ministerium für Bauwesen verordnete Mangelwirtschaft an Materialien des Roh- und Ausbaues
- Niedergang des Bauhandwerkes, besonders der Betriebe der Ausbaugewerke

Liebe Architektinnen und Architekten, wir sind bereit, Verantwortung im Prozeß der Umgestaltung zu übernehmen. Eine höhere Verantwortung muß jedoch mit entsprechenden Entscheidungsmöglichkeiten ausgestattet sein. Wir wollen selbständiger arbeiten, aus der Anonymität heraustreten. Die notwendigen Bedingungen für eine Arbeitsweise müssen erst geschaffen werden. Deshalb fordern wir:

1. Das in der DDR gültige Gesetz über die Vorbereitung und Durchführung von Investitionen ist aufzuheben und durch ein den künftigen Erfordernissen angepaßtes System der architektonischen und städtebaulichen Projektierung zu ersetzen.
2. Projektierungseinrichtungen mit Planungs- und Entwurfsaufgaben auf dem Gebiet der Architektur, des Städtebaues und der Landwirtschaftsgestaltung sind von den bauausführenden Betrieben administrativ und ökonomisch zu trennen. Sie bilden juristisch und wirtschaftlich selbständige Unternehmen.
3. Neben den staatlichen sind künftig genossenschaftlich organisierte und private Architekturbüros zuzulassen.
4. In der DDR ist eine Architektenkammer mit bezirklichen Gliederungen zu bilden. Die Tätigkeit der Architekten und der Büros ist durch eine entsprechende gesetzliche Regelung inhaltlich und formell zu bestimmen. Es ist eine Honoraranordnung zu erlassen und der Rechtsschutz zu gewährleisten.
5. Neben der Direktvergabe von Aufträgen ist der faire Wettbewerb zwischen den Architekten durch nationale und regionale Ausschreibungen zu entwickeln, um den Leistungswillen zu stärken und die Qualität der architektonischen und städtebaulichen Lösungen insgesamt zu erhöhen. Es muß zur Regel werden, daß die Preisträger ihre Lösungen auch selbst realisieren können.
6. Architektinnen und Architekten dürfen sich künftig im Rahmen von Bürgerinitiativen für lokale und regionale Bauaufgaben frei entfalten.
7. Der ungehinderte Kontakt zu ausländischen Architekten und Architekturbüros sowie deren Verbände ist zu gewährleisten. Das Privileg Reisekader ist abzuschaffen.
8. Die Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit muß garantiert werden. Dazu gehört eine wesentlich verbesserte Ausstattung der Fachbibliotheken mit Büchern und Zeitschriften, die Möglichkeit des Kaufs ausländischer Standardliteratur und des Abonnements ausländischer Zeitschriften. Die DDR-Fachzeitschriften sind grundsätzlich neu zu gestalten.
9. Es muß künftig möglich werden, daß sich die Architektinnen und Architekten zum Zwecke des Studiums oder der beruflichen Betätigung zeitweilig in ausländischen Architekturbüros, an Hochschulen, Universitäten und in Organisationen der Entwicklungshilfe aufhalten dürfen.
10. Die Teilnahme an internationalen Wettbewerben wird allen Berufskollegen ermöglicht und rechtlich abgesichert.
11. Der Staat hebt das Monopol über Bautechnologien auf und schafft damit Raum für Innovation und Kreativität. Die einzigen gestalterischen, funktionellen, konstruktiven und ökonomischen Bedingungen, denen die Arbeit von Architekten unterliegt, sind die des jeweiligen Auftrags.

Das sind einige Reformen, die wir brauchen, um Wesen und Inhalt unserer architektonisch-städtebaulichen Projektierung neu definieren zu können.

Liebe Architektinnen und Architekten!
Nur durch ein gemeinsames Denken und Handeln vieler kann der beschwerliche Weg der Erneuerung unseres Landes erfolgreich beschritten werden. Schließen Sie sich uns an. Bringen Sie Ihre Fragen, Meinungen und Vorschläge mündlich oder schriftlich auf den Tisch. Wir wollen als nächsten Schritt alle uns berührenden Probleme erfassen, analysieren und die programmatischen Schwerpunkte herausarbeiten, über die öffentlich diskutiert werden muß.

Dr. Walter Krüger (Tel. 37 83 23 54), Jens Ebert, Hermann Kornell, Ehrenfried Pieper, H.-Joachim Felke, Bernd Stich, Axel Pietsch, Dr. Peter Prohl, Jens Ruhe, Ursula Laate, Stefka Gelszus, Ehrhard Wotke, Wolfgang Pohle, H.-Günter Kreidel, Axel Ringler, Jürgen Lange, Detlef Grunske

Gespräch mit neuem Bauminister

Ein erstes Gespräch über Fragen einer neuen Baupolitik und Standpunkte der Architekten fand am 30. 11. 1989 zwischen Vertretern des BdA und dem neuen Bauminister statt. Der Minister für Bauwesen und Wohnungswirtschaft, Prof. Dr. Gerhard Baumgärtel, informierte dabei über Schritte zu einer neuen Baupolitik, die vor allem auf die Erhaltung des wertvollen Baubestandes gerichtet sein wird.

Von seiten des BdA wurden kritische Standpunkte und Forderungen der Architekten dargelegt, über die bereits ein breiter Konsens besteht. In Sorge um die Rettung wertvoller Stadtbereiche werde ein Stopp aller nicht notwendigen Bauvorhaben gefordert. Das Bauwesen müsse eine Schlüsselposition in der Volkswirtschaft erhalten. Qualität und Dauerhaftigkeit müsse Vorrang erhalten. Die städtebauliche Planung müsse aus den Bauämtern heraus. Ein freies Architekturschaffen erfordere eine Vielfalt der Formen vom selbständigen Projektierungsbetrieb bis zum genossenschaftlichen und privaten Büro. Dazu gehören eine Architektenkammer, eine Honoraranordnung, mehr Wettbewerbe und internationaler Austausch. Ein völlig erneuerter Architektenverband werde als unabhängiger Interessenvertreter der Architekten wirken.

Weiter wurden zu Fragen des künftigen Wohnungsbaus, zur Mitwirkung der Bürger, zur städtebaulichen und Raumplanung, zu Anforderungen an die Bauwirtschaft und die Tarifpolitik Meinungen ausgetauscht.
Erstes Fazit: Trotz unterschiedlicher Interessenlage in der Sache keine grundlegenden Meinungsunterschiede. Man müsse bald weiterverhandeln und Wege suchen, damit sich das Architekturschaffen frei entfalten kann.

TOYs for CHILDRENS REHABILITATION
ICSID Interdesign Bauhaus Dessau
(9. 9. 1990–22. 9. 1990)

Das Amt für industrielle Formgestaltung veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Verband Bildender Künstler der DDR vom 9.–22. 9. 1990 im Bauhaus Dessau ein Interdesign-Entwurfsseminar.

Dieses Seminar ist ein Beitrag zur UNO-UNESCO-Weltdekade der kulturellen Entwicklung und dient dem Entwurf von Spielmitteln für behinderte Klein- und Vorschulkinder.

Rehabilitationsspielzeug soll
- die Wahrnehmung, die Sinnes- und Bewegungsentwicklung fördern;
- zu aktivem Erkunden der Umwelt anregen;
- helfen, elementare Beziehungen zwischen Gegenständen und Funktionen zu verdeutlichen;
- die vielfältigen Beziehungen zu anderen Menschen deutlicher erfassen lassen und die Verhaltenserziehung fördern.

Solche Spielmittel werden benötigt, um Art und Ausprägung einer Schädigung zu erkennen, aber auch, um die individuelle Entwicklung sachgemäß fördern und die Schädigungen ausgleichen zu können. Eine Differenzierung der Gestaltungslösungen ergibt sich aus dem Grad der Schädigung und aus den Bedingungen es jeweiligen Lebensalters: Das Seminar orientiert auf solche Entwürfe, die mit einfachen Technologien realisiert werden können, z. B. in Rehabilitationswerkstätten oder in Produktionsstätten der Entwicklungsländer. Für geeignete Designlösungen werden Bauanleitungen und technische Empfehlungen erarbeitet, die veröffentlicht werden sollen.

Designer und Designerschulen aus mehreren Ländern haben bereits Ihr Interesse an einer Teilnahme bekundet.

Wer auf dem Gebiet Erfahrungen hat und diese in dem Interdesign-Seminar austauschen und vervollständigen will, kann sich direkt mit dem Veranstalter in Verbindung setzen.

Amt für industrielle Formgestaltung
Organisationsbüro Interdesignseminar 1990
Breite Str. 11
Berlin
1020



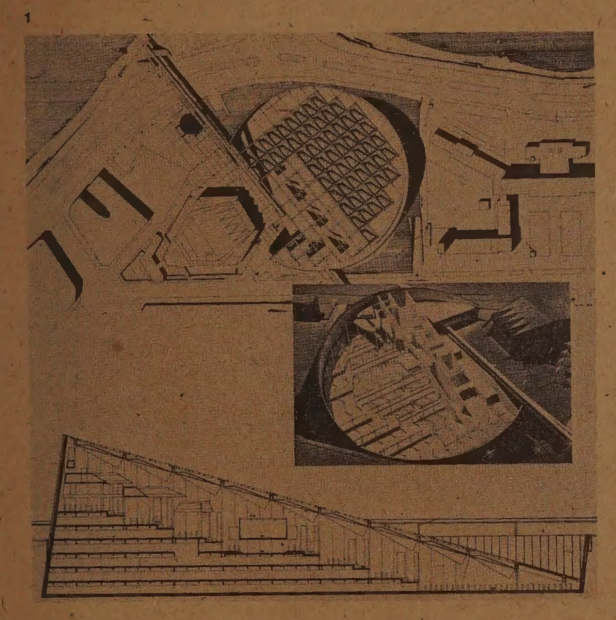
1 Ausgezeichnetes Projekt für die Bibliothek von Alexandria (Architekten: Shohetta Arkitektur Landskap und Partner)

2 Umbau des jüdischen Museums Safardi in Toledo (Architekten: Estudios DOS, Carmen Bravo Dura, Jaine Martinez Ramos, Madrid)

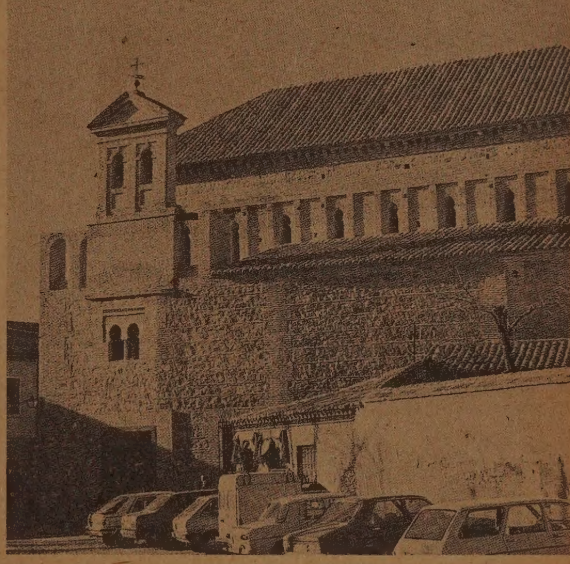
3 Wohnungsneubau am Place Fabien in Saint-Denis (Architekten: Vincent Sabatier und Jean Tribel)

4 D-Hotel in Osaka (Architekten: Kiyoshi Sey Takeyama)

1



2



3



4



Für einen neuen, unabhängigen BdA
Zur Reform des Fachverbandes

Das Vertrauensverhältnis zwischen den Architekten des BdA/DDR und dem Bundesvorstand sowie den Bezirksvorständen ist gestört bzw. besteht nicht mehr,
– da sie von der SED und den staatlichen Institutionen, vornehmlich dem MfB bevormundet werden und damit ihrer Verantwortung als fachlicher Interessenvertreter der Architekten unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit und humanistischer Weltanschauung nicht gerecht werden
– da sie nicht Interessenvertreter des Berufsstandes der Architekten sind
– da sie keinen schöpferischen Beitrag zu einer neuen Wende in der Kulturpolitik leisten
– da nicht versucht wurde, eine fachlich begründete Meinung in eine zu reformierende Sozial- und Baupolitik einzubringen.
Das verlorene Vertrauen kann nur dann zurückgewonnen werden, wenn sie sich in programmatischer Weise den Erfordernissen der Umgestaltung unserer Zeit stellen.

1. Die Mündigkeit und Gleichberechtigung aller Mitglieder müssen hergestellt werden
– Auflösung der SED-Parteigruppenorganisationen innerhalb der Vorstände muß umgehend erfolgen
– Gleichstellung der BdA-Mitglieder unabhängig von Partei- und Amtszugehörigkeit ist durchzusetzen
– Beseitigung der Klüngelwirtschaft z. B. bei der Vergabe von Auszeichnungen, Reisen, Posten und sonstigen Vergünstigungen
– Maßstab seien Leistung, Können und Qualifikation, nicht Funktion oder Beziehung für die Stellung innerhalb des Fachverbandes und der Gesellschaft

2. Wiederherstellung der Würde und des Selbstbewußtseins des Berufsstandes im Interesse der Gesellschaft
– Architekten und Stadtplaner sind dem Ministerium für Kultur und nicht dem Ministerium für Bauwesen zuzuordnen. Als Alternative dazu ist die Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Generalplanung, Städtebau und Architektur zu bedenken.
– Der Berufsstand des Architekten ist gesetzlich zu schützen und aussschließlich an fähige Kader zu vergeben, die die Befähigung nachgewiesen haben und diese turnusmäßig unter Beweis stellen müssen.
– Die Hochschulausbildung für Architekten und Städtebauer ist in größerer künstlerischer Breite anzulegen.
– Kreativität, Phantasie und Entwurfstraining müssen den Ausschlag geben. Hauptaugenmerk ist auf Funktion und Gestaltung zu legen.
– Architekten und Städtebauer sind Sachverwalter des Bauherren. Sie sind aus den Baukombinaten herauszunehmen und in eigenen komplexen Entwurfseinheiten, örtlichen Betrieben, Kollegien oder Ateliers zu organisieren, die aufgabengebunden flexibel zu Kollektiven zusammensetzbar sind.
– Eine entsprechende Gebührenordnung, z. B. analog, aber progressiv der ehemaligen GOA ist zu schaffen.
– Die Wettbewerbsordnung ist zu überarbeiten.
Die Kontinuität vom Entwurf bis zur Ausführung ist durchzusetzen. Der 1. Preis eines Architekturwettbewerbes wird Basis für die Ausführung. Das Wettbewerbsteam wird der Autor und Projektverantwortlicher.
– Die führende Rolle des gesellschaftlich engagierten Architekten im Prozeß der Vorbereitung, Ausführung und Abnahme der Bauleistungen ist gesetzlich anzustreben.
– Den Ballast an Gesellschaftsspielen innerhalb des Entwurfsprozesses ist abzuschütteln. Reglementierungen, Werkstandards, Pässe, Richtlinien etc. sollen nicht Hindernis, sondern Hilfe sein und müssen reduziert werden.

3. Beitrag zur Architektur als Bestandteil der Kulturpolitik
– Können, d. h. Phantasie und Kreativität, Leistung und Qualifikation des Architekten sind Maßstab für die Übernahme von fachlichen Aufgaben und einflußreichen, wenn kultur- und ausbildungsbestimmenden Funktionen.
– Die Stadt- und Regionalkultur sind zu fördern.
– Das extensive Bauen und der sogenannte Plattenbau in ihrer Ausschließlichkeit haben sich als kulturell und ökonomisch untauglich erwiesen, den Ansprüchen unserer Gesellschaft gerecht zu werden. Sie sind zu überwinden bzw. auf ein **erträgliches**, vernünftiges Maß zurückzunehmen.
– Kulturstätten, historische Bauten, historische Stadt-, Dorf- und Landschaftsstrukturen sind zu bewahren, stellen sie doch unermeßliche Werte dar. Nicht Lippenbekenntnisse, sondern Aktionen sind gefragt.
– Das Diktat der Baubetriebe ist zu überwinden.
Die Verantwortung des Bauherren ist Gesetz.
Die Baumethode und Bauausführung sind Instrument, nicht Ziel. Dies muß gesetzlich fundiert werden.
– Die Verbindung zwischen Architektur und Kunst ist stärker zu suchen – und zwar nicht in einem nur Nebeneinander oder einem bloß applizierenden Über- oder Aufeinander, sondern in einem Miteinander unter Vorherrschaft der Architektur.

4. Die Baupolitik ist zu verändern
– Die Subventionen für den Wohn- und Gesellschaftsbau müssen beseitigt werden. Die Sozialpolitik darf keine Gießkanne sein, die gleichermaßen bedürftige und Nichtbedürftige trifft! Wohnraum kann limitiert bzw. durch progressive Mieten o. ä. gelenkt werden.
– Qualität ist der Quantität gleichzusetzen und gesetzlich zu untermauern.
– Der Plattenbau hat sich volkswirtschaftlich unökonomisch und kulturfeindlich erwiesen,
• da er z. B. ein stabiles Raumgebilde in **nur** vorfertigungsgerechte, spröde invariable Teile zerlegt, die wieder unter großem Aufwand restabilisiert werden müssen
• da er doppelten Transport- und Energieaufwand erfordert
• da er den Standort und Genius loci vergewaltigt
• da er internationale, regionale und städtische Kultur mißachtet
• da er Inhumanität, Isolierung, Asozialität und Morbidität verursacht.
Er muß überwunden und durch industrielle und handwerkliche Bauweisen, wie Monolithbau, Mauerwerk, Stahl-, Holzfachwerk weitgehend zurückgedrängt werden.
– Eine leistungsfähige Bauindustrie, z. B. Ziegeleien, Sägewerke, sind landesweit aufzubauen.
– Die Wohnungsbaukombinate sind damit überlebt; sie sind in überschaubare Stadt- oder Landbaubetriebe mit regionaler Bindung aufzugliedern.
– Die traditionellen Handwerke und neue, dem industriellen Bauen adäquate Berufe, sind in großem Umfang zu fördern bzw. zu entwickeln.
– Der Plattenbau der vergangenen Jahrzehnte, die extensiven Wohngebiete, sind zurückzubauen und zu rehumanisieren.
– Baupolitik soll bürgernah und öffentlichkeitswirksam sein.
– Der Datschenbau in diesen Dimensionen muß untersagt werden, da er zusätzliche Infrastrukturen erfordert, Wegzeit-, Freizeit-Probleme aufwirft und Nischen-Psychologie fördert.
– Der Eigenheimbau ist dagegen entschieden zu steigern. Zusammen mit dem Eigentumswohnungsbau muß sein Anteil 50 % betragen. Damit werden Kräfte und Kapazitäten frei, um die Städte und Siedlungen vor dem völligen Verfall zu retten und die Industrieobjekte zu forcieren.
– Der Garagenbau ist auf dem Grundstück des Bauherrn abzudecken und nicht dem Nachbarn zuzumuten.
– Das Bauland ist wertvollstes Eigentum. Dies ist bei der Inanspruchnahme, Verkauf und Baupolitik gesetzlich zu schützen.
Natürlich sind dies alles Forderungen und Programme, die nicht kurzfristig, sondern mittelfristig und langfristig in Angriff genommen werden können.
Die aufgeworfenen Probleme harren nicht erst seit der durch den neuen Staatsratsvorsitzenden, Herrn Krenz, angekündigten Wende einer Antwort.
An der Basis wurden diese schon oft und ausgiebig diskutiert, aber durch die Leitung des Bundes nicht akzeptiert oder weitergetragen; ein Versuch zur Lösung dieser fundamentalen Probleme natürlich damit erst gar nicht unternommen.
Nun ist die Zeit mehr als reif.
Wir fordern den Bundes- und die Bezirksvorstände auf, sich in einem offenen Dialog, z. B. anläßlich eines außerordentlichen Bundeskongresses, diesen Anforderungen zu stellen oder den Weg frei zu machen für Architekten, die sich diesen Problemen widmen wollen und werden.

Dr.-Ing. Andres, NPT, Erfurt

Zukunft und Vergangenheit

Die Regierung der DDR ist neugebildet – ein Architekt steht dem Ministerium für Bauwesen vor. Damit sind zweifellos noch keine Fragen der weiteren Entwicklung unserer Städte und der Architektur gelöst. Grundsätzliche Veränderungen stehen noch aus, um die gravierenden Probleme unserer Stadtentwicklung effektiv angehen zu können. Kann dies überhaupt durch ein Ministerium für Bauwesen erreicht werden? In der noch existierenden Form gewiß nicht. Sollte nicht die gebildete Regierungskommission für „Gesellschaftsstrategie und Stadtentwicklung" eine ständige, parlamentarische Kommisssion werden? Doch neben dem Blick nach vorn muß die Quelle unserer heutigen dramatischen Situation gesucht werden. Dabei wird man nicht zuletzt bei den Verantwortlichen im (alten) Ministerium für Bauwesen suchen müssen. Entschuldigende Worte von Wolfgang Junker – mögen sie auch anerkennenswert sein – erübrigen die Analyse und – wenn es erforderlich – strafrechtliche Verfolgung nicht. Viele Fragen gäbe es. Vorn an stehen aber persönliche Maßregelungen, die – mindestens – einer Revision bedürfen. Hier sei das Vorgehen gegen Prof. Dr. Wolfgang Urbanski (ehem. BdA-Präsident) oder gegen Dr. sc. Bruno Flierl genannt.
Rehabilitierung und Untersuchung der persönlichen Verantwortung von Mitarbeitern des MfB, möglicherweise auch von Wolfgang Junker, gehören zu dringenden Aufgaben. Ohne konsequente Aufarbeitung unserer geschichtlichen Lasten können wir keine neue Zukunft haben. Architekturgeschichte ist demnach mehr, als nur das Beleuchten der „weißen Flecken" – sie hat auch moralische Funktion.

Dr. Harald Kegler
Bauhaus Dessau

Herzliche Glückwünsche

Architekt Friedrich Gebhardt, Leipzig
2. März 1925, zum 65. Geburtstag

Architekt Gerd Kraushaar, Gardelegen
2. März 1940, zum 50. Geburtstag

Bauing. Wilfried Arnhold, Berlin
3. März 1930, zum 60. Geburtstag

Architekt Günter Arold, Karl-Marx-Stadt
3. März 1930, zum 60. Geburtstag

Ing. Werner Franke, Dessau
3. März 1940, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Eberhard Schütz, Jena
3. März 1930, zum 60. Geburtstag

Bauing. Bernhard Könitzer, Gotha
6. März 1940, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Gerhard Pfeifer, Jena
6. März 1940, zum 50. Geburtstag

Prof. Dipl.-Ing. Peter Baumbach, Rostock
8. März 1940, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Udo Höfig, Berlin
8. März 1940, zum 50. Geburtstag

Architekt Siegfried Nau, Berlin
9. März 1930, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Ing. Lothar Schendel, Radeberg
9. März 1925, zum 65. Geburtstag

Dipl.-Gärtner Horst Baeseler, Berlin
10. März 1930, zum 60. Geburtstag

Architekt Werner Brunzlow, Leipzig
11. März 1925, zum 65. Geburtstag

Prof. Joachim Näther, Berlin
11. März 1925, zum 65. Geburtstag

Architekt Lotte Collein, Berlin
17. März 1905, zum 85. Geburtstag

Dipl.-Ing. Winfried Krause, Berlin
17. März 1940, zum 50. Geburtstag

Architekt Rudolf Mann, Zwickau
18. März 1910, zum 70. Geburtstag

Bauing. Alfred Maslonka, Berlin
18. März 1920, zum 70. Geburtstag

Gartenbauing. Klaus-Dieter Schmidt, Berlin
18. März 1940, zum 50. Geburtstag

Architekt Heinz Baldauf, Leipzig
19. März 1920, zum 70. Geburtstag

Bauing. Karl-Heinz Birkholz, Potsdam
20. März 1930, zum 60. Geburtstag

Prof. Dr. Johannes Bonitz, Halle
20. März 1925, zum 65. Geburtstag

Gartenbauing. Hans Budeke, Erfurt
20. März 1930, zum 60. Geburtstag

Arch. Erika Lindner, Dresden
20. März 1930, zum 60. Geburtstag

Arch. Roland Träger, Dresden
22. März 1930, zum 60. Geburtstag

Architekt Wilfried Heilmann, Leipzig
23. März 1930, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Ing. Günter Schmidt, Berlin
24. März 1940, zum 50. Geburtstag

Prof. Dr.-Ing Peter Korneli, Dresden
26. März 1930, zum 60. Geburtstag

Prof. Dr. Kurt Liebknecht, Berlin
26. März 1905, zum 85. Geburtstag

Prof. Dr.-Ing. Horst Grabner, Dresden
26. März 1910, zum 80. Geburtstag

Gartenbauing. Roswitha Schultz, Berlin
29. März 1940, zum 50. Geburtstag

Obering. Eberhard Lockenvitz, Rostock
30. März 1930, zum 60. Geburtstag

Architekt Ulrich Hammer, Rostock
31. März 1930, zum 60. Geburtstag

Wettbewerb für Magdeburg

Der Rat des Bezirkes und der Rat der Stadt Magdeburg beabsichtigen, in der Zeit vom 1. Juni bis zum 1. November 1990 einen „Ideenwettbewerb zur Weiterführung des innerstädtischen Bauens“ in der Stadt Magdeburg durchzuführen.
Zum Wettbewerbsgebiet gehören das Stadtzentrum und das Elbufer. Es werden Wettbewerbsbeiträge erwartet, die sowohl auf einen längerfristigen Realisierungszeitraum angelegte Leitbildvorstellungen enthalten wie auch Anregungen für die Lösungen aktueller und kurzfristig zu lösender Bauaufgaben.

Im Mittelpunkt des Wettbewerbs wird die Konzeption für ein Kultur- und Freizeitzentrum auf dem Gelände des Zentralen Platzes der Stadt Magdeburg stehen.
Einen weiteren Schwerpunkt bildet die städtebauliche Gestaltung des Ostufers der Elbe im Bereich des Stadtzentrums.

Der Wettbewerb wird als offener und anonymer Wettbewerb durchgeführt.
Teilnahmeberechtigt sind alle in der DDR wohnhaften Architekten, Stadtplaner, Landschaftsarchitekten und Verkehrsplaner sowie Studierende dieser Fachrichtungen an den Hochschulen der DDR.

„Genossenschaftlicher Wohnungsbau“

Im Ergebnis mehrjähriger wissenschaftlich produktiver Forschung von Studenten der Sektion Architektur der Technischen Universität Dresden entstand eine wissenschaftliche Arbeit zu Tendenzen der Weiterentwicklung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus in der DDR.

Unter dem Aspekt einer Nutzermitbeteiligung gewinnt der genossenschaftliche Gedanke für die Intensivierung zukünftigen Wohnungsbaus einen interessanten Stellenwert.

Vorliegende Publikation gibt im Ergebnis komplexer Forschung eine thesenhafte Darstellung genossenschaftlicher Wohnungsbauarchitektur unter den Bedingungen der Stadtintensivierung, dargestellt am Beispiel der Dresdner Groß-AWG.

Der Preis beträgt 3,20 M. Die Publikation ist zu erhalten:
Technische Universität Dresden
– Sektion Architektur –
Lehrstuhl für Wohnbauten
o. Prof. Dr.-Ing. Ch. Dielitzsch
Mommsenstr. 13
Dresden
8027

Berichtigung

Zur Veröffentlichung in BAUWISSENSCHAFT – aktuell im Heft 12/89 zum Kurzbeitrag „Hohlraumdeckenelemente im Wohnungs- und Gesellschaftsbau“ wird uns mitgeteilt: Autor dieses Beitrages ist Dr. Pillack (Themenleiter) vom Institut für Betonforschung der Bauakademie der DDR.
Unter der Zwischenüberschrift „Angebot“ muß es richtig heißen: Anfragen sind zu richten an: Bauakademie der DDR, Institut für Betonforschung, Weberplatz 1, Dresden, 8026.
Weiterhin informierte uns der Autor, daß dieses Thema nicht mehr bearbeitet wird und es bis zum heutigen Tag keinen Betrieb gibt, der die konzipierte Hohlraumdecke produziert.

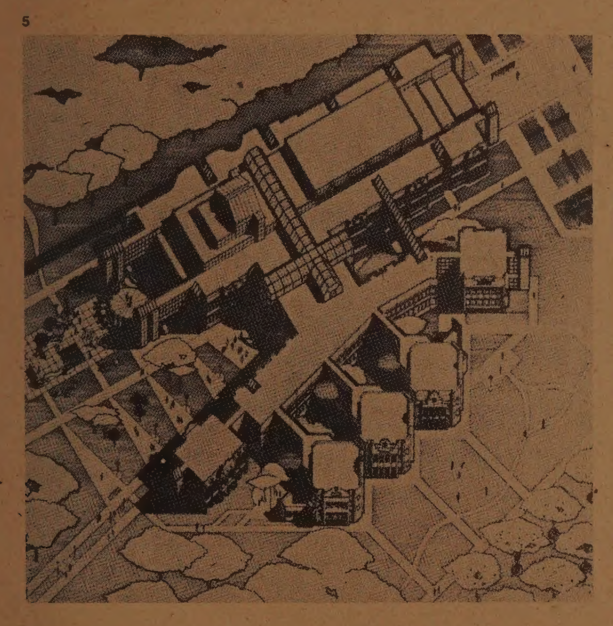
5 Wettbewerb um den Architekturpreis der Belorussischen SSR 1989. Spezialschule mit Internat für behinderte Kinder

6 Wohngebiet „Broletto“ in Perouse, Italien (Architekten: Aldo Rossi, Gianni Braghieri)

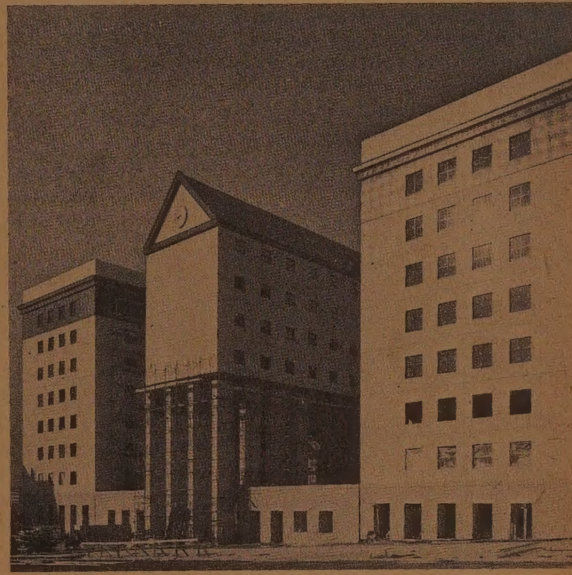
7 Neubau für ein Computer-Werk in London (Architekten: Troughton-Mac Aslan)

8 Grand Hotel Explanade am Landwehrkanal in Berlin (West). (Architekten: Jürgen J. Sawade, Projektverfasser)

5



6



7



8



Zur Dialektik komplexer Umweltgestaltung

Dr.-Ing. Dr. sc. phil. Bruno Flierl

Vorbemerkung (1989)

Im November 1981 hielt ich auf einer theoretischen Tagung der zentralen Arbeitsgruppe (ZAG) „Architektur und Bildende Kunst" des BdA und des VBK der DDR, deren Vorsitzender ich seitens des BdA war, einen Vortrag zum Thema: „Architektur im Prozeß komplexer Umweltgestaltung". Ziel meiner Ausführung war es, den auf dem X. Parteitag der SED im Frühjahr 1981 beschlossenen Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion als einem historisch neuen Typus gesamtgesellschaftlicher Reproduktion in seiner Bedeutung für Städtebau und Architektur sowie insbesondere für komplexe Stadtgestaltung ansatzweise zu diskutieren. Der Vortrag wurde zusammen mit anderen Vorträgen der genannten Tagung im Mai 1982 veröffentlicht und an die Mitglieder beider Fachverbände ausgeliefert [1]. Im Spätsommer 1982 geriet mein Vortrag bei der obersten Führung des Bauwesens der DDR im Zusammenhang mit den „polnischen Ereignissen" und daraus erwachsenen Ängsten vor destabilisierenden Einflüssen auf die DDR in eine kritische Sicht. Am 15. September wurde mir durch leitende Funktionäre des BdA der Vorwurf gemacht, mein Vortrag und erst recht seine Veröffentlichung seien ***staatsfeindlich, parteischädigend*** *und* ***konterrevolutionär****. Zugleich wurde mir der bereits gefaßte Beschluß mitgeteilt, mich als Vorsitzenden der ZAG und auch als Mitglied des Präsidiums des BdA abzuberufen. Diese Verdammung bezog sich in erster Linie auf meine Gedanken über das Verhältnis zwischen Architektur und Gesellschaft sowie zwischen Architektekt, Auftraggeber und Nutzer. Es waren Gedanken, die, so meine ich, im Prinzip noch heute ihre Gültigkeit haben, wenn sie auch im gegenwärtigen Prozeß der nun endlich in Gang gekommenen gesellschaftlichen Erneuerung in der DDR aktualisiert und weiterentwickelt werden müssen. Dies betrifft vor allem die durchgehende Entflechtung von Partei, Staat und Bauwesen, die damit verbundene Streichung des Verfassungsgrundsatzes von der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse und die Herausbildung der souveränen Rolle der Volksvertretungen, aber auch die neu zu bestimmende Rolle der Stadtplaner und Architekten in der Gesellschaft. Im Mittelpunkt der vor sieben Jahren geführten Auseinandersetzung standen entgegengesetzte Auffassungen über die Institution „gesellschaftlicher Auftraggeber". Während ich in Fragen des Städtebaus und der Stadtgestaltung unter dem gesellschaftlichen Auftraggeber – gemäß dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen [2] – die Volksvertretungen und die Räte der Städte und Bezirke wie auch des ganzen Landes verstand, behaupteten meine Kritiker den Standpunkt, gesellschaftlicher Auftraggeber sei letzten Endes die Partei der Arbeiterklasse. Dies war ein Standpunkt, der damals und bis vor kurzem noch – zur durchgängig gehandhabten Praxis des Städtebaus und der Stadtgestaltung gehörte und der jetzt im Prozeß der beginnenden allgemeinen Demokratisierung von Stadtentwicklung, Städtebau und Stadtgestaltung historisch überwindbar wird. Das ist der Grund, warum ich für das notwendige Weiterdenken in der Sache einen Auszug aus meinen seinerzeit verfemten Text einem breiten Leserkreis erneut oder erstmalig zur Kenntnis bringen möchte [3].*

Die achtziger Jahre verlangen von uns allen höchste Anstrengungen, nicht nur einfach mehr Anstrengungen bisheriger Art, sondern vor allem Anstrengungen neuer Art, um die Ziele der weiteren Herausbildung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und der ihr adäquaten Stadt erfüllen zu können. (...)
Die intensiv erweiterte Reproduktion, zumal ihre bewußte Herausbildung als historisch neuen Typ der Reproduktion, muß als ein gesamtgesellschaftlicher Vorgang begriffen und verwirklicht werden, als ein Prozeß ständiger Revolutionierung der materiell-technischen Produktionsgrundlagen und – damit unlösbar verbunden – aller gesellschaftlichen Verhältnisse, voran der Produktionsverhältnisse, aber auch der ideologischen, politischen und institutionellen Verhältnisse des Überbaus. Dieser Prozeß erzeugt ständig neue und höhere Bedürfnise, die ihrerseits ständig neue und höhere Mittel zu ihrer Befriedigung verlangen, woraus schließlich die Notwendigkeit entsteht, auch die Maßstäbe unseres Handelns ständig neu und erweitert zu reproduzieren. Diese qualitative Seite der Intensivierung gilt es zu beachten.
Warum beschwöre ich zu Beginn meiner Ausführungen über Architektur und komplexe Stadtgestaltung eine solche gesamtgesellschaftliche Dimension? Weil ich davon ausgehe, daß wir Fachleute der Stadtgestaltung uns zur Gesellschaft, zu ihrer Politik, Ökonomie und Kultur gerade in der gegenwärtigen Etappe ein borniertes Verhältnis nicht leisten dürfen, weder ein ökonomistisches noch ein fachidiotisches. Statt dessen müssen wir ein dialektisches Verhältnis zum gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und zu unserer Funktion in ihm theoretisch entwickeln und praktisch durchsetzen, um unseren spezifischen Beitrag auf dem Gebiet der Stadtgestaltung zum Wohle der Bürger in den Städten leisten zu können. (...)
Komplexe Stadtgestaltung entsteht aus dem Bedürfnis der Menschen nach komplexen Beziehungen in ihrem gesellschaftlichen Lebensprozeß in der Stadt und nach einer Stadtumwelt, die ihnen diese Beziehungen materiell und ideell, praktisch und kommunikativ realisieren hilft.
Die Architektur ist der sozial-räumliche Ausgangspunkt komplexer Stadtgestaltung, da sie als gebaute Umwelt des Lebens der Menschen allen anderen gegenständlichen Elementen der Stadtumwelt (den Werken der bildenden Kunst, den Elementen städtischer Raumausstattung, den Pflanzungen und Bodenbelägen usw.) unter Ausnutzung vorgefundener natürlicher und künstlicher Landschaft einen konkreten Ort im Raum und im Leben der Stadt erst schafft. Dadurch kann ein komplexes Beziehungsfeld der Menschen zur Stadtumwelt und vermittels dieser zur Gesellschaft und zu sich selbst im Prozeß gesellschaftlicher Lebenstätigkeit auch erst entstehen.
Lothar Kühne hat die Funktion der Architektur im Prozeß gesellschaftlicher Umweltaneignung und Umweltgestaltung noch umfassender bestimmt, wenn er von einer Architektur spricht, die „technische und praktische Gestalten und Kunstwerke zugleich mit der übergreifenden Natur, mit der Erde, mit dem kosmischen All vermittelt", die aber „ästhetisch als diese Vermittlung nur angeeignet" ist, „wenn sie für den Menschen Landschaft gründet", eine Landschaft, „welche Wohn-, Produktions- und Naturraum in eins faßt" [4].
Diese sozial-räumliche, landschaftsgründende – und also auch komplex gestaltete Umwelt konstituierende – Funktion der Architektur kann überhaupt nur in der Dialektik mit dem gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß gedacht und realisiert werden – mindestens in der Dimension der Stadt und ihres Umfeldes, in zunehmendem Maße jedoch darüber hinaus in größeren Zusammenhängen des Siedlungssystems, in dem Städte und Dörfer und ihre Beziehungen zueinander sich ständig verändern – mit der Tendenz zu einer neuartigen Raumsynthese von Stadt und Land. Die Herausbildung und Durchsetzung der intensiv erweiterten Reproduktion ist eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür.

Überlegungen dieser Art haben in unserer heutigen Praxis und Theorie der Stadtgestaltung, auch bei der Ausbildung der Studenten, für gewöhnlich noch viel zu wenig Platz. Drängende, aus der Vergangenheit herrührende und noch nicht gelöste Grundprobleme, wie die Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem, werfen uns derart auf die Gegenwart zurück, daß wir uns mit der Zukunft, mit ihren anderen Möglichkeiten – und das heißt immer mit dem Anderswerden der Gegenwart – schon gar nicht mehr so recht befassen. Ja, wir sind oft so in die Gegenwart mit ihren nicht gelösten Problemen verschlagen, daß wir nicht einmal unser bereits vollzogenes Andersgewordensein, also unsere eigene Geschichte, so recht zu reflektieren und zu würdigen wissen.

Ohne Zukunftsbewußtsein und ohne Geschichtsbewußtsein aber wächst die Unglaubigkeit, in der Gegenwart allzuviel verändern zu können. Stadtgestaltung heute braucht aber nichts so dringend wie Geschichtsbewußtsein und Zukunftsbewußtsein und den Willen, die Stadt nach dem Maße unserer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung im Widerspruchsfeld von Notwendigkeit und Möglichkeit, in der Einheit der Ziele und Mittel zu verändern. Stadtgestaltung heute heißt, den neuen gesellschaftlichen Erfordernissen des Lebens eine durch Bauen erzeugte Räumlichkeit zu schaffen und in diesem Raum sich wandelnde Beziehungen der Menschen zueinander und zur Umwelt zu verwirklichen. Das kann überhaupt nur gelingen von einem gesamtgesellschaftlichen Konzept der Verräumlichung sozialer Lebensprozesse – auf dem Niveau realer und anzustrebender Vergesellschaftung und Intensivierung der Produktions- und Lebensprozesse.

Ein solches Konzept kann nur von den Räten der Städte und Bezirke und im Landesmaßstab vom Ministerrat ausgearbeitet und in den für Stadtgestaltung notwendigen gesellschaftlichen Auftrag verwandelt werden. Vom Bauwesen kann ein solches Konzept allein nicht erwartet werden. Das Bauwesen ist mit Recht primär auf eine intensiv erweiterte Reproduktion der materiell-gegenständlichen baulichen Fonds orientiert, nicht aber auch auf die intensiv erweiterte Reproduktion der Lebensprozesse, die auch durch ihre baulichen Erzeugnisse räumlich verwirklicht werden.

Das Problem für uns Architekten und Stadtplaner besteht nun freilich darin, daß wir als Angestellte des Bauwesens, das kein Städtebau- und Architekturwesen, sondern ein Produktionsbauwesen ist, zu wenig direkten Zugang zum gesellschaftlichen Auftraggeber wie auch zum Nutzer haben. Natürlich sind die baulichen Fonds für uns das materielle-gegenständliche Objekt unserer Arbeit im Planungs- und Projektierungsprozeß, aber doch primär zum Zweck, daß die damit realisierbare gebaute Umwelt, die wir mit unseren Fähigkeiten und Kräften entwerfen und durchdenken, sich letzten Endes auf eine das Leben der Menschen verändernde Art und Weise auswirkt. Eben deshalb müssen wir uns um die intensiv erweiterte Reproduktion der baulichen Fonds stets in der Einheit von Herstellung und Nutzung kümmern, als um einen Teilprozeß intensiv erweiterter Reproduktion des gesamtgesellschaftlichen Le-

bens der Menschen im Raum. Das aber können wir nur, wenn wir die Gesellschaft, den gesellschaftlichen Auftraggeber und den Nutzer, zum Partner haben. Eine solche Partnerschaft ist gegenwärtig jedoch nur formell und zum Teil nur verbal, nicht aber reell voll verwirklicht. Hier liegt meines Erachtens das Hauptproblem, warum die Stadtplaner und Architekten nicht genügend für die Gesellschaft zur Wirkung kommen und dabei nicht nur an sozialer Achtung und öffentlicher Glaubwürdigkeit, sondern auch an architektonischer Potenz und eigenem Selbstvertrauen eingebüßt haben. An ihren Produkten ist das zu sehen.
Gesellschaftliche Auftraggeber für Stadtgestaltung in der DDR sind die Räte der Bezirke, Kreise und Städte, die... auf der Grundlage der Beschlüsse der jeweiligen örtlichen Volksvertretungen, also im Interesse des Volkes, die Prozesse komplexer Gestaltung der Umwelt in Wechselbeziehung zur komplexen Gestaltung des Lebens der Menschen im jeweiligen gesellschaftlichen und territorialen Rahmen zu leiten und zu planen haben; denn sie sind diejenigen, die die Ziele der komplexen Stadtgestaltung setzen und über die Mittel zu ihrer Realisierung verfügen, die Aufträge vergeben und deren Erfüllung kontrollieren. Einen solchen Prozeß optimal durchzusetzen und auch qualitativ durchzustehen ist nur möglich, wenn der gesellschaftliche Auftraggeber komplexe Gestaltung der Stadtumwelt schon von der Komplexität des gesellschaftlichen Auftrags her leitet und plant, die Gestalter der Stadtumwelt als Organe des gesellschaftlichen Gesamtgestalters von Umwelt zur Wirkung bringt und die späteren Nutzer der zu gestaltenden Stadtumwelt – im weitesten Sinne die Bevölkerung – in diesen Prozeß schöpferisch einbezieht. Dazu gehört, daß er alle diese Vorgänge als sozialistische Vergesellschaftungsprozesse in der Organisationsform der Kollektivität kooperierender, bewußt und eigenständig handelnder sozialer Kräfte, Gruppen und Individuen für alle Beteiligten durchsichtig macht und von Erscheinungen der Anonymität frei hält. Komplexe Stadtgestaltung im Sozialismus wächst auf dem Fundament sozialistischer Demokratie – und im Maße ihrer tatsächlichen Durchsetzung [4].
Wir Stadtplaner und Architekten, bildenden Künstler und Formgestalter, die wir uns im Prozeß komplexer Stadtgestaltung zu gemeinsamer Arbeit vereinen und wissen, daß wir nur dann wirklich produktiv sind und die Chance einer ins Leben eingreifenden Wirkung haben, wenn Stadtgestaltung auf der bewußten Formierung der Lebensprozesse der Menschen in der Stadt selbst beruht und auf sie hinzielt, sollten uns klar werden darüber, wie sehr wir angesichts der fortschreitenden Vergesellschaftungsprozesse in allen Lebensbereichen, auch der Stadtgestaltung, einen starken, aufgeschlossenen und klugen, politisch, ökonomisch und kulturell übergreifend denkenden gesellschaftlichen Auftraggeber als Partner brauchen und wie sehr wir gleichzeitig einen entwickelten Kontakt zur Bevölkerung, zum Nutzer brauchen, um konkrete Erfahrungen im sozialen Gebrauch gestalteter Umwelt sowie Vorstellungen über eine künftige Gestaltung der Umwelt kennenzulernen. Damit könnten auch Möglichkeiten einer Harmonisierung gesellschaftlicher und individueller Gestaltungsansprüche erkundet und genutzt werden.
Ich will in dieser wichtigen Sache nichts idealisieren oder illusorisch verklären. Die Beziehungen zwischen Auftraggeber und Fachleuten der Umweltgestaltung, vor allem zwischen Auftraggebern und Architekten, haben in dieser Zeit unserer Republik schon manchen Wandel erlebt. Trat uns der gesellschaftliche Auftraggeber als Interessenvertreter des Volkes in der Gestalt führender Persönlichkeiten der Partei der Arbeiterklasse und des Staates in den fünfziger und sechziger Jahren personifiziert, oft zu personifiziert, weil zu persönlich entscheidend, aber doch immerhin als lebendiger Partner entgegen, so setzte mit zunehmender Vergesellschaftung in den siebziger Jahren und mit den Korrekturen an personenkultistischen Tendenzen auch auf diesen Gebieten der zurückliegenden Zeit eine Anonymisierung des gesellschaftlichen Auftraggebers ein. Die erleichterte uns Architekten, Künstlern und anderen Gestaltern der Umwelt das schöpferische Arbeiten nur anfangs, als eine Art Befreiung von früherem Hineinreden; auf die Dauer hat sie aber nicht geholfen, und für die Zukunft sollte sie nicht anhalten. Dabei bin ich mir im klaren, daß ein Zurück zum personifizierten Bauherrn historisch einen Rückschritt bedeutet und daß die Lösung nur darin liegen kann, sozialistische Kollektivität zwischen Auftraggebern, Stadtgestaltern und Nutzern von gestalteter Stadtumwelt zu entwickeln. Das ist für uns Gestalter ebenso schwer wie für den Auftraggeber und für den Nutzer. Jeder muß da vom anderen lernen und bereit sein zu lernen, um zu dieser Kollektivität fähig zu werden. Eine solche Kollektivität ist die der Intensivierung gemäße Lösung, die in der kommenden Zeit historisch ansteht.

Nachbemerkung (1989)
Der historische Versuch, in der DDR sozialistische Vergesellschaftung zu verwirklichen, ist – wie wir heute sehen – zunächst weitgehend gescheitert. Statt Vergesellschaftung hat sich Verstaatlichung durchgesetzt, statt eines demokratischen Sozialismus ein administrativ-bürokratisches System, das den Namen Sozialismus nicht verdient. Folglich mußte auch das Modell einer demokratischen Zusammenfassung aller einzelnen umweltgestaltenden Aktivitäten zur komplexen sozialistischen Umweltgestaltung historisch scheitern. Neue Modelle einer sozialistisch orientierten Umweltgestaltung können nur durch neue gesellschaftliche Produktivität und Identität der auf neue Weise sich assoziierenden Individuen geboren und verwirklicht werden. Das bedarf des Versuchs einer entschiedenen Neuformierung der Gesellschaft in der DDR von Grund auf.

Anmerkung
[1] Bruno Flierl: Architektur im Prozeß komplexer Umweltgestaltung. Raumangebot und Informationsgehalt. In: Architektur und Bildende Kunst (4). Komplexe Stadtgestaltung in den 80er Jahren. Theoretische Probleme. 13. Seminar der ZAG Architektur und Bildende Kunst des BdA und des VBK der DDR. Erfurt, den 19./20. November 1981. S. 4 bis 24.
[2] Gesetz vom 12. Juli 1973 über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der Deutschen Demokratischen Republik. GBl. I, Nr. 32, S. 313.
[3] Siehe Anm. 1, S. 4–10
[4] Lothar Kühne: Gegenstand und Raum. Über die Historizität des Ästhetischen. Fundus-Bücher 77/78. Dresden 1981, S. 268

Zur Entwicklung der Städte und Gemeinden in der DDR

Probleme und die Wege ihrer Lösung Vorschläge

Prof. Dr. sc. Siegfried Grundmann

1. Zum Platz der Städte und Gemeinden in der Gesellschaftsstruktur

Die Entwicklung der Städe und Gemeinden ist ein Ausdruck, eine Grundlage und in vieler Beziehung ein **Gradmesser für die Gestaltung der Gesellschaft.** Dort vor allem – im Wohnort – werden von den Bürgern die Erfolge und Probleme der sozialistischen Entwicklung erlebt. Auf Straßen und Plätzen und in anderer Weise bekundete Proteste und Forderungen der Bevölkerung sind ein Beleg dafür: Gebiete und Kommunen mit einer Ballung von nicht gelösten und sich weiter verschärfenden Problemen waren 1989 zugleich Territorien mit einem besonders hohen Anteil von Ausreisen nach der BRD und Westberlin; Massendemonstrationen gab es vor allem in Städten mit einem extrem hohen Verschleiß der Infrastruktur und der Kumulation von vielen anderen Problemen. Die begründete Unzufriedenheit von großen Teilen der Bevölkerung beweist aber auch, daß der ortskonkreten Gestaltung und Verbesserung der Lebensbedingungen bisher nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Stabilität und die Zukunft der Gesellschaft sind nicht zu trennen von raschen Fortschritten in der Entwicklung unserer Städte und Gemeinden.
Es gibt Grund zu der Annahme, daß die **Bedeutung der territorialen Spezifik** gesellschaftlicher Beziehungen und Prozesse nicht nur erheblich ist, sondern **weiter wächst:**

▪ Das Erreichen einer hohen und ständig wachsenden Effektivität von allen Bereichen der Wirtschaft ist eine Lebensfrage der DDR. Die Lösung dieser Aufgabe ist eng verbunden mit der umfassenden Durchsetzung der intensiv erweiterten Reproduktion – also auch der **vorrangig intensiven Entwicklung der Gebiete, Städte und Gemeinden.** Extensive Entwicklungen wie der Wohnungsbau am Rande der Städte, die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze am Standort und die Realisierung hoher Migrationsgewinne sind nicht völlig auszuschließen, aber auf ein Minimum zu reduzieren. Vorrang hat die Erhaltung und Nutzung der Substanz unseres so sehr verschlissenen Landes. Das aber setzt die bessere Kenntnis und die Berücksichtigung der Spezifik eines jeden Gebietes, jeder Stadt und Gemeinde voraus. Allgemeine und bis ins Detail gehende Weisungen zentraler Institutionen, worin die örtlichen Besonderheiten keine Beachtung finden, helfen nicht; sie stören nur. Im Interesse der Gesundung unserer Volkswirtschaft, darunter auch einer wirtschaftlich effektiven Stadtentwicklung, muß die territoriale Differenziertheit im System der Leitung und Planung nicht geringer, sondern größer werden.

▪ Eine solche Orientierung entspräche wohl nicht nur den ökonomischen, sondern auch den Gesamtinteressen der Bevölkerung. In der Skala der Werte und Erwartungen hat die **Attraktivität des Wohnortes und Wohngebietes** einen der vordersten Rangplätze. Die Qualität urbanen Lebens und kulturelle Identität des Ortes haben einen zunehmend größeren Einfluß auf Entscheidungen über den Verbleib in der Stadt oder über den Wegzug. Die Wohnortverbundenheit der DDR-Bevölkerung ist an sich sehr groß; um so kritischer werden Mängel des Ortes reflektiert. Man möchte überall gute Lebensbedingungen haben, aber überall auf ganz besondere Weise. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, daß Praktiken einer Nivellierung kommunale Probleme und territoriale Niveauunterschiede nicht verringern, sondern wachsen lassen. Zunehmenden Einfluß auf die Bedürfnisse der Bürger hat auch die zunehmende Kenntnis anderer Länder und Städte. Das Antlitz der Städte wird immer mehr zu einem Aspekt des Vergleiches und Wettbewerbs der Gesellschaftssysteme.

▪ Die territoriale Problematik wird auch darum eine immer größere Bedeutung erlan-

gen, weil die Folgen von Fehlentscheidungen, darunter von Fehlentscheidungen zum Wohnungs- und Städtebau, erst in den 90er Jahren in vollem Maße sichtbar werden dürften. In mancher Beziehung gilt: das Schlimmste kommt erst noch. Der Verschleiß geht weiter; er gleicht einem großen Schiff, das trotz aller Bemühungen nicht gleich zum Halten kommt.

2. Probleme und Aufgaben des Wohnungs- und Städtebaus

Es wär unredlich, Leistungen des Wohnungs- und Städtebaus in der DDR – auch solche, die vor der ferneren Geschichte Bestand haben werden – leugnen zu wollen. Die Dialektik der Geschichte aber ist derart, daß heute mehr über Probleme zu diskutieren ist, weil dringende Wege der Lösung gefunden werden müssen. Die einstmalige Hervorhebung der Erfolge hat sich gerächt und in fataler Weise ins Gegenteil verkehrt. Viele Probleme sind ohnehin nur die Kehrseite des Erfolgs.

Die sinnlich wahrnehmbaren Probleme und Aufgaben des Wohnungs- und des Städtebaus:

■ **Wohnungsprobleme.** Obwohl die Zahl der Wohnungen in der DDR am Ende des Jahres 1990 um etwa fünf Prozent größer sein wird als die Zahl der Haushalte, wird es viele Haushalte ohne eigene Wohnung geben; bei weitem nich bedarfsgerecht ist aber vor allem die Zahl der komfortablen Wohnungen.

■ **Verschleiß.** Verschleiß überall: Verschleiß insbesondere der Mehrfamilienhäuser aus kapitalistischer Zeit, Verschleiß aber selbst der in den 70er und 80er Jahren neugebauten Wohnungen und Häuser, fortschreitender Verschleiß der übrigen sozialen und der technischen Infrastruktur. Wertmäßig verfällt oft mehr als neugeschaffen wurde.

■ **Verkehrsprobleme.** Wachsende Menge des motorisierten Verkehrs, Wachstum insbesondere des individuellen Personennahverkehrs, Wachstum des ruhenden Verkehrs auch in den Altbauwohngebieten, unzulängliches und oft sogar sinkendes Leistungsvermögen des öffentlichen Personennahverkehrs, schwerwiegende soziale und ökonomische Folgen der nicht gelösten Probleme des Stadtverkehrs.

■ **Defizite in der Entwicklung des Dienstleistungssektors.** „Ausmagerung" der Altbaugebiete und Innenstädte; Defizite und Nachholebedarf aber auch im Neubaugebiet. Neubaugebiete insbesondere mit einem nur äußerst geringen Anteil an privaten Handwerkern und Gewerbetreibenden.

■ **Kulturverlust.** Verschleiß und Verfall von kulturhistorisch wertvoller Substanz besonders in den Innenstädten; drohender Verlust der kulturellen Identität von zahlreichen Städten bzw. Stadtteilen. Kulturrell negative Folgen auch des Bevölkerungsverlustes der Innenstädte. Kulturelle Ödnis vieler Neubaugebiete.

Wichtiger als die Benennung der von den Bewohnern und Touristen ohnehin sinnlich wahrnehmbaren Probleme ist die Analyse der Ursachen. Ohnedem könnte von einem Finden langfristiger Lösungen keine Rede sein.

Jedes der genannten Probleme hat ein ganzes Bündel von Ursachen, und viele Faktoren haben sowohl das eine wie das andere bewirkt: Wohnungsbedarf an bestimmten Standorten, Verschleiß, Verkehrsprobleme usw. Von entscheidender Bedeutung für das Finden der Lösungen dürfte sein, daß viele kommunale Probleme überkommunal verursacht wurden und demzufolge ohne gravierende Veränderungen der Wirtschafts- und teilweise auch der Sozialpolitik auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nicht zu lösen sind.

Die Vorrangigkeit einer Senkung des einmaligen Aufwandes und Vernachlässigung des laufenden Aufwandes im Wohnungs- und Städtebau trug bei zu der von Millionen von Menschen geforderten Verbesserung der Wohnbedingungen in einer historisch kurzen Zeit. Wesentliche Konsequenzen dieser Akzentsetzung aber waren erstens der **Wohnungsneubau auf großen Standorten am Rande weniger Städte, darunter von Berlin** und angesichts begrenzter Ressourcen ein Verzicht auf die Reproduktion der vorhandenen Substanz. Die oft bedenkenlose Senkung des einmaligen Aufwandes bewirkte zweitens **Qualitätsmängel im Wohnungs- und Städtebau,** also auch eine Reparaturanfälligkeit von Neubauten. Diese Standortwahl des Wohnungsbaus wurde wesentlich begünstigt durch die **extensive Entwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens** insbesondere in Berlin, dabei besonders durch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in Verwaltungsbereichen. Begleiterscheinungen bzw. Folgeprozesse dieser Standortwahl waren **hohe Migrationsgewinne** und damit auch ein Zwang zu weiteren extensiven Entwicklungen in den Zielgebieten der Migration, während anderswo Migrationsverluste entstanden und die Ressourcen solcher Territorien nicht mehr genügend effektiv zu nutzen waren. Einerseits die migrationsbedingte Notwendigkeit einer Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, Wohnungen, Kindergärten usw., anderswo ein migrationsbedingt empfindlicher Mangel an Arbeitsplätzen, leerstehende Wohnungen usw. Einerseits viel Neubau, andererseits aber angesichts begrenzter Ressourcen um so mehr Verschleiß. Verschwendung überall. Zu den Folgen einer unzureichenden Beachtung des laufenden Aufwandes – gepaart mit **Mängeln der Subventionspolitik** – gehören die massenhafte Verschwendung von Strom und Wasser und zusätzliche Belastung der ohnehin schon hoch beanspruchten technischen Infrastruktur. Wesentlich beigetragen zur Konservierung der eingangs genannten Akzentsetzung des Wohnungs- und Städtebaus hat der **Zustand der gesamten Bauwirtschaft:** der hohe und rasch zunehmende Verschleiß der Grundmittel, die technologische Ausrichtung auf den Plattenwohnungsbau, die am Wohnungsneubau orientierte Leistungsbewertung, mangelnde Flexibilität auch wegen des Defizites an kleinen Baubetrieben usw.

Die Ursachen sind komplex; die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahre steht hier zur Diskussion. Entsprechend komplex und gravierend müssen auch die Wege einer Lösung für die entstandenen Probleme sein.

3. Wege der Problemlösung Vorschläge

Wenn hier Wege der Problemlösung vorgeschlagen werden, dann vor allem in bezug auf die Rolle der Städte und Gemeinden und die weitere Erhöhung des Niveaus der Kommunalpolitik.

■ Dialog aller Betriebe, Institutionen und Bürger mit dem Ziel und zum Zweck des Findens optimaler Lösungen. Die Stadt muß wieder zur Kommune (Gemeinde, Gemeinwesen) werden. Von der Mehrheit getragene Lösungen bei voller Wahrung der Rechte des einzelnen Bürgers und ohne Diskriminierung von Minderheiten. Dialog nicht schlechthin nur als Mittel der Suche nach einem gemeinsamen Nenner, sondern allseitig als ein Lernprozeß. Die bloße Synthese von bereits vorhandenen Interessen und Meinungen ergäbe keinen guten Städtebau.

■ Die Kommunen sollen und müssen über kommunale Angelegenheiten selbst entscheiden. Sie sollen selbst entscheiden über die Verwendung ihrer Haushaltsmittel. Die Standorte des Wohnungsbaus, die Relationen zwischen Wohnungs- und Gesellschaftsbau, zwischen Neubau und Modernisierung sind in der Kommune festzulegen.

Aber keine Autonomie der Städte und Gemeinden. Kommunale Befugnisse dürfen die Grundrechte des Bürgers nicht verletzen. Die Kommune kann nicht allein entscheiden, wenn durch ihre Entwicklung die Entwicklung anderer Kommunen, des Kreises oder des Bezirkes tangiert wird. Aber auch da gilt: Auch der Bürgermeister ist ein Bürger. Die Zeit selbstherrlicher Entscheidungen auf zentraler Ebene ist vorüber.

■ Veränderte Schwerpunktsetzung in volkswirtschaftlicher und territorialer Dimension. Überkommunal verursachte Probleme von Kommunen sind überkommunal zu lösen. Umverteilung von Ressourcen insbesondere zugunsten der Erhaltung und Modernisierung von Bausubstanz. Rigorose Begrenzung des extensiven Wachstums von Berlin, Neubrandenburg und einigen anderen Städten; stattdessen mehr Mittel und ggf. staatliche Förderungsprogramme für das Ballungsgebiet Halle-Leipzig, für Klein- und Mittelstädte wie z. B. Königstein, Görlitz und Stralsund, für die Erhaltung der Stadtzentren und von Altstadtgebieten, für die Gewährleistung einer sicheren Perspektive von Dörfern im agrarisch strukturierten Gebiet der Nordbezirke. Flankierend dazu eine Politik zur Standortverteilung der Produktivkräfte, die extensive Entwicklungen rigoros begrenzt und dezentrale Standorte sichern hilft.

■ Neugestaltung der Beziehungen der Kommune und Betrieb und Schaffung von materiellen Ressourcen im Territorium, worüber die Kommunen verfügen können. Abzweigung eines Teiles vom Betriebsgewinn direkt an die Kommune. Uneingeschränkte Verfügbarkeit der Kommunen über die ihnen unterstellten Baubetriebe. Stärkung der im Territorium vorhandenen Reparaturkapazitäten. Wiedereinführung von Betrieben, deren Eigentümer die Kommunen sind.

■ Erhöhung der Rechtssicherheit der Kommunen und in den Kommunen. Wirksame Sanktionen gegenüber Partnern, die geschlossene Verträge und Vereinbarungen nicht einhalten. Die Kommunen müssen ggf. auch übergeordnete Organe verklagen können. Sanktionen auch gegenüber Bürgern, die Stadtordnungen verletzen. Die Polizei muß mehr für kommunale Belange zur Verfügung stehen. Die jetzt schwer durchschaubaren und handhabbaren Rechtsvorschriften sind zu überarbeiten und zu einem praktikablen Instrument der Kommunalpolitik zu machen.

■ Weitgehende Umorganisation des gesamten Bauwesens. Investitionen, weil mit einem Schrotthaufen von Technik die neuen Bauaufgaben nicht zu lösen sind. Gestaltung von Technologie, Leistungsbewertung und Betriebsorganisation entsprechend den anstehenden Aufgaben im Wohnungs- und Städtebau der 90er Jahre. Beibehaltung der Kombinate, aber ggf. auch Auflösung von unrentablen bzw. für die Bauaufgabe nicht geeigneten Kombinaten. Stärkung des Kleinbetriebes. Das Bauwesen der DDR braucht nicht nur den volkseigenen Großbetrieb, sondern auch den privaten Kleinbetrieb wie die Luft zum Atmen.

Zum Verhältnis von Städtebaupolitik und Gesellschaftsstrategie aus soziologischer Sicht

Dr. sc. Bernd Hunger

Mit dem Wohnungsbauprogramm trat der randstädtische Wohnungsbau Anfang der 70er Jahre in der DDR als städtebauliche Aufgabe ins Zentrum der Städtebaupolitik. Er prägte wesentlich die Entwicklung der Bautechnologien und des Planungsdenkens. Die vorrangige Orientierung des Bauwesens auf den massenhaften Neubau hochgradig normierter Erzeugnisse verbesserte zwar die Wohnbedingungen vieler Bürger. Allerdings wurde die Bauwirtschaft dadurch in einem solchen Maße gebunden, daß die Erhaltung und Erneuerung der vorhandenen Bausubstanz selbst hinter den notwendigsten Erfordernissen einfacher Instandhaltung zurückblieb.

Stadtplanung reduzierte sich in der Tendenz auf die Vorbereitung extensiver Wohnungsbaustandorte und verlor ihre eigentliche Aufgabe, nämlich die räumliche Entwicklung der Stadt als Ganzes langfristig zu steuern. Der **Bedeutungsverlust des Städtebaus innerhalb der Gesellschaftsstrategie** ging einher mit seiner Unterordnung unter die Leitungs- und Planungshierarchie des Bauwesens. Städtebaubüros und Stadtarchitekten waren schon vom Unterstellungsverhältnis nicht mehr in der Lage, ihrer objektiv gegebenen Verantwortung als gesellschaftliche Interessenvertreter gerecht zu werden. Vorprogrammiert wurde damit der Prestigeverlust des Architekten-Berufes und eine Unterbewertung der kulturellen Bedeutung architektonischer Gestaltung im öffentlichen Bewußtsein.

Dem Bedeutungsverlust des Städtebaus entsprach der **Bedeutungsverlust des Städtischen** infolge einer nachgeordneten Stellung der Stadtentwicklung in der Wirtschaftspolitik. Die Stadtreproduktion wurde vorrangig als unumgängliche territoriale Dienstleistung für zentral getroffene Entscheidungen zweiglicher Volkswirtschaftsplanung aufgefaßt, ihre kulturelle und ökonomische Bedeutung gravierend unterschätzt.

Städte verloren tendenziell ihre Bedeutung als relativ eigenständige sozial-ökonomische Organismen, als **Gemeinden,** da ökonomische Regulative der Stadtentwicklung innerhalb der jeweiligen Stadt ebenso wie der politische Interessenausgleich auf städtischer Ebene weitgehend außer Kraft gesetzt waren: Interessenkonflikte wurden nicht ökonomisch transparent gemacht und öffentlich ausgetragen, sondern politisch durch überörtliche Instanzen entschieden. Insofern waren Städte aufgrund der Standortvorteile räumlicher Nähe der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche primär als **Standorte** für die Vergegenständlichung zentraler Beschlüsse zur Wirtschafts- und Sozialpolitik von Interesse (Abb. 1).

Folgen der Städtebaupolitik der 70er und 80er Jahre

Kulturell wirkte sich der nachgeordnete Rang der Stadtentwicklung in der Gesellschaftskonzeption so aus, daß sich Stadtöffentlichkeit als kulturelle Existenzform der Stadtgemeinde kaum entwickelte. Da Grundsatzfragen der Stadtentwicklung gewöhnlich über die Köpfe der örtlichen Volksvertretungen hinweg entschieden wurden, sank das Interesse am öffentlichen Dialog über städtische Probleme. So konnten sich Stadtbewußtsein und öffentliche Stadtkultur nur in begrenztem Maße entfalten. Bewohnerinteressen an der Stadtgestaltung beschränkten sich mehr und mehr auf die eigenen vier Wände, wobei die „Mach mit"-Bewegung dort gewisse Erfolge zeitigte, wo Gemeinschaftsinteressen die Wohnumfeldverbesserung deutlich vom öffentlichen Raum abgrenzten und durch Selbstorganisation einer überschaubaren Zahl von Nachbarn realisierbar waren.

Augenscheinlichster Ausdruck der kulturellen Abwendung von der Stadt waren die aufblühende Datschenkultur und das freistehende Eigenheim am Stadtrand als private Formen der Naturaneignung und Selbstgestaltung der Umwelt auf zeitaufwendigem, material- und flächenverschwenderischem Wege.

Der öffentliche Stadtraum erlitt einen kulturellen Bedeutungsverlust, indem er zwar innerstädtischer Verkehrs- und Versorgungsraum blieb, aber kaum mehr Hülle des politischen und kulturellen Dialoges, der Selbstdarstellung der unterschiedlichen städtischen Bewohnergruppen war.

Räumlich führte die bisherige Städtebaupolitik zu schwerpunktmäßigem randstädtischem Bauen (Wohnungsbau, zentrale Investitionsentscheidungen der Industrie) mit der Folge stetiger Stadterweiterungen trotz kaum wachsender Einwohnerzahlen. Innerstädtisches Bauen wurde vorrangig als Wohnungsbau betrieben, wobei derzeit die aus Sicht des Bauwesens aufwandsgünstigsten Standorte innerhalb der Städte weitgehend bebaut sind und die Bautechnologie weiter zum Bauen am Stadtrand zwingt, auch wenn es städtebaulich nicht erforderlich ist.

Politisch nicht zu übersehen ist heute der Unmut vieler Bewohner über die schleppende Erneuerung der Innenstädte und vor allem über den Verfall kulturhistorisch wertvoller Altstädte und Bauten, die für das Heimischfühlen und die Ortsverbundenheit eines jeden von Bedeutung sind. Zunehmend sensibilisiert sind die Bürger zu Fragen gravierender Umweltprobleme in ihren Städten. Umweltschutz und kulturvolle Stadtentwicklung sind – wie der öffentliche Dialog über notwendige Veränderungen der Städtebaupolitik zeigt – entscheidende Fragen für das Wohlbefinden der Bürger in ihren Städten.

Was ist der neue sozialökonomische Ansatz der Innenstadterneuerung?

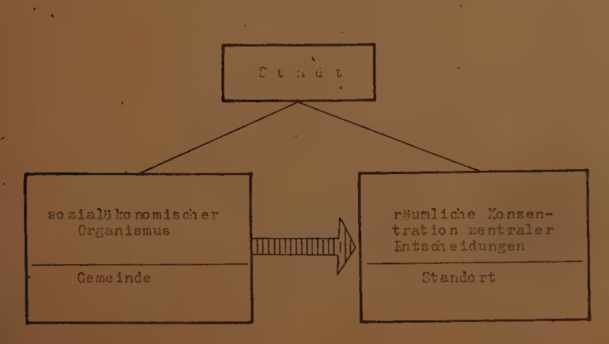
Die kritische Wertung des bislang gesetzten Verhältnisses von Städtebaupolitik und Gesellschaftsstrategie vergißt nicht die Erfolge beim innerstädtischen Bauen. Nicht hoch genug einzuschätzen sind die Bemühungen vieler Städte um die Weiterführung ihrer tradierten städtebaulichen Kultur in den Innenstädten – oft in mühsamer Auseinandersetzung mit einer diesem kulturellen Anspruch zuwiderlaufenden Bautechnologie und Planungsmethodik durchgesetzt. Zwar folgt die Altstadtbewahrung kulturellen Traditionen mitteleuropäischer Stadtkultur, präsentiert das Verhältnis der Gesellschaft zum kulturellen Erbe und liegt im Trend des internationalen Städtebaus. Erst zögernd jedoch beginnt der innerstädtische Gestaltungsprozeß wieder, räumlicher Ausdruck der Austragung von Interessenkonflikten innerhalb der Stadtgemeinde zu sein.

Damit sich das Spannungsfeld der Interessen von Individuum, Gemeinschaft und Öffentlichkeit vergegenständlichen kann als funktionell vielfältige, ästhetisch anziehende Stadtumwelt, benötigt Innenstadterneuerung einen **sozialökonomischen Inhalt,** der über einen notwendigen **höheren Stellenwert der Stadtentwicklung innerhalb der Gesellschaftskonzeption** mit neugestalteten ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen vermittelt wird.

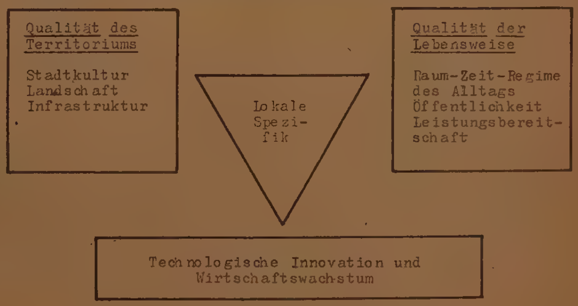
Gelingt das nicht, verkommt Urbanität zur Leerformel, beschränkt sich Altstadtsanierung auf das Gestalten einer ästhetisch und sozial bereinigten, teuren und geschönten Erlebnissphäre für Zahlungskräftige, auf die räumliche Illusion einer widerspruchsfreien Gesellschaft im nostalgischen Gewande des „genius loci".

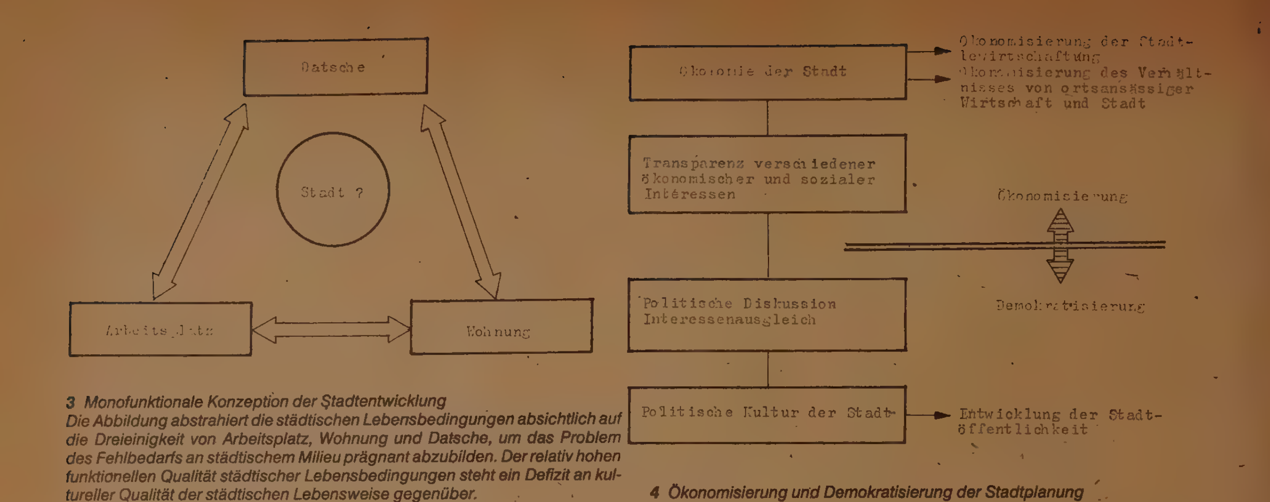
Das touristenattraktive, historisches Berliner Stadtmilieu jedoch gründlich verfehlende Nikolaiviertel steht hierfür beispielhaft, während die schrittweise Umgestaltung der Rostocker östlichen Altstadt durch staatliches, betriebliches und privates Bauen mit verschiedenen Finanzierungsmodellen und begleitender politischer Diskussion auf einen neuen, den 90er Jahren gemäßen Typ der Innenstadterneuerung hinweist.

1 Bedeutungsverlust der Stadt innerhalb der Gesellschaftsstrategie: von der Gemeinde zum Standort



2 Städtebau als Triebkraft wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung
Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, Lebensweise und der Qualität territorialer Reproduktionsbedingungen ist enger geworden. Er wird von den Konzeptionen zur Stadtentwicklung vermittelt.





3 Monofunktionale Konzeption der Stadtentwicklung
Die Abbildung abstrahiert die städtischen Lebensbedingungen absichtlich auf die Dreieinigkeit von Arbeitsplatz, Wohnung und Datsche, um das Problem des Fehlbedarfs an städtischem Milieu prägnant abzubilden. Der relativ hohen funktionellen Qualität städtischer Lebensbedingungen steht ein Defizit an kultureller Qualität der städtischen Lebensweise gegenüber.

4 Ökonomisierung und Demokratisierung der Stadtplanung

Schlußfolgerungen für ein neugestaltetes Verhältnis von Gesellschaftsstrategie und Städtebaupolitik

Wirtschaftliche Notwendigkeiten und sozial-kulturelle Erfordernisse weisen auf eine gewachsene Bedeutung komplexer Stadtreproduktion für den gesamten Reproduktionsprozeß der Gesellschaft hin. Qualitative Veränderungen in der Entwicklung der Produktivkräfte und städtischen Lebensweise drängen auf einen tiefgreifenden Wandel städtischer Infrastruktur und Kultur. Einerseits ist die **sozial-kulturelle Qualität** der Stadt konfrontiert mit einem neuen Anspruchsniveau. Sogenannte „weiche" Standortfaktoren wie Freizeitwert, landschaftlicher Reiz, Stadtbild, städtische Alltagskultur und erlebnisreiche Stadtöffentlichkeit beeinflussen wesentlich das Wohlbefinden der Bewohner und ihr Wanderungsverhalten. Vor allem das Niveau der öffentlichen Stadtkultur kann zum geistig anregenden Stimulus der Leistungsbereitschaft von Werktätigen mit anspruchsvollen Arbeitsinhalten in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur werden und Stadtverbundenheit fördern.
Anderseits beansprucht die technologische Entwicklung eine grundlegend verbesserte **infrastrukturelle und ökologische Qualität** der Stadt.
Von der Zuverlässigkeit und Entwicklungsfähigkeit des Verkehrs- und Energiesystems, der Wasserver- und -entsorgung und des vor völligem Wandel stehenden Informations- und Kommunikationssystems wird die Effizienz der Produktion zunehmend beeinflußt. In dieser Hinsicht ist die hochgradig verschlissene innerstädtische technische Infrastruktur in der DDR zum ernstzunehmenden Störfaktor moderner Produktion geworden.

Zusammenfassend gilt:
Von der Qualität des Territoriums, der Stadt hängen technologische Innovationsprozesse in der Produktion und eine ihnen adäquate Lebensweise in unmittelbarem Maße ab als in vergangenen Zeiträumen. Damit werden **Stadtentwicklung und Städtebau in direkter Weise zu Triebkräften wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung.**
Abb. 2 soll versinnbildlichen, daß der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, Lebensweise und städtebaulichen Reproduktionsbedingungen enger geworden ist. Ihn effektvoll zu gestalten, ist Aufgabe der Stadtplanung.
Begünstigend für die Konzipierung des Städtebaus in seiner Triebkraftfunktion für die gesellschaftliche Entwicklung wirkt sich aus, daß Stadtkultur – aufgefaßt als Qualität der städtischen Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit – und Stadtökonomie nicht im Gegensatz zueinander stehen, sondern sich gegenseitig bedingen. **Intensive Stadtentwicklung ist die effektivste Form der Realisierung des gesellschaftlichen Baubedarfs.**

Als falsch hat sich die Reduzierung der Stadtökonomie auf Kostensenkungen beim einmaligen Bauaufwand erwiesen, da die Logik dieses „ökonomischen Reduktionismus" den Städtebau verengt auf eine Dienstleistung, die Geld kostet und wo möglichst gespart werden muß. Abb. 3 stellt abstrahiert das Problem einer monofunktionalen Stadtentwicklungskonzeption dar, bei der die Kultur und Ökonomie der Stadt als Ganzes als entscheidender Maßstab städtischer Lebensqualität und Produktivität keine Rolle spielt. Resultate eines solchen tradierten, in die Zukunft extrapolierten Konzeptes wären der fortschreitende Bedeutungsverlust öffentlicher Stadträume und die Verfestigung einer wenig innovativen Konzeption städtischer Lebensweise: Datsche, Wohnung und Arbeitsplatz machen noch keine Stadt – genau wie Kleingärtnern, Heimwerkeln und Fernsehen als favorisierte Freizeittätigkeiten allein noch kein kreatives Denken und Verhalten bewirken.
Die Besonderheit der Stadt, auf engem Raum unterschiedlichsten Bedürfnissen mit vielfältigen räumlichen Lösungen Rechnung tragen zu können, entspricht der erforderlichen Verflechtung und Dynamik der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Insofern ist **innerstädtische Erhaltung und Erneuerung** als Kernproblem komplexer und intensiver Stadtentwicklung ein kulturelles und ökonomisches Potential für gesamtgesellschaftliche Prozesse, da

- unnötiger randstädtischer Flächenverbau vermieden und damit Landschaft und Landwirtschaft geschont werden
- laufender Aufwand für die Stadtbewirtschaftung durch Bauen innerhalb der Städte gedämpft wird und sich die Weg-Zeit-Beziehungen für die Bewohner verbessern
- bewahrenswerte Bausubstanz erhalten werden kann und damit die kulturelle Bedeutung der Innenstädte für den Alltag der Bewohner gewahrt bleibt.

Insofern ist ein höherer Stellenwert der territorialen und Stadtentwicklung innerhalb der Gesellschaftsstrategie historisch herangereift. Die Anerkennung dieser strategischen Position erfordert veränderte Instrumente zur stadtkonkreten Gestaltung der Verhältnisse von

- Stadtentwicklung und Wirtschaftspolitik
- Stadtentwicklung und Sozialpolitik
- Stadtplanung und gesamtgesellschaftlicher Planung
- Stadtentwicklung und Baupolitik.

In welche Richtung weisen veränderte Instrumente der Städtebaupolitik?

Erstens ist eine bedeutende Erweiterung traditioneller städtebaulicher Planung in Richtung ganzheitlich orientierter Planung der Stadtentwicklung erforderlich. Das um so mehr, als die konzipierten Veränderungen des Wirtschaftsmechanismus städtebaulich folgenreich sein werden und nicht im „Selbstlauf" eine effiziente Stadtentwicklung befördern.
Die Entwicklung in Richtung der Eigenerwirtschaftung und zunehmenden Eigenverantwortung der Betriebe auch in städtebaurelevanten Fragen ihre Investitionspolitik drängt auf einen Bedeutungsgewinn komplexer Stadtplanung zur Wahrung gesamtvolkswirtschaftlicher und territorialer Interessen. Voraussetzung ist ein **Ausbau der Verantwortung und Selbständigkeit der örtlichen Räte** für die Planung der Stadtentwicklung – einschließlich ihrer finanziellen und materiellen Realisierbarkeit.
Das schließt neue gesetzliche Regelungen – u. a. zur Bildung von „Stadtentwicklungsfonds", zum Städtebaurecht, zur Preisbildung für Bauleistungen und Stadtbewirtschaftung – ebenso ein wie eine grundlegend erhöhte Baukapazität in Regie der örtlichen Räte für die Lösung der städtischen Bauaufgaben. Zu diskutieren ist die Frage, inwiefern die Städte zur Durchsetzung ihrer besonderen Interessen einer eigenständigen zentralen Interessenvertretung bedürfen (z. B. Städte- bzw. Gemeindetag).

Zweitens ist die ökonomische Gestaltung der Einheit von Wirtschafts- und Stadtentwicklung auf neuartigem Niveau notwendig. Ausgangspunkt kann eine wesentlich erhöhte **Gewinn- und Steuerabführung der ortsansässigen Betriebe an die örtlichen Räte** sein. Die so gebildeten Fonds werden in der Entscheidungskompetenz der örtlichen Volksvertretungen für die Stadtentwicklung eingesetzt.

Drittens werden ökonomische Instrumente auszuarbeiten sein, die den **Interessenausgleich zwischen Bürgern, örtlichen Volksvertretungen und ortsansässiger Wirtschaft** stimulieren. Dazu gehören preisliche Regelungen zur Stimulierung eines sparsamen Umgangs mit Ressourcen und städtischen Dienstleistungen (Boden, Wasser, Energie, Umweltschutz, Verkehr...) ebenso wie die ökonomische Neugestaltung der in den letzten Jahren immer uneffektiver gewordenen Wohnraumnutzung.
Gleichzeitig wächst die Bedeutung der politischen Kultur im Entscheidungsprozeß: Transparenz der Entscheidungsfindung und Bürgermitwirkung sind Grundbedingungen verantwortungsbewußten Meinungsstreits. **Ökonomisierung und Demokratisierung** der Stadtplanung befördern so als Einheit ein Wiederaufleben der Stadtöffentlichkeit, eine

Stärkung des sozialökonomischen Zusammenhalts der Stadtgemeinde (Abb. 4).
Damit steigen die Chancen für eine breitere Entfaltung von Eigeninitiativen der Bürger bei der Gestaltung ihrer Lebensumwelt. Bau nicht nur **für**, sondern **mit** den Bürgern wird den Prozeß der Stadterneuerung beschleunigen.

Viertens bedarf die Baupolitik grundlegender Umgestaltung. Nach wie vor vorhandenens vorrangiges Neubau-Denken muß Überlegungen Platz machen, wie die Bauleistungen für die Erhaltung und Modernisierung des Vorhandenen in beträchtlicher Dimension umprofiliert werden können. In den letzten Jahren ist die Schere zwischen Erhaltungsbedarf und dafür zur Verfügung stehender Baukapazität größer geworden. Dem ist nur mit gesamtvolkswirtschaftlicher Hilfe abzuhelfen: der Instandhaltungs- und Modernisierungsbereich bedarf ebenso wie die Baumaterialienindustrie eines deutlichen Investitionsschubs. Gleichzeitig **ist das System bauökonomischer Instrumente prinzipiell zu verändern,** damit die Ökonome der Bauwirtschaft nicht mehr länger der Ökonomie der Städte entgegenläuft und eine kulturvolle Innenstadterneuerung erschwert.

Die dargelegten Positionen zur Neubestimmung des Verhältnisses von Städtebaupolitik und Gesellschaftsstrategie setzen weitreichend Veränderungen im Grundverständnis gesellschaftlicher Entwicklung voraus. Neu zu durchdenken sind die Verhältnisse von

- zweiglicher und territorialer Planung
- zentraler und örtlicher Planung
- Plan und Markt
- Bürger, Stadt und Staat.

An Stadtentwicklungsforschung und Planungspraxis stellt sich der hohe Anspruch, im öffentlichen Dialog mit den Bewohnern die notwendige Erneuerung der Stadtplanung zu gestalten – der Standpunkt des Soziologen kann dafür nur einer von vielen sein.

Stadtsoziologische Forschung und intensive Stadtreproduktion

Prof. Dr. phil. Fred Staufenbiel

In diesem Heft werden Erkenntnisse und Positionen stadtsoziologischer Forschung und kooperierender wissenschaftlicher Disziplinen für die dringend erforderliche intensive Stadtreproduktion in unserer Gesellschaft vorgestellt.
In der gegenwärtigen Umbruchphase der Gesellschaft wird u. a. auch die realistische Bewertung der gesellschaftlichen Behandlung unserer Städte und die Begründung einer neuen Qualität der Leitung und Planung sozial-kulturell orientierter Stadterneuerung gebraucht.
Die Frage nach dem Einfluß der Produktivkraftentwicklung auf die soziale Struktur des gesellschaftlichen Raumes und der für das menschliche Leben zuträglichen Stadtgestalt hat an der Schwelle einer qualitativ neuen Entwicklung und eines tiefgreifenden Umbaus unserer Gesellschaft neue Brisanz erhalten.
Wenn sich die Soziologie mit dem Verhalten großer Gruppen von Menschen innerhalb des jeweiligen Gesellschaftsssystems befaßt, muß die Wechselwirkung zwischen den Bedingungen der Lebensweise in den konkreten Ortschaften und der funktionellen Qualität ihrer baulich-räumlichen Gestalt einen besonderen Platz in solchen Untersuchungen einnehmen.
Die Beschaffenheit der Umweltbedingungen in Relation zu den bedürfnisorientierten Verhaltensweisen der Menschen wird in den alltäglichen Lebensprozessen unmittelbar erlebt, also wertend wahrgenommen. Daher hat diese Relation immer eine Bedeutung für das Engagement für oder gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen diese Relation zwischen Umwelt und Verhalten erlebt wird.
Seit Mitte der 60er Jahre gibt es soziologische Untersuchungen zum Verhältnis von Wohnen und Stadtentwicklung. Begonnen hat diese wissenschaftiche Aktivität mit der Untersuchung „Zum Verhältnis von Kulturniveau, Lebensstil und Wohnverhalten verschiedener Familientypen in 10 Städten der DDR" [1].
Diese Untersuchung brachte Informationen u. a. über Wohnbedürfnisse, Sozialverhalten und Freizeitverwendung sowie das Heimischwerden in städtischen Neubauwohngebieten. Seitdem haben sich verschiedene soziologische Untersuchungen mit ausgewählten Prozessen der Lebensweise in Städten [2], aber auch mit der Entwicklung kultureller Bedürfnisse in der Arbeiterklasse [3] sowie ihrer Wirkung hinsichtlich der Wohnumwelt und der Stadtgestaltung befaßt.
Im März 1980 verwandte der 3. Soziologie-Kongreß der DDR mit dem Thema „Sozialstruktur und Lebensweise" viel Aufmerksamkeit auf die territorialen Bedingungen der Intensivierung gesellschaftlicher Reproduktion [4] und damit auf die Entwicklung sozialer Prozesse in unterschiedlichen Städten [5].
Untersuchungen über das Erleben der Stadt durch ihre Bewohner [6] oder über Wohnleitbilder und gruppenspezifische Wohnwertorientierungen [7] oder über die Interdependenz von Stadtgröße und sozialer Aktivität [8] oder die Motivation der Ortsverbundenheit bzw. der Migrationsbereitschaft [9] in unterschiedlichen Siedlungstypen waren unmittelbar mit der Strategie zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem verbunden.
Im März 1985 befaßte sich der 4. Soziologie-Kongreß der DDR mit dem Thema „Soziale Triebkräfte des ökonomischen Wachstums". Da standen stadtsoziologische Untersuchungen u. a. zur „Siedlungsstruktur – Lösung der Wohnungsfrage als soziales und volkswirtschaftliches Problem" sowie zur „Sozial wirksamen Realisierung kultureller Bedürfnisse" zur Diskussion.
Dennoch wurde wenig von den durchaus vorhandenen soziologischen Erkenntnissen in die Praxis der Leitung und Planung des Städtebaus überführt und damit die Spannungen zwischen Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit auch auf diesem Gebiet erheblich verschärft. Als „Folge extensiver Stadtentwicklung sind nicht nur, wie das allgemein geschieht, Flächenwachstum, Aufwand und Ineffizienz technischer und sozialer Infrastruktur anzusprechen, sondern auch und vor allem die nicht länger zu übersehende Entvölkerung und der bauliche Verfall der Innenstädte, planlose Wucherungen der Stadtränder, Vernichtung der Landschaft sowie der allgemein schlechte Zustand der Bauten der Industrie, des Verkehrswesens, des Handels und Gesundheitswesens und weiterer Bereiche ...
Besonders der Zustand vieler historischer Altstädte, der zu Flächenabrissen und Neubebauung mit nichtadäquaten Mitteln führt, muß als katastrophal angesehen werden" [10].
Befaßt sich die Soziologie mit der Stadt, so geht es niemals um eine abstrakte Stadt, sondern immer um die jeweils konkrete; und in diesem Sinne wird die Stadt aufgefaßt

- als relativ selbständiger sozialer und wirtschaftlicher Organismus jener Gesellschaftsordnung, deren Struktureinheit sie ist
- als räumliche, funktionelle und kommunikative Struktur, in der sowohl die gesellschaftliche Reproduktion mit entsprechender ökonomischer Effektivität als auch die Realisierung des menschlichen Lebens mit angestrebter kultureller Qualität möglich gemacht werden muß und nicht zuletzt
- als für diese sozial-räumlichen Verhältnisse kulturell wirksame architektonische Gestalt, in der die Geschichte der Stadt sowie ihre Vitalität erlebbar sind.

Betrachtet man so die Stadt bzw. den Stadtteil, dann wird klar, daß Stadtreproduktion nicht nur Bauen sein kann, sondern ein komplizierter gesellschaftlicher Prozeß der permanenten Stadterneuerung und -gestaltung sein muß, in den das Bauen integriert wird und von dem das Bauen seine Ziele, seine Qualitätsansprüche, seine Maßstäbe zur Beurteilung der sozialen Wirksamkeit und der kulturellen Leistung erfährt.
Stadtsoziologische Untersuchungen haben schon seit einigen Jahren einen besonderen Stellenwert für die Leitung und Planung von Reproduktions- und Erneuerungsprozessen der Städte (untersucht in Eisenach 1985, Magdeburg 1986, Brandenburg 1987, Bad Langensalza 1987, Jena 1988 und Dessau 1989) erlangt.
Solche Untersuchungen waren verbunden mit der wissenschaftlichen Hilfe für die Volksvertretungen dieser Städte hinsichtlich der Lösung der Wohnungsfrage. Sie führten darüber hinaus bzw. in Abhängigkeit davon zu der Erkenntnis, daß der technische Zustand der Gebäude, die räumliche Struktur städtischer Gebiete, die Wirksamkeit der Infrastruktur sowie die ökologischen Gegebenheiten mit der Reproduktion des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der sozialen und demographischen Struktur der Bewohner und deren Lebensweise korrespondieren.
Um die soziale Wirksamkeit als Folge von städtischen Erneuerungsprozessen zu untersuchen, mußte der jeweilige Ausgangszustand in dem umzugestaltenden Gebiet festgestellt werden. Es hat sich bewährt, die Aussgangsposition in dem jeweiligen Gebiet, das rekonstruiert werden soll, nach folgenden Gesichtspunkten zu beurteilen:

1. städtebauliche und räumliche Merkmale (Funktionsfähigkeit und Lage des Gebietes, Erschließung, Einwohnerdichte, Infrastruktur, ökologische Bedingungen)

2. wohnungsbezogene Merkmale (Baualter, wohnhygienische Ausstattung, funktionelle Ordnung der Grundrisse, Raumgröße, Belegungsquoten)

3. sozialstrukturelle und demographische Merkmale (Haushaltstypen, Familientypen, Bevölkerungsentwicklung)

4. Merkmale der Lebensweise (soziale Qualität zwischenmenschlicher Beziehungen, Nachbarschaftskontakte, gesellschaftliche Aktivitäten, Gemeinschaftlichkeit im Gebrauch wohnungsnaher Freiräume, Ansprüche an gesellschaftliche Einrichtungen und familiale, kollektive und öffentliche stadträumliche Umgebung).

Ausgehend von diesen Merkmalen kann eine Charakteristik des jeweils zu rekonstruierenden Gebietes erarbeitet, ein **soziales Porträt** des Erneuerungs- bzw. Umgestaltungsgebietes angefertigt werden.
Die stadtsoziologische Forschung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar hat darüber hinaus eine Reihe von solchen methodischen Schritten in ihren Untersuchungen angewandt und für die Qualifizierung von Stadtplanungsprozessen aufbereitet, wie:

– die Analyse der lokalen Spezifik von sozial-demographischer Struktur, Lebensweise und der architektonischen Gestalt städtischer Räume

– die Analyse und Diagnose jedes Faktorenbündels, welches Heimischfühlen in der Stadt und Ortsverbundenheit im Wohngebiet konstituiert

– die Konzipierung standortkonkreter und stadtgestaltdienlicher sozialer Ziele als konzeptionellen Inhalt der Planungsprozesse

– die Begründung nutzorientierter Gebrauchswertbestimmung im Zusammenhang mit der dafür erforderlichen Aufwandsermittlung.

Durch interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Soziologie und Ökonomie mit Städtebautheorie, Ökologie und Stadtplanung konnten sozialprognostische Ausssagen erarbeitet werden, die in der Erkenntnis konzentriert sind, daß in dem Maße, wie die Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem Einfluß auf die Reproduktion des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in der jeweiligen Stadt gewinnt, der Wohnungsbau, die Reproduktion der Infrastruktur sowie die Umgruppierung der Produktionsstruktur entsprechend dem Technologiewandel und der erforderlichen ökonomischen Effektivitätserhöhung stärker in die Reproduktion und Gestaltung der Stadt als Ganzes einbezogen werden müssen.
Im Februar 1990 beschäftigt sich der 5. Soziologie-Kongreß der DDR mit dem Thema „Soziologie im Prozeß der Erneuerung".
Besonders in einer Arbeitsgruppe „Demokratische Stadtkultur und bürgerverbundene Stadtentwicklung" werden stadtsoziologische Forschungsergebnisse und auch solche anderer Disziplinen für den schöpferischen Umbruch unseres gesellschaftlichen Lebens, für die intensive Stadtreproduktion und für eine moderne Kommunalpolitik nutzbar dargeboten.
Es gilt, das Wissen über die erforderliche Beschaffenheit sozialer, ökologischer und ökonomischer Voraussetzungen für die demokratische Akzeptanz und humanistische Beherrschung des Technologiewandels zu Gunsten komplexer Umweltgestaltung (natürlicher, technogener, räumlicher und gebauter Umwelt) in den Städten und ihrem Umland für das Leben der Menschen öffentlich und damit für die politische Kultur in den Städten und Gemeinden wirksam zu machen.
In den 90er Jahren muß das innerstädtische Bauen den Erfordernissen der integrierten Stadtgestaltung und den Bedürfnissen der Menschheit in weit höherem Maße dienen als bisher.
Integrierte Stadtgestaltung schließt sowohl die territoriale Rationalisierung als auch die Gestaltung der „Stadt als Ganzes" [11], d. h. als Gesamtheit von sozialen, technischen, organisatorischen, ökonomischen, natürlichen und kulturellen Prozessen) und dabei zugleich ihre Anpassung an eine neue Qualität menschlicher Lebensbedingungen ein.
Integrierte Stadtgestaltung soll

– die effektive Wirtschaftsentwicklung unterstützen, zur Triebkraft ökonomischen Wachstums werden

– die kulturelle Effizienz der Lebensweise erhöhen und damit das Leistungspotential der Bevölkerung stärken

– die Innovationsbereitschaft hinsichtlich der Produktivkraftentwicklung steigern und die Identifikation mit der jeweiligen Stadt bzw. der kommunalen Gemeinde fördern.

Die historische Notwendigkeit ist also herangereift, die sozialen Bedingungen der Reproduktion innerstädtischer Gebiete viel stärker zu berücksichtigen als bisher und die stadtspezifischen sozialen Ziele (von den örtlichen Volksvertretungen zu beschließen), **konsequent zum konzeptionellen Inhalt der Planung** und darüber hinaus der für den jeweiligen Standort optimalen Bauweisen zu machen.
Eine sozial und ökologisch orientierte Marktwirtschaft verlangt, daß die Erzeugnisse industrieller Produktion nicht nur effektiven Herstellungsverfahren, sondern vor allem den Bedürfnissen der Nutzer entsprechen. Die Qualität des Gebauten ist immer die Gesamtheit der Eigenschaften, die den Grad der Eignung für den vorgesehenen Verwendungszweck bestimmt. Und dieser Grad der Eignung kennzeichnet den Gebrauchswert dessen, was verwendet werden soll. Daher sind soziologische Bedürfnisforschung und soziologische Untersuchungen über Lebensweiseprozesse in konkreten Ortschaften so wichtig für die Beurteilung des Gebrauchswertes (funktioneller Qualität) [12].
Sowohl für das Erkennen des Bewahrenswerten an zu reparierenden und umzugestaltenden Altbaugebieten als auch für die zu konzipierenden baulichen Leistungen in innerstädtischen Bereichen wird das immer wichtiger. Hier, in den sozialen Prozessen der Lebensweise liegen die Triebkräfte der Modernisierung sowie des Ersatzneubaues bei der innerstädtischen Reproduktion und insofern auch der innovativen Gestaltungsprozesse in Architektur und Städtebau.
Darum wird es auf dem 5. Soziologie-Kongreß in der Arbeitsgruppe „Stadtentwicklung" auch darauf ankommen zu untersuchen, wie sich die revolutionäre Erneuerung auf die Stadtentwicklungspolitik auswirkt und welche Konsequenzen sich daraus für die demokratische Aktivität der Bürger hinsichtlich der Realisierung ihrer Interessen bei der Stadtgestaltung ergeben.
Wenn auf diesem Kongreß kommunalpolitische Probleme der Stadterneuerung unter dem Aspekt der Bürgerbeteiligung und der sozialen Bedingtheit von Ansprüchen an die lokale Alltagskultur im Stadtmilieu diskutiert werden, so werden dabei voraussichtlich folgende Fragen im Mittelpunkt stehen:

– Welchen Beitrag leistet das Wohnungswesen für die Realisierung sozialer Ziele in den Städten bzw. Ortschaften?

– Worin liegt die zunehmende Bedeutung und produktive Funktion des Heimischfühlens in Städten – der emotionalen Verbundenheit der Bewohner mit den Gebieten ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen für die demokratische Initiative der Bürger?

– Worin müssen die Konsequenzen bestehen, die aus der Notwendigkeit intensiver Stadtreproduktion für die Entwicklung der Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur in der DDR erwachsen?

– Wie muß die neue Gestaltung des Verhältnisses von ortsansässiger Wirtschaft und örtlichen Volksvertretungen für die Verbindung zwischen technischer Innovation und sozial-kulturell wirksamer Stadtgestaltung erfolgen?

– Worin besteht die Funktion und Wirkungsweise soziologischer Erkenntnisse im Hinblick auf die Raum- und Stadtplanung?

– Was kann und muß Stadtsoziologie für die Schaffung der neuen Qualität komplexer Stadtplanung im Zusammenwirken von kommunaler Entwicklungsstrategie mit erforderlicher Regional- und Stadtplanung leisten?

Zweifellos ist das mit einer Demokratisierung der Planungsprozesse und der Entwicklung der politischen Kultur im Verhältnis von Bürgerinitiativen und kommunalpolitischen Entscheidungen verbunden.
Es ist heute schon zu erkennen, daß die geistigen Aktivitäten und praktischen Handlungen der Bürger in der und für die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie ihrer Lebensweise in den Städten und Gemeinden als demokratisches Wirken sich immer stärkere Anerkennung verschaffen. Das muß durch ein neuartiges Zusammenwirken von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit – das widersprüchlich und spannungsgeladen verläuft – zu einem dauerhaften Element des aktuellen sozialen Fortschritts und damit auch ganz besonders für die intensive Stadterneuerung wirksam gemacht werden. Ein qualitativ höherer Stellenwert von territorialer und städtischer Entwicklung wird in einer wirksamen Gesellschaftskonzeption für einen attraktiven Sozialismus unumgänglich sein.

Anmerkungen

[1] Kollektivarbeit „Zum Verhältnis von Kulturniveau, Lebensstil und Wohnverhalten in 10 Städten der DDR" von H. Tollkühn, R. Feix, H. Kießig, H. Baeseler, I. Sommer unter Leitung von F. Staufenbiel und H. Henselmann im Rahmen des Arbeitskreises Kultursoziologie des Wissenschaftlichen Rates für soziologische Forschung in der DDR, Manuskript, unveröffentlicht, Berlin 1966
[2] Grundmann, S., Das Territorium – Gegenstand soziologischer Forschung, Dietz Verlag Berlin 1981
[3] Kulturbedürfnisse der Arbeiterklasse, Kollektivarbeit unter Leitung von Staufenbiel, F., Verlag Tribüne Berlin 1975
[4] Materialien des 3. Soziologie-Kongresses der DDR, Dietz Verlag Berlin 1981
[5] Grundmann, S., Soziologische Probleme der Stadtentwicklung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1/1980
[6] Hunger, B., Stadtgestaltung aus Bewohnersicht, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der HAB Weimar, 27. Jahrgang 1980 Heft 3, S. 113–116
[7] Kahl, A., Ergebnisse und Probleme der soziologischen Erforschung des Wohlverhaltens in städtischen Neubaugebieten, Referat auf der Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Soziologische Forschung in der DDR am 21. 1. 1982 in Karl-Marx-Stadt, in: Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR, Zentralstelle Berlin 1/1982
[8] Voigt, P., Theoretische Grundprobleme der Territorial- und Stadtentwicklung, in: Thesen zum II. Internationalen Symposium zu Problemen der Leitung und Planung sozialer Prozesse im Territorium, Rostock 1980
[9] Weiske, Chr., Heimischfühlen in Städten – zur Wechselwirkung von Ortsverbundenheit und Migration, Diss. (A) HAB Weimar/FSU Jena 1984
[10] Forschungsbericht der Sektion Gebietsplanung und Städtebau der HAB Weimar 1989 zum Thema „Vervollkommnung der Methoden und Instrumentarien zur Leitung und Planung der Stadtentwicklung . . ." Autorenkollektiv unter Leitung von Kind, G.
[11] vergleiche Dokumentation des VIII. Kongresses des BdA der DDR, Mai 1982, S. 144 f.
[12] Schmidt, H., Gebrauchswert-Aufwand-Bewertung von Bebauungsvarianten städtischer Umgestaltungsgebiete unter besonderer Beachtung sozialer Kriterien, Diss. (A), HAB Weimar 1989

Innerstädtische Wohnmobilität und demographische Wellen

Dipl. phil. Ing. Dieter Bock
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Dipl.-Soz. Petra Pietsch
Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Schwerin

Im Zuge des Wohnungsbauprogramms hat sich die Wohnmobilität innerhalb der Stadt enorm erhöht. Mit dem Bau größerer Wohngebiete erfolgte eine Einwohnerumverteilung von der Innenstadt an den Stadtrand, wobei sich die Unterschiede in den demographischen Strukturen der verschiedenen Wohngebiete dadurch vertieften, daß die nach sozialpolitischen Prämissen erfolgende Erstbelegung der neuen Gebiete ein Übergewicht jüngerer Bürger bewirkte. Genannt seien die Ansiedlung neuer meist jüngerer Arbeitskräfte sowie die bevorzugte Wohnraumvergabe an junge Familien. Im Ergebnis dieser Wohnungs- und Vergabepolitik waren und sind die demographischen Unterschiede zwischen den Wohngebieten einer Stadt außerordentlich groß.

Demographische Wellen in der Altersgruppen- und Haushaltsstruktur

Gelingt es, die Dienstleistungs- und Kulturangebote möglichst genau auf die Besonderheiten der vorhandenen Bewohnerstruktur eines Wohngebietes einzustellen, so ist dennoch mit flexiblen Lösungen von vornherein der absehbare relativ rasche Wandel in der Bewohnerstruktur und damit in den Wohnbedürfnissen einzukalkulieren. Gewöhnlich haben die demographischen Wellen in den relativ einseitig strukturierten Wohngebieten bereits binnen 10 Jahren beträchtlich veränderte Nutzeransprüche zur Folge. Lebensalter und Familienzyklus zählen zu den am stärksten differenzierenden Einflußgrößen auf das Freizeitverhalten. Die Wellenbewegung in der demographischen Struktur führt dazu, daß Wohngebiete der 50er Jahre gegenwärtig einen hohen Rentneranteil haben, der in den Wohngebieten der 60er Jahre im Ansteigen befindlich ist. Gleichzeitig sind ältere Wohngebiete – um die Jahrhundertwende, jedoch auch in den 20er und 30er Jahren errichtet – durch eine polare Altersstruktur gekennzeichnet. Es leben dort viele ältere Menschen, zugleich aber auch jüngere Bewohner unter 30 Jahren. Die Formel „altes Gebiet – alte Leute" traf für die 70er Jahre zu, stimmt jedoch heute nicht mehr. Ebenso sind die ehemaligen Neubaugebiete in abnehmenden Maße die Wohnstandorte der jungen Generation.

Sozial bedeutsam ist an dieser Entwicklung, daß mit dem Zuzug Jüngerer die Möglichkeiten für die Umgestaltung älterer Wohngebiete unter Beteiligung der Bewohner wachsen. Voraussetzung dafür ist, daß es gelingt, durch entsprechend attraktive Angebote und Entwicklungsmöglichkeiten der Wohnbedingungen das Interesse der jüngeren Bewohner an der Gestaltung und Nutzung dieser Bedingungen auf Dauer zu stimulieren.

Ungünstig ist, daß die im Sozialismus erbauten Wohngebiete zwar den Bedürfnissen der Kinder entgegenkommen, während Defizite für ältere Bewohnergruppen bestehen; umgekehrt kommen Wohngebiete der Gründerzeit häufig den Freiraumbedürfnissen des Kindes und der jungen Familie wenig entgegen. So vollzieht sich ein fast paradoxer „Umkehrprozeß" zwischen städtebaulichen Situationen, demographischer Entwicklung und damit entstehenden sozialen Situationen. [1]

Beispiel: Berlin – Marzahn (Abb. 1)
In den im Abstand von nur wenigen Jahren übergebenen Bauabschnitten des Neubaugebietes Berlin-Marzahn werden die Ansätze der demographischen Wellenbildung deutlich sichtbar. [2] Der Vergleich der Anteile bei Haushalten mit Kindern innerhalb der drei zu unterschiedlichen Zeitpunkten bezogenen Teilgebiete zeigt zum Untersuchungszeitpunkt 1986 die Verschiebungen in der Altersgruppenstruktur dieser Haushalte. Deutlich wird, wie sich ewa 10 Jahre nach der Erstbelegung des Untersuchungsgebietes I die Altersgruppenstruktur der Kinder in den Haushalten verändert hat. 1986 lebten nur noch in 24 Prozent der Familienhaushalte Kinder unter 6 Jahren, während dieser Anteil in dem jüngsten Teilgebiet noch 43 Prozent beträgt. Demgegenüber wächst der Anteil von Haushalten mit Jugendlichen über 17 Jahre im Untersuchungsgebiet I rasant und ist mit 25 Prozent mehr als doppelt so hoch als im Untersuchungsgebiet III. Die Konsequenzen für die Funktionsleistungen von Kindereinrichtungen und für die Angebote zur Freizeitgestaltung liegen auf der Hand.

Insgesamt ergibt sich ein Bild außerordentlicher Unausgewogenheit und Dynamik in der Altersgruppenstruktur der Bevölkerung der verschiedenen städtischen Wohngebiete, auf das sich Kommunalpolitik, insbesondere Wohnungspolitik und Bauwesen einstellen müssen.

Gravierend wirken sich die demographischen Wellen auf die Wohnbelegung aus. Da vor allem jüngere, wachsende Familien in die neuen Wohngebiete ziehen, ist das seit langem konstatierte beengte Wohnen eines großen Teiles der Familien mit mehr als einem Kind unvermeidlich, wenn der Anteil der Vier- und Mehrraumwohnungen am Stadtdurchschnitt orientiert ist und dieser in vielen Fällen unterschritten wird.

1 Entwicklung der Wohnhaushalte mit Kindern innerhalb von drei Wohngebieten unterschiedlicher Entstehungszeit in Berlin-Marzahn [2]
Untersuchungsgebiet I: Erstbelegung ab 1976
Untersuchungsgebiet II: Erstbelegung ab 1980
Untersuchungsgebiet III: Erstbelegung ab 1983

2 Güstrow, innerstädtische Wohnungsumzüge 1985 [4]
1 Stadtzentrum, Einrichtungszeitraum vor 1870
2 westliches zentrumnahes Gebiet, Errichtungszeitraum 1870–1918
3 westliches Randgebiet
4 südliches Gebiet, Errichtungszeitraum 1870–1945
5 nördliches zentrumnahes Gebiet, Errichtungszeitraum 1870–1945
6 nördliches Randgebiet
7 Neubauwohngebiet Südstadt, 1. und 2. Bauabschnitt, Errichtungszeitraum 60er Jahre
8 Neubauwohngebiet Südstadt, 3. Bauabschnitt, Errichtungszeitraum 70er Jahre
(Legendenziffern auf der Abb. im Kreis)

HAUSHALTE MIT KINDERN	GEBIET	%	ALTERSGRUPPE DER KINDER	%
17 %	III	12	> 17	88
	II	18		82
	I	25		75
53 %	III	56	6 - 17	44
	II	52		48
	I	49		51
35 %	III	43	0 - 6	57
	II	30		70
	I	24		76
DURCHSCHNITTSWERTE DER GEBIETE I - III GESAMT				

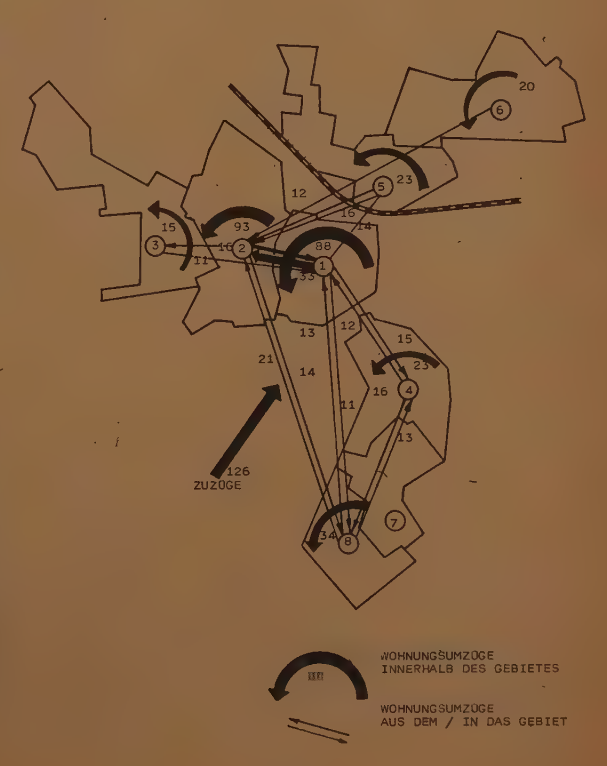


Tabelle 1
Innerstädtische Wohnungsumzüge in ausgewählten Untersuchungsgebieten der Stadt Güstrow (Angaben in Prozent) [4]

	1977	1980	1983	1985
Zentrumsnahe Altbauwohngebiete	59	60	65	58
– darunter innerhalb	51	46	43	47
Neubauwohngebiete	17	15	9	15
– darunter innerhalb	7	22	35	31
Übrige Wohngebiete	24	25	26	27
– darunter innerhalb	42	33	33	32
	100	100	100	100
n =	919	711	769	753

Tabelle 2
Wohnungsumzüge in der Stadt Güstrow, einschließlich Zuzügen, nach der Struktur der daran beteiligten Haushaltsgrößen (Angaben in Prozent)

Haushaltsgröße	1977	1980	1983	1985
1 Person	23	28	41	36
2 Personen	23	29	24	22
3 Personen	28	24	19	24
4 und mehr Personen	26	19	16	18
	100	100	100	100
n =	1067	833	887	879

Beispiel: Schwerin
Im Neubaugebiet Großer Dreesch wurde in den jüngeren Bauabschnitten der Wohnungsgrößen-Verteilerschlüssel zugunsten eines höheren Anteils von Vierraumwohnungen verändert. Dennoch ist der Anteil von Familien mit vier Personen noch um 15 % höher als der Anteil an Wohnungen einer entsprechenden Größe. Im Altbaugebiet Schwerin-Weststadt verursachte die niedrige Quote der Vierraumwohnungen Überbelegungen, die noch nach zwanzigjähriger Nutzung dieses Gebietes fortwirken. [3]

Umzugsgeschehen und Wohnqualität

Das innerstädtische Umzugsgeschehen ist bedeutungsvoll für die Befriedigung der Wohnbedürfnisse und die Entwicklung territorialer Bewohnerstrukturen. Die außerordentliche Dynamik in der inerstädtischen Wohnmobilität betrifft die verschiedenen Teilgebiete der Stadt jedoch in unterschiedlichem Maße.
Dominierende Einflußgrößen auf die Wohnmobilität innerhalb der Stadt sind die Belegung der Wohnung, ihr Zustand und ihre Ausstattung, die Qualität des Wohngebietes insgesamt sowie seine sozial-räumliche Anbindung an die Stadt.
Die Differenzierung des Umzugsgeschehens nach der Wohnqualität bewirkt, daß Gebiete mit einem hohen Niveau der Wohnbedingungen einen erkennbar überdurchschnittlich hohen Anteil unterbelegter Wohnungen haben, die für die wohnungspolitische Lenkung faktisch tabu sind. An dieser Begrenzung des wohnungspolitischen Handlungsspielraumes zur Verbesserung der Wohnbedingungen für die Bevölkerung der Gesamtstadt kann sich unter den Bedingungen durchgängig niedriger Mieten nichts ändern.

Beispiel: Güstrow (Tabellen 1 und 2, Abb. 2)
Eine Untersuchung zur Entwicklung des innerstädtischen Umzugsgeschehens innerhalb und zwischen ausgewählten Wohngebieten der Stadt Güstrow vermittelt recht genaue Einblicke in Prozeß und Struktur der innerstädtischen Wohnmobilität. [4]
So kamen im Zeitraum zwischen 1977 und 1985 dort in der Summe auf 100 Wohnhaushalte 22 Wohnumzüge. Über die Hälfte der Umzugsvorgänge konzentrierte sich auf die von der Wohnqualität her problematischen zentrumsnahen Altbauwohngebiete, wobei der überwiegende Teil der Umzüge innerhalb des jeweiligen Untersuchungsgebietes erfolgte.
Das im Rahmen der genannten Untersuchung für das Jahr 1985 analysierte Umzugsgeschehen in und zwischen den 8 ausgewählten Untersuchungsgebieten (vergleiche Abb. 2) zeigt, daß Altbaugebiete und Altneubaugebiete mit vergleichsweise hoher Wohnqualität in relativ geringem Umfang am innerstädtischen Umzugsgeschehen beteiligt waren.
Während im Gesamtzeitraum der Untersuchung der Anteil Alleinstehender am Umzugsgeschehen angewachsen ist, war der Anteil von Haushalten mit vier und mehr Personen eher rückläufig. Das deutet jedoch nicht notwendig auf die verbesserte Versorgung mit bedürfnisgerechtem Wohnraum für größere Familien hin, sondern kann zu einem beträchtlichen Teil dem rückläufigen Erstbezug von Neubauwohnungen in den untersuchten Teilgebieten geschuldet sein.

Schlußfolgerungen für Kommunalpolitik und städtebauliche Planung

Die seinerzeit aus städtebaulicher Sicht gegebene Empfehlung, die Bewohnerstruktur der Neubauwohngebiete möglichst analog den demographischen Proportionen der Bevölkerung der Gesamtstadt zu entwickeln, hat sich als nicht realisierbar erwiesen. Zum einen machten sozialpolitische und volkswirtschaftliche Notwendigkeiten die bevorzugte Wohnraumbereitstellung und Vergabe an Jüngere notwendig, zum anderen wurde die ökonomische und soziale Bedeutung der zielgerichteten Beeinflussung von möglichst ausgewogenen Einwohnerstrukturen in den Teilgebieten der Stadt seitens der Kommunalpolitik unterschätzt.
Folglich waren die heute vorhandenen Widersprüche zwischen Altersgruppenstruktur der Bevölkerung und Dienstleistungs- bzw. Freizeitangebot sowie zwischen Haushaltsgrößenstruktur und Wohnungsgrößenstruktur in den verschiedenen Wohngebieten einer Stadt vorprogrammiert.
Heute lohnt es nicht, über die demographischen Wellen zu lamentieren, man muß sie möglichst dämpfen und weitgehend ihren Auswirkungen gerecht werden. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten:

1. **Korrektur der Wohnungsgrößenstruktur randstädtischer Wohngebiete**
Die Weiterentwicklung der sozial-kulturellen und städtebaulichen Qualität randstädtischer Wohngebiete wird zu einer wichtigen sozialpolitischen Aufgabe der 90er Jahre. Verdichtungsmaßnahmen innerhalb der vorhandenen Wohnbebauung sollten auf solche Haushaltstypen orientieren, die im jeweiligen Gebiet unterrepräsentiert sind bzw. die teilweise unter- oder überbelegt wohnen. Gefragt sind im allgemeinen vor allem altersgerechte Zweiraumwohnungen sowie Vierraumwohnungen für Familien mit Kindern. Einseitige Wohnungsgrößenstrukturen können teilweise durch Wohnungszusammenlegungen im Rahmen notwendiger Rekonstruktionsmaßnahmen abgebaut werden.
2. **Erhöhung der Flexibilität und Multifunktionalität von Gesellschaftsbauten**
Einfunktionale, starr auf eine bestimmte Nutzergruppe orientierte Gesellschaftsbauten wird sich die Gesellschaft auch aus demographischen Gründen immer weniger leisten können. Gefragt sind mit geringem Aufwand wandelbare, verschiedenen Zwecken dienende Einrichtungen, wenn man das uneffektive ständige Wechselspiel von Unter- und Überforderung des jeweiligen Einrichtungstyps im Wohngebiet vermeiden will.
3. **Wohnungspolitische Steuerung der Bewohnerstruktur**
Wichtigstes wohnungspolitisches Steuerinstrument ist die Einflußnahme auf die Struktur des Wohnungsbaus – auch in bezug auf die Verdichtung jüngerer und die Modernisierung älterer Wohngebiete. Ferner kann die über einen längeren Zeitraum nach der Erstbelegung eines Neubauwohngebietes bestehende „Mobilitätsreserve" für die Korrektur von Disproportionen in der Altersgruppenstruktur und Haushaltsgrößenstruktur genutzt werden. Sie besteht in dem Anteil von etwa 6–10 Prozent der Haushalte, die aus unterschiedlichen Gründen das ihnen mit der Wohnung zugewiesene Wohngebiet relativ rasch wieder verlassen, wenn sich beispielsweise Tauschmöglichkeiten bieten. Die gewachsene Disponibilität hinsichtlich einer bedarfsgerechten Verfügung über den Wohnungsfonds kann in einer Reihe von Städten solche Vorgänge bereits erleichtern und befördern.
4. **Komplexe Umgestaltung und Erneuerung vorhandener Wohngebiete**
Relativ ausgewogen verläuft der Prozeß der demographischen Mischung der Wohnbevölkerung in einer Reihe von innerstädtischen Teilgebieten, die komplex, d. h. in der Einheit aller Reproduktionsformen, umgestaltet und erneuert wurden. Dabei konnten frühere Bewohner im Gebiet verbleiben, während gleichzeitig neue Bewohner hinzukamen. Das erleichtert die soziale Integration der „Neuen" und die Innovation des Milieus der „Alteren". In das Gebiet kommt „neuer Schwung", ohne daß es dadurch bewahrenswerte soziale und kulturelle Identität verliert. Diese neue städtebauliche Aufgabe erweist sich als am effizientesten für die Normalisierung der demographischen Struktur eines Wohngebietes, da mit der Einheit aller Reproduktionsformen innerhalb der Wohnbausubstanz eine leicht steuerbare Vielfalt der Wohnformen und Wohnungstypen erreichbar ist, was die Mischung eingesessener und neu hinzuziehender Bewohner ermöglicht. Generell ist die Vielfalt der Wohnformen in räumlicher Nähe die beste Voraussetzung für das Entstehen einer differenzierten, annähernd dem Durchschnitt der natürlichen Bevölkerungsstruktur entsprechenden demographischen Struktur im Wohngebiet.

Literatur

[1] Demographische Entwicklung und Wohnmilieu
In: Städtebauprognose – soziologische Grundlagen, Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur. Berlin 1988 (als Manuskript gedruckt)
[2] Wohnen '86 – Mahrzahn. Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für marxistisch-leninistische Soziologie. 1987. (unveröffentlichter Forschungsbericht)
[3] Wohnbedingungen demographischer Gruppen der Stadt Schwerin. Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Schwerin. 1983. Bearbeiter: Dipl.-Soz. P. Pietsch. (unveröffentlicht)
[4] Güstrow. Untersuchungen zu innerstädtischen Migrationsprozessen aus städtebausoziologischer Sicht. Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Schwerin. 1986. Bearbeiter: Dipl.-Soz. P. Pietsch. (unveröffentlicht)

Architekt und Nutzer

W. L. Chait, Moskau
Architekt, Kandidat der Kunstwissenschaft

Die durch die Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU ausgelösten Wandlungen im öffentlichen Leben und im gesellschaftlichen Bewußtsein, die Forderung nach „weiterer Demokratisierung der Gesellschaft und Vertiefung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes", der daraus resultierende „Kurs auf die Verstärkung der Selbständigkeit und Aktivität der örtlichen Machtorgane ... der örtlichen Sowjets" sowie die daraus hervorgehende „Ausweitung der Öffentlichkeit" gebieten heute nachdrücklich, die Wechselwirkung zwischen dem architektonisch-baulichen Komplex, der faktisch jahrelang der Kritik entzogen war, und dem Nutzer der Architektur zu verbessern und die Methoden der Bauprojektierung zu überprüfen. Die Leistungen der sowjetischen Baukunst bei der Gestaltung der Lebensumwelt der sozialistischen Gesellschaft und vor allem auf dem Gebiet der Lösung des Wohnungsproblems lassen sich schwerlich leugnen. Aber leider läßt sich ebenso schwer auch die breite, wenn nicht überhaupt allgemeine Unzufriedenheit mit der Bauqualität bestreiten, wobei das nicht nur die Ausführung und die technischen Lösungen betrifft, sondern, was bereits vollständig zum Tätigkeitsbereich des Architekten gehört, auch die Raum- und Grundrißlösungen der Wohnung und des Hauses, sowie auch, was in unseren Tagen besondere Bedeutung hat, die künstlerischen Attribute der Gebäude und Komplexe, ihre unzureichende Übereinstimmung mit den Besonderheiten des Ortes und den kulturellen Traditionen und nicht zuletzt die fehlende, aber notwendige Vielfältigkeit und Unverwechselbarkeit.

An die Architektur- und Baupraxis gerichtete Äußerungen werden schon seit Ende der sechziger Jahre in der Presse veröffentlicht, aber sie wurden in Fachkreisen als Bekundung der Nichtzuständigkeit, des mangelnden Verständnisses für die Aufgaben und Forderungen, die der sowjetischen Architektur gestellt wurden, und der Ressourcenbegrenzungen ebenso regelmäßig ignoriert. Gerade diese realen Beschränkungen mußten oft zur Rechtfertigung unzweckmäßiger Projektlösungen herhalten, und die selten bis zur Veröffentlichung in der Presse gelangten kritischen Beiträge der Architekten und Architekturwissenschaftler wurden nachhaltig herabgewürdigt, womit faktisch die behördlichen Ambitionen und die Verteidigung der „Uniformehre" der Personen, die für das Architekturniveau verantwortlich sind, Widerspiegelung fanden.

Die Architektur ist ihrer gesellschaftlichen Zweckbestimmung nach dazu berufen, die materiellen und geistigen Bedürfnisse derjenigen zu befriedigen, die die Erzeugnisse des Projektierungs- und Baukomplexes nutzen, und eine für sie günstige räumlich-materielle Umwelt zu schaffen. Aber historisch ist zwischen den gesellschaftlichen Werten und den Erwartungen der Nutzer – in den Bedingungen der Vertiefung der Arbeitsteilung und, was die Hauptsache ist, des Massenverbrauchers und anonymen unmittelbaren Nutzers der Architektur im Studium des Industriekapitalismus ein Bruch entstanden, wobei der Nutzer nicht der Auftraggeber der Bauten ist und derzeit nicht die Möglichkeit hat, seine Meinung zu äußern, geschweige denn auf die Entscheidungen der Projektanten und Machtorgane Einfluß zu nehmen. Unter diesen Bedingungen prägte sich im Berufsbewußtsein die utopische Vorstellung vom Recht und sogar von der Pflicht des Architekten, die Lösungen nicht einfach im Interesse des Nutzers anzunehmen, sondern für ihn ohne dessen Beteiligung. Neben dem sozial-reformistischen Architekturzentrismus, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Grundstein für die Doktrin der „modernen Bewegung" in der Architektur legte, wurde zur Begründung dieser Position die Überzeugung, daß die im Rahmen des Architekturberufs erworbenen Kenntnisse von den Bedürfnissen und vom Verhalten des Massenverbrauchers ausreichen, und die Ansicht, daß die Identifikation des Projektanten und des Nutzers rechtmäßig ist, der Projektant tatsächlich auch einer aus der Masse der Nutzer ist, der im großen und ganzen die gleichen Bedürfnisse hat, und daß jeder gewöhnliche Werktätige auch in der Gesellschaft üblichen Werte teilt. Dabei wurde aber nicht beachtet, daß das Verhalten des Architekten auf dem Gebiet der Projektierung in vielem durch berufsinterne Normen und Präferenzen bestimmt wird. Darauf hatte auch die im schöpferischen Milieu traditionsmäßige Gegenüberstellung des Künstlers und der „Menge", der Glaube Einfluß, daß ästhetisch nicht vorgebildete Menschen kein Verständnis für die Suche nach Neuem in der Kunst aufbringen.

Ein tragisches Paradoxon besteht darin, daß die Begünder der „modernen Bewegung" subjektiv eine progressive und antibürgerliche Einstellung hatten, ihre Konzeption aufbauten und konstruktive und kompositorische Verfahren bei der Berechnung von Massenbauten für nichtprivilegierte Bevölkerungsschichten entwickelten, aber dabei die Notwendigkeit der rein fachlichen oder berufsinternen Lösung der Projektierungsaufgaben deklarierten und praktisch realisierten. Davon zeugt die Verlautbarung des „Herrschers der Gedanken" der Architekten des Westens in den fünfziger und sechziger Jahren, L. Mies van der Rohe: „Der Auftraggeber darf nicht wählen! Wie kann er auch wählen? ... Sprecht niemals mit dem Auftraggeber über die Architektur. Sprecht mit ihm über seine Kinder".

Die Antwort auf diese Position der Architekten war die sich seit Ende der sechziger Jahre zuspitzende Kritik der modernen Architektur, die in vielem die große Enttäuschung der Intelligenz der kapitalistischen Länder in jenen Jahren in den bestehenden Gesellschaftsordnungen und in der geistigen Krise widerspiegelte. Eine fachspezifische Erscheinung dieses Prozesses war die sogenannte „Anwaltsplanung", die das Ziel hatte, die am meisten ausgebeuteten und diskriminierten Bevölkerungsschichten im Kampf gegen ihre Interessen schmälernden und in erster Linie den herrschenden Klassen dienenden städtebaulichen Maßnahmen Unterstützung und Hilfe zu erweisen. Charakteristisch ist auch die Inversion dieses Unmuts, die sich nicht gegen die sozialökonomische Struktur richtet, sondern gegen den führenden umweltbildenden Beruf. Die Kritik der modernen Architektur verlangt den Verzicht auf das Recht des Architekten, Entscheidungen für den Nutzer ohne dessen Beteiligung zu treffen.

Im Westen wurde in den sechziger und siebziger Jahren eine ganze Reihe von Methoden erarbeitet, wie man den künftigen Nutzer zur Projektierung und zum Baugeschehen heranzieht. Interessant sind die Vorschläge und die Projektierungspraxis von Christopher Alexander. J. Friedmann schlägt vor, die Tätigkeit des Architekten auf die Ausstellung eines in seiner Art einmaligen Katalogs von Projektlösungen zu beschränken und die Aktivität der Nutzer zur „Selbstprojektierung" werden zu lassen, die nach seiner Meinung auf einer freien Wahl und auf der Erfassung aller möglichen positiven und negativen Folgen beruht. In einigen Ländern ist die Beteiligung des Nutzers in der Baugesetzgebung vorgesehen.

Die progressiven Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und die Architekten in den kapitalistischen Ländern, z. B. der westdeutsche Soziologe H. Faßbinder und der engliche Kritiker E. M. Farelly, warnen zugleich vor der Überbewertung der sozialen Rolle der Partizipierung und vor der Gefahr der damit verbundenen reformistischen Illusionen.

In den letzten zehn Jahren wurde die „Elite-"position der modernen Bewegung charakteristisch auch für die sowjetische Architektur, obwohl in den Vorkriegsjahren und in den ersten Nachkriegsjahren Projektausstellungen in Schaufenstern organisiert und die Projekte von den Vorübergehenden geprüft und eifrig diskutiert wurden. Die Projekte wurden umfassend in der Presse veröffentlicht. Das war eine passive, informierende Form des Kontaktes mit dem künftigen Nutzer, die fast keine umgekehrte Verbindung vorsah. Aber später geriet auch sie in Vergessenheit, und möglicherweise kam darin indirekt die ästhetische Öde vieler neuer Projekte zum Ausdruck.

Wie wichtig das Problem ist, begann man sich Mitte der siebziger Jahre bewußt zu werden, aber bis heute führte diese Erkenntnis weder zu einer Änderung in der Organisation und Methodik der Projektierungstätigkeit, noch zu Publikationen über dieses Thema in der Fachpresse, denn sie bestehen nur in einzelnen Beiträgen (siehe z. B.: W. Chait, A. Sintschenko, P. Rytschkow. Es bedarf des Dialoges. Das Problem der Wechselwirkung zwischen Projektant und Nutzer der Architektur. – Architektur der UdSSR, 1985, Nr. 1, S. 79–81). W. Glasytschew schlug in seiner Monografie „Organisation der architektonischen Projektierung (1977) vor, in ihrer Struktur einen speziellen administrativen Expertisendienst zur Untersuchung und Befriedigung der Bedürfnisse und Ansprüche des Nutzers zu schaffen.

Gegenwärtig genügt das schon nicht mehr. Man kann sogar mutmaßen, daß die Untersuchung der Bedürfnisse der Bevölkerung nach rein berufsinternen Methoden im Prinzip ihre vollwertige Befriedigung nicht garantieren kann. Man denkt, daß das Hauptproblem einer Stadt, der Schaffung der Umweltbedingungen ihres Soziallebens und ihres Architekturcharakters heute nicht in der „Verwaltung der Stadt", sondern in deren „Selbstverwaltung" besteht, vor allem in den verschiedenen Formen der Mitwirkung der Bevölkerung am Projektierungs- und Bauprozeß.

In den achtziger Jahren reifte im Bewußtsein der Fachkreise (siehe z. B. Buch von A. Gutnow „Evolution des Städtebaues" die Auffassung einer Stadt als Produkt der Wechselwirkung der materiellen Arbeitsumwelt und des Menschen heran. Der Bürger wurde nicht als ein Subjekt verstanden, das seine nicht immer bewußten, aber dennoch überzeugenden Forderungen an die Umwelt stellt und das Recht und die Möglichkeit erhält, aktiv an ihrer Gestaltung mitzuwirken. Gegenwärtig ist die Öffentlichkeit um den Stand der Denkmalpflege und die Restaurierung von historischen und Kulturdenkmälern sowie um den Verlust der Unverwechselbarkeit einer architektonischen Stadt und Stadtbezirke am meisten besorgt.

Festgestellt sei, daß im Zug der Realisierung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU neue Formen der Wechselwirkung zwischen Architektur und öffentlicher Meinung zu Tage getreten sind. Charakteristisch ist, daß sie nicht auf Initiative der Projektanten und Baufachleute, sondern auf Anregung der führenden Parteiorgane und der Massenkommunikationsmittel aufgekommen sind. Besondere Bedeutung gewann die auf Beschluß des Politbüros des ZK der KPdSU organisierte umfassende Diskussion über den Entwurf für des Denkmal des Sieges in Moskau und der Wettbewerbsprojekte für dessen Hauptmonument. Die Effektivität dieser Diskussion zeigte sich in dem Beschluß (Juli 1987), den begonnenen Bau einzustellen und einen offenen Unionswettbewerb für das Projekt des Siegesdenkmals und seinen Standort auszuschreiben.

Diese Fragen lassen heute die Organisationen der kreativen Berufe nicht zur Ruhe kommen und ziehen immer mehr die Aufmerksamkeit des Bundes der Architekten der UdSSR auf sich, aber im Berufsbewußtsein werden die öffentlichen Diskussionen, deren Notwendigkeit nicht bezweifelt wird, gewöhnlich als kameradschaftliche Diskussion in Fachkreisen verstanden.

Daß man sich in Fachkreisen nicht genügend über das Problem der Wechselwirkung mit dem Nutzer klargeworden ist, zeigte sich auf dem VIII. Architektenkongreß der UdSSR (Juni 1987), wo S. Sokolow, der Chefarchitekt Leningrads, temperamentvoll und überzeugend darüber gesprochen hat: „Für unsere Zeit ist typisch, daß die Gesellschaft nicht allein durch die Ratschläge der Architekten zufriedengestellt wird. Die Bürger wollen sich aktiv an der Lösung von Fragen des Städtebaues und der Architektur sowie an der Wahl und Projektierung derjenigen Umwelt beteiligen, in der sie zu leben und zu arbeiten haben. Eine nüchterne Analyse der Situation zeugt davon, daß im Projektierungs- und Baukomplex real ein neuer Beteiligter auftritt – der Nutzer der Architektur. Seine Mitwirkung am Städtebauprozeß ist in keinen Bestimmungsregeln und -normativen vorgesehen, und heute verstehen wir es nicht, mit ihm zu arbeiten. Es ist offenkundig, daß die öffentliche Meinung bei der Projektierung oder sogar vor deren Beginn bei der Aufgabenstellung für die Projektierung berücksichtigt werden muß. Daraus geht hervor, daß im Städtebau ein Meinungsforschungsinstitut benötigt wird und daß organisatorische und rechtliche Grundlagen notwendig sind, die die Beziehungen des Auftraggebers, des Projektanten, der Architekturorgane und schließlich des Auftragnehmers mit der breiten Öffentlichkeit reglementieren". Er ist der Ansicht, daß „in der Arbeit mit der breiten Öffentlichkeit dem Bund der Architekten eine besondere Rolle zu-

kommt. Gerade der Bund der Architekten kann und muß die Rolle des fachlichen Schiedsrichters in schöpferischen Streitfragen des Städtebaues und der Architektur übernehmen. Eben der Bund der Architekten muß wahrhaftig der erste Propagandist der Architektur und ein feinfühliger Erzieher der breiten Massen im Verstehen der Probleme auf dem Gebiet der Architektur und des Städtebaues werden. (Bauzeitung, 19. Juni 1987, 3 Seiten).

Fast unerwähnt bleibt dieses Problem in der Resolution des Kongresses. Hoffnung erweckt, daß der zum ersten Sekretär des Vorstandes des Bundes der Architekten der UdSSR gewählte Architekt J. Platonow in dem Interview der „Architektur" (Anlage zur „Bauzeitung") auf die Frage, wie er sich zur Kritik in Nichtfachkreisen verhält, geantwortet hat, es sei unhöflich und nicht stichhaltig, wie in Architektenkreisen üblich zu meinen: „Er, sie versteht nichts von Architektur, aber will mitreden". Es darf nicht angehen, daß, wenn man von den Sorgen und Nöten der Städte und Dörfer spricht, „alle, von der Hausfrau bis zum Akademiker einen Schuldigen nennen, nämlich den Architekten." J. Platonow schlägt vor: „Jetzt ist es wichtig, jede noch so geringe Äußerung, Empfehlung und Forderungen, die uns mit Offenheit zugetragen werden, der ideologischen, sozialen und ökonomischen Plattform der Architektur in ihrer neuen Verfassung zugrunde zu legen".

Es bedarf aktiverer Formen und Methoden der Einbeziehung der Öffentlichkeit in den Projektierungs- und Bauprozeß, angefangen von der Konzipierung des eigentlichen Vorhabens. Erwähnt sei, daß einige dieser Methoden in den letzten Jahren in zunehmendem Umfang in die Projektierungs- und Baupraxis einzelner sozialistischer Länder Europas Eingang gefunden haben. Insbesondere werten die sowjetischen Spezialisten aufmerksam die Erfahrungen der DDR aus.

In erster Linie sind offensichtlich umfangreichere und tiefergehende Untersuchungen im Vorprojektierungsstadium einschließlich soziologische und kultur-psychologische Untersuchungen notwendig, die auf den Übergang von der Fixierung der durchschnittlichen Bedürfnisse auf die Analyse der Ansprüche der verschiedenen Bevölkerungsgruppen: der nationalen (was unter den Bedingungen der UdSSR besondes wichtig ist), der regionalen, der Altersgruppen, der Berufsgruppen, der Gruppen kulturspezifischer Geschmacksrichtungen usw. sowie auf die nachfolgende Differenzierung der Projektlösungen abzielen.

Notwendig macht sich eine möglichst schnelle Überarbeitung der Städtebaunormative für die Versorgung der Bevölkerung mit Einrichtungen und Betrieben für die kulturelle Betreuung und materielle Versorgung sowie der Wohnraumprojektierungsnormen mit dem Ziel, die verschiedenartigen Bedürfnisse der Menschen präziser und umfassender – ihre Umorientierung auf die Entwicklung der Sozial- und Kultursphäre – zu berücksichtigen.

Zur wichtigsten Form der Wechselwirkung von Architektur und breiter Öffentlichkeit sollen die verbindlichen, in den Vorschriften oder anderen Normativunterlagen vorgesehenen Diskussionen über die Projekte in den Arbeitskollektiven, in den örtlichen Sowjets der Volksabgeordneten, in den Versammlungen der künftigen Mieter oder Mitarbeiter der zu projektierenden Betriebe und Einrichtungen in allen Projektierungsetappen werden. Die Einführung dieser verbindlichen Diskussionen verlangt echte Aufgeschlossenheit der Projektierung gegenüber der Berücksichtigung von Bemerkungen und Vorschlägen der künftigen Nutzer. Zu diesem Zweck muß man die Sprache der Projektierungsunterlagen ändern, ihren Umfang mit alternativen Varianten, Modellen und Fotomontagen, realistisch dargestellten Fassaden und Perspektiven sowie ausführlichen Erläuterungen erweitern, damit die Projektlösungen für die fachlich nicht vorgebildeten Teilnehmer an deren Diskussion verständlich werden.

Neue Möglichkeiten für öffentliche Diskussionen der Projekte und der Beschlußfassung über ihre Realisierung bietet das von der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR in der XI. Legislaturperiode verabschiedete Gesetz über die Erörterung wichtiger Fragen des Staatslebens durch das ganze Volk. In dem Bericht auf der Tagung über den Gesetzentwurf heiß es: „Es gibt viele (...) wichtige Dinge, die ohne Beratung mit der Bevölkerung nicht erledigt werden können. Das sind **Probleme, die den Städtebau** (von mir unterstrichen – W. Ch.), die Standortverteilung der Industriebetriebe, die Grundsteinlegung für neue Häuser und Wohnkomplexe, die Abtragung von Bauten, die Errichtung von Denkmälern sowie die Benennung und Umbenennung von Städten und Straßen" betreffen (Iswestija, 1987, 1. Juli, Nr. 182).

In den Fachzeitschriften wird verlangt, eine ständige Rubrik speziell für die Äußerung von Meinungen der Nutzer über die Situation der Architektur als Ganzes, über ihre einzelnen Werke und besonders über die Wohnhäuser und Wohnkomplexe sowie über die Gesellschaftsbauten einzurichten.

Die Nutzer muß, wie der Architekt W. Etenko schrieb, „zu einem umsichtigen, alles durchdringenden und, was die Hauptsache ist, einem der interessiertesten Kontrolleure werden, die an der Ermittlung der Wohnqualität teilnehmen müssen", weil die Qualitätsbewertung „durch die Projektanten und Baufachleute selbst, und seien es sogar Spezialisten höchsten Ranges, zu keinem zuverlässigen objektiven Ergebnis kommen und nicht kommen können".

Man muß verstehen, daß ein Nichtprofessioneller nicht immer seine Forderungen richtig abzufassen vermag, aber seine Unzufriedenheit und seine Motive gewöhnlich genau formuliert, und es ist bereits Sache des Professionellen, auf Grund dieser Einschätzungen konstruktive Schlüsse zu ziehen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen stellen nur ein Mindestprogramm dar oder sind vielmehr die ersten Schritte, und es ist an der Zeit, über eine aktivere Einbeziehung des künftigen Nutzers der Architektur unmittelbar in die Projektierung und das Baugeschehen nachzudenken. Einige Ideen und Verfahren der Mitwirkung können und sollen im Laufe des Baues von Jugendwohnkomplexen und bei der darauffolgenden Organisation des Jugendalltags in diesen Komplexen erprobt werden.

Eine neue und, ich glaube, sehr effektive Form der Beteiligung des Nutzers der Architektur am Baugeschehen kann (und muß!) darin bestehen, daß man ihm das Recht und die Möglichkeiten gibt, die neu zu schaffende architektonische Umwelt wohnlicher zu machen, deren Qualität und Charakter die neuen Mieter nicht zufriedenstellt, die sogleich nach dem Einzug damit beginnen, sie zu verändern, zu verbessern und zu verschönern.

Ist es nicht besser, einen Teil der Mittel für den Ausbau und die Ausstattung der Wohnhäuser, für den Siedlungskomfort, die Begrünung und die dekorative Gestaltung zwecks Ausführung dieser Arbeiten nach Einzelaufträgen oder zwecks Ausführung eben dieser Arbeiten durch die Mieter selbst nach der Beendigung der Bauhauptarbeiten bereitzuhalten – wünschenswert natürlich mit qualifizierter Unterstützung durch Architekten und Designer. Derartige Vorschläge werden realisiert, aber bisher meistens nur als Experiment. Bei weitem nicht alle neuen Mieter haben die Mittel und den Wunsch sowie die Fähigkeit und Geübtheit für die Fertigstellung und Innenausgestaltung und um so mehr für die Grundrißänderung ihrer Wohnung, aber wenn man sie zur Vervollständigung anregt; wäre es möglich, ihre Erwartungen merklicher zu erfüllen, und außerdem brächte das eine spürbare Einsparung an Arbeit und Material.

Das Wecken der schöpferischen Initiative und Aktivieren der Einstellung des Nutzers zur Gestaltung der Lebensumwelt kann sich als ein wichtiges Mittel nicht nur für rein architektonische, sondern auch einige soziale Aufgaben erweisen. In der selbständigen Projektierung und Bauausführung können die spezifischen künstlerischen, technischen, ja sogar physischen Fähigkeiten der einzelnen Bürger Verwirklichung finden, kann die Freizeit rationeller und sozial bedeutsamer genützt werden. Wenn sich die Bewohner der Wohnung, des Hauses und der Stadt in dem Sinne, daß sie ihre eigene Arbeit und ihr eigenes Schöpfertum investiert haben, als der ihren bewußt werden, kann das zur Bindung von qualifizierten Arbeitskräften an die Produktionsbetriebe, zur Verminderung von unrationellen Bevölkerungsabwanderungen und besonders am Wohnort zur Erhöhung der gesellschaftlichen Aktivität führen. Dadurch wird gleichzeitig auch die „Identitätskrise" schneller überwunden, d.h., daß der Mensch die Empfindung seines nicht wiederholbaren „Ichs" in der unifizierten Umwelt verliert, wie das korrespondierende Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR I. Frolow schrieb.

Eine Analyse der gewonnenen Erfahrungen beweist, daß die Mitwirkung des Nutzers an der Rekonstruktion der vorhandenen Bebauung am weitesten verbreitet ist und hier den größten Nutzen bringt. Scheinbar hängt das mit der Spezifik der Wahrnehmung der Umwelt und der schöpferischen Möglichkeiten der Nichtprofessionellen zusammen. Ihnen fällt es schwer, sich den Charakter der zu projektierenden Umwelt vorzustellen, und deshalb haben sie oft Schwierigkeiten, ihre Meinung zu einem Projekt zu äußern. Vielmehr sehen sie in der vorhandenen Bebauung, mit der ihre Lebensweise verbunden ist, leicht die Vorteile, die es aufzuwerten gilt, und die Mängel, die ihnen Schwierigkeiten bereiten und deshalb behoben werden müssen. Aus diesem Grunde formulieren sie ihre Wünsche an die Reorganisation der Wohnumwelt für die Projektanten ziemlich genau und verständlich.

Außerdem kann der Nichtfachmann gewöhnlich an teilweisen Verbesserungen der vorhandenen Bebauung ziemlich effektiv mitwirken, indem er sich auf die eigenen Arbeitsfertigkeiten stützt, während für den Bau von neuen Objekten qualifizierte Fachleute benötigt werden. Von diesem Standpunkt verdient die Initiative des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU Verbreitung, das vorgeschlagen hatte, daß die neuen Jugendwohnkomplexe, die von jungen Arbeitern, Wissenschaftlern und Studenten geschaffen werden, im Zentrum Moskaus in den zu rekonstruierenden Altbauten ihren Standort haben sollen.

Die Notwendigkeit, in der Architektur die Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen, beschränkt sich nicht auf die funktionellen und planerischen Aspekte, sondern schließt auch Fragen der Ästhetik ein. Einige radikale Theoretiker der Architektur in den kapitalistischen Ländern rufen dazu auf, die fachspezifischen Richtlinien direkt dem Geschmack der Nutzer unterzuordnen, obwohl sie die Geschmäcker der Massen bewußt herabgewürdigt „kleinbürgerlich" darstellen. Die sowjetische Architektur, die der hohen Mission folgt, die sozialistische Kunst zu entwickeln, erinnert an die Forderung W. I. Lenins: „Nur nicht das Kleinbürgertum" und macht sich demgegenüber die Erziehung und Entwicklung von ästhetischen Anschauungen der werktätigen Massen zu einer ihrer kulturellen Aufgaben. Aber dabei darf man die Vorzüge und die Ansprüche des breiten Nutzers nicht außer acht lassen, man muß sie kennen, und die Demokratisierung ist auch hier unumgänglich; es bedarf der professionellen Verantwortung, des Verständnisses der realen Wege zur Verbesserung des Geschmacks der Massen, der Propagierung von prägnanten Neuerungen der Architekten sowie der Aktivierung der schöpferischen Eigeninitiative.

Das modernistische Esoterische ist auch für das Schicksal der Architektur selbst als soziale Tätigkeit nicht ungefährlich. W. Glasytschew stellte richtig fest: „Letzten Endes führt eine solche dauerhafte Diskrepanz (zwischen der gewöhnlichen und professionellen Kultur) zu einer Ausblutung der schöpferischen Tätigkeit – indem sie den inhaltlichen Zusammenhang mit der gewöhnlichen Kultur verliert, geht sie in der Stellung und Lösung der schöpferischen Aufgaben mit spürbarer Leichtigkeit zum Formalismus über."

Die schöpferische Erfassung der örtlichen und sozial-determinierten Spezifik der Bedürfnisse und Ansprüche der Bevölkerung (darunter der während der öffentlichen Diskussionen über die Projekte geäußerten) sowie die Ausnutzung des „Laienschöpfertums" der Nutzer bei der Errichtung und beim Ausbau der Wohnhäuser und Gesellschaftsbauten, bei der siedlungstechnischen Ausgestaltung, bei der Begrünung und Gestaltung der daran angrenzenden Flächen können ein effektives Mittel dafür sein, den Gebäuden, Komplexen und letzten Endes der Architektur einzelner Städte und Regionen so eine Unverwechselbarkeit zu geben, an der es heute noch mangelt.

Der Aufruf an die Nutzer zur Mitwirkung an der Projektierungs- und Bautätigkeit muß mit einer vielseitigen Vorbereitung der Laien einhergehen: vom Begreifen der Gesetzmäßigkeiten der architektonischen Umweltgestaltung bis hin zum Erlernen bestimmter Fertigkeiten der Bautechnologie. In dieser Arbeit wie auch in der aktiven Darstellung der Architektur müssen die Architektenverbände der sozialistischen Länder eine wichtige Richtung ihrer Tätigkeit sehen.

Die oben dargelegten Methoden und Formen der Verbesserung der Wechselwirkung zwischen Projektierungs- und Baukomplex und dem Nutzer zielen vor allem auf eine qualitätsgerechtere Lösung der Aufgaben auf dem Gebiet der Gestaltung der räumlich-materiellen Umwelt ab, aber in Wirklichkeit ist das behandelte Problem kein fachspezifisches, sondern ein soziales und weltanschauliches. Seine Realisierung hat politische Bedeutung, denn die Mitwirkung („Partizipierung"), die in der kapitalistischen Gesellschaft zweifellos begrenzte Anwendung findet, wird dort schon demagogisch für die Realisierung eines Menschenrechtes erklärt. Im sechsten Bericht an den „Club of Rom" (1981) wird das Prinzip der „Beteiligung" einzelner Leute und ganzer Gesellschaften an der Fassung wichtiger Beschlüsse auf allen Ebenen, angefangen von der lokalen bis hin zur globalen, in den Vordergrund gerückt, und eine der vorrangigen Sphären der realen Aktivierung der Mitbeteiligung der Bürger der sozialistischen Länder an der Lösung wichtiger Fragen kann und muß die Vervollkommnung – die allseitige Humanisierung der Umwelt des Menschen – werden.

Die objektiven Schwierigkeiten, die mit der Trägheit der entstandenen Formen der zentralisierten Typenprojektierung und der industriellen Bauausführung zusammenhängen, dürfen die Versuche der Erweiterung auch auf diesem Gebiet der schöpferischen Selbstbetätigung und der sozialistischen Selbstverwaltung der Bevölkerung nicht ins Stokken bringen. Eine breitere Beteiligung der Nutzer an der Projektierung und am Bau wertet die soziale Rolle der Architektur nicht ab, sondern soll der weiteren Verbesserung bei der Erfüllung der Aufgaben durch sie auf dem Gebiet der Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Bürger der sozialistischen Gesellschaft dienen.

Nachbemerkung der Redaktion: Der Autor hat diesen Artikel bereits vor etwa zwei Jahren verfaßt und uns übergeben. Wir konnten ihn damals zwar nicht veröffentlichen, behielten ihn aber in Abstimmung mit dem Autor hier in der Hoffnung, daß der Tag kommen würde, wo unsere Spalten der Vernunft offen stehen.

Ideenwettbewerb „Weiterentwicklung des industriellen Wohnungsbaus“

Dr.-Ing. Carl Krause
Vorsitzender der ZAG Wettbewerbe des BdA

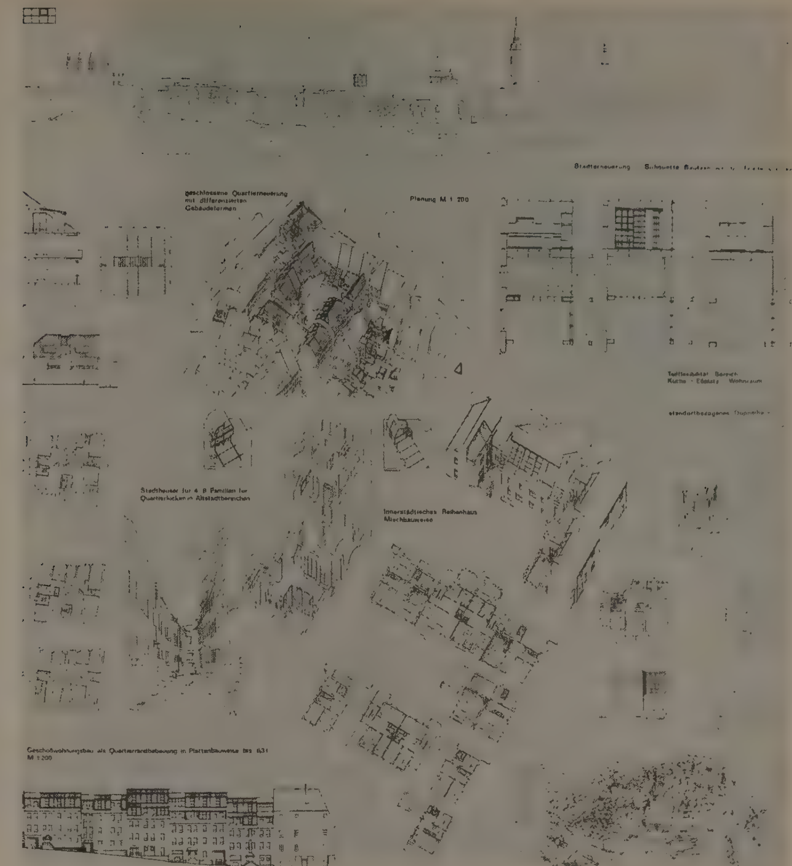
Der hier veröffentlichte Wettbewerb zur Weiterentwicklung des Wohnungsbaus war schon lange von den Mitgliedern des BdA als notwendig angeregt worden. Der IX. Bundeskongreß des BdA hat ihn 1987 erneut gefordert, aber erst 1989 wurde er durchgeführt. Die Schwierigkeit für eine endgültige Ausschreibung bestand in der Ungewißheit darüber, wie es mit dem Wohnungsbauprogramm in den 90er Jahren weitergehen sollte. Immerhin führten die ständigen Verschiebungen, deren Ursache die Suche nach einer Strategie für den Wohnungsbau nach 1990 war, zu dem, was ein Architekturwettbewerb sein sollte, zu einem Ideenwettbewerb im Vorfeld des Investitionszeitraumes der 90er Jahre. Als das Ergebnis im Herbst 1989 vorlag, erwies es sich in mancher Hinsicht als hochaktuell. Die Herausforderung zu Ideen, Anregungen und Alternativen für den Wohnungsbau in innerstädtischen Bereichen unter Einbeziehung der Klein- und Mittelstädte war sicher richtig, aber noch zu schwach und zu undifferenziert auch für den Erkenntnisstand zur Zeit der Durchführung. Deshalb wird das Ergebnis vielen neuen Anforderungen noch nicht gerecht.
Der Wettbewerb lief vom 16. Januar bis zum 30. Juni 1989. Die Vorprüfung erfolgte unter Leitung von Prof. Horst Grabowski vom Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau im Juli, und am 24. August trat die Jury unter Vorsitz von Dr. Karl Schmiechen zusammen.
Seit Oktober bis Dezember 1989 war der Wettbewerb in den Ausstellungsräumen der Bauinformation in der Wallstraße in Berlin ausgestellt. Anfangs erfolgte die Ausstellung nur teilweise, zusammen mit ausgewählten Arbeiten des Wettbewerbs zum Zentrum Leipzigs. Doch ein großes öffentliches Interesse bewirkte die Verlängerung und die vollständige Ausstellung der Tafeln bis Freitag, den 16. 2. 1990.
Hauptziel des Wettbewerbs war, Ideen und Anregungen für die weitere Realisierung von Wohnungsneubau in den 90er Jahren zu erlangen. Die Tatsache, daß sich mit der Notwendigkeit der intensiven Stadtentwicklung das innerstädtische Bauen zur vorherrschenden Form des Wohnungsneubaus in der Einheit mit Modernisierung und Erhaltung ausprägt, macht eine Weiterentwicklung und die Suche nach Alternativen in vieler Hinsicht erforderlich. Dabei waren die Bedingungen aller Städte in der DDR, also auch der Klein- und Mittelstädte, zu berücksichtigen. Das betraf sowohl die architektonische Gestaltung, die Einordnung in vorhandene ortstypische und oft komplizierte Bebauungsstrukturen, die Verbesserung der Wohnungsgrundrisse als auch Alternativen für eine ökonomische Realisierung auf vielen kleineren Standorten in den Städten bis hin zur Erhöhung der Energieökonomie.
Alle Teilnehmer waren aufgefordert, von den städtebaulichen Bedingungen in ihren Bezirken auszugehen. So waren 1 bis 3 typische Standorte in den Bezirken zugrundezulegen mit folgenden Merkmalen:

– innerstädtische Standorte in bezirkstypischen Größen mit durchschnittlich drei bis fünf Geschossen und einem Bauvolumen von 300 bis 1 000 WE
– quartierhafte Bebauungsstruktur mit unregelmäßigen Baufluchten, beräumten Teilbereichen und Lückenschließungen
– Straßenzüge mit Funktionsüberlagerungen, vorzugsweise Handel und Dienstleistungen sowie Gastronomie.

Städtebaulich kam es darauf an, eine stärkere Verflechtung von Wohnen, Arbeiten, Versorgen, Betreuen, Bilden und Erholen zu suchen. Die erhöhte Beachtung spezifischer historisch gewachsener städtebaulicher Räume und baulich-kultureller Werte sowie natürlicher Gegebenheiten und Bedingungen stand im Vordergrund. Das Eingehen auf die spezifische Charakteristik des Standortes, die schöpferische Verbindung von alt und neu, die Herausbildung eines unverwechselbaren Charakters, Maßstäblichkeit und ausgewogener Massenaufbau, Gliederung und Fassadengestaltung sowie ein differenzierter, sinnvoller Einsatz von Loggien, Erkern oder Wintergärten und eine qualitätvolle Detailausbildung wurden in der Ausschreibung gefordert.
Für die Lösung der Wohnungsgrundrisse ging es um eine Verbesserung der Wohnfunktion, insbesondere der Familienwohnung. Die Zonierung in kommunikative und individuelle Bereiche sowie in Lärm- und Ruheseite stand nach wie vor auf der Tagesordnung. Darüber hinaus ging es um Wohnungen für Behinderte, ältere Bürger, kinderreiche Familien sowie um Wohnungen mit Arbeitsräumen bis zu Einfamilienhäusern mit gewerblich nutzbaren Räumen.
Auch für die Wohngebäude war ein differenziertes Sortiment gefordert, unterschiedliche bedarfsgerechte Wohnungsarten. Ein erhöhter Anteil von Mehrspännern, Ganghäusern, kompakten Einzelhäusern und Häusergruppen war gefragt. Ein optimaler Außenwandanteil und ein günstiges Verhältnis von Öffnungen und Flächen war anzustreben. Auch wies die Ausschreibung auf die Schaffung energiefreundlicher Außenwandzonen, wie beispielsweie partielle Verglasung, hin sowie auf die Nutzung der Sonnenenergie durch Wärmerückgewinnungsanlagen, was aber in einem Ideenwettbewerb für Architektur und Städtebau wenig Niederschlag fand, hingegen die Integration von gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Einrichtungen sowie Arbeitsstätten sich in jeder Arbeit durch Anregungen widerspiegelte.
Für das Wohnumfeld war die unmittelbare Beziehung zwischen Wohngebäuden und Freiräumen durch individuelle, familiäre, halböffentliche und öffentliche Freiräume neu zu durchdenken. Auch ging es um die Anlagen des fließenden und ruhenden Verkehrs nach dem gewachsenen Erkenntnisstand. Das stand in Wechselwirkung zur Art der Bebauung von geschlossener Bebauung über halboffene bis hin zu punktförmiger Bebauung.
Mit diesen gestalterischen Anforderungen und den zu erwartenden Standortbedingungen waren Alternativen im bautechnischen Bereich ausdrücklich gefragt. Auch in der Konsultation mit den Teilnehmern wurde diese Erwartung mit Nachdruck und auch mit Offenheit für innovative Alternativen hervorgehoben. Das betraf flexible Bausysteme, verflechtbare Produktionslinien für Rohbau, Ausbau und Umhüllungskonstruktionen, für Möglichkeiten der Kombination und Austauschbarkeit, effektivere Transport- und Montageabläufe und Belange der Aufwandssenkung, der Arbeitsproduktivität, der Material- und Energieökonomie und vieles andere mehr.

Die Fragen der Konstruktion, Technologie und Energieökonomie werden zwar in fast allen Arbeiten angesprochen, zum großen Teil aber, bis auf wenige Ausnahmen, in einer solchen allgemeinen Form, daß man nur von einer formalen Erfüllung der Wettbewerbsausschreibung sprechen kann. Alternativen, neue Ideen oder auch einfach rationalisierte herkömmliche Verfahren fehlen. Die künftigen Aufgaben werden im Wettbewerb auf der Grundlage der vorhandenen materiell-technischen Basis gelöst, selbst in den Arbeiten, wo es sich um Alternativen zur Plattenbauweise handelt. Die Arbeit aus Halle bietet die Hallesche Monolithbauweise an, wie sie sich in Quedlinburg bereits bewährt hat, und die Schweriner Arbeit basiert auf dem Gasbeton, wie er seit Jahrzehnten dort praktiziert wird. Diese wenig innovative Pflichterfüllung der bautechnischen Fragen mag auch darauf beruhen, daß sich die KDT nicht im erforderlichen Maße für diesen Wettbewerb engagiert hat, oder auch darauf, daß die Wissenschaftler, Bauingenieure und Architekten im Zeitraum, da der Wettbewerb lief, noch wenig Alternativen ausgedacht hatten, obwohl nachdrücklich dazu aufgefordert wurde.
Anders verhält es sich mit den angebotenen Lösungen und Varianten städtebaulicher Art, der Gebäude, der Wohnungen und der Funktionseinlagerungen, obwohl das auf den ersten Blick nicht gleich so deutlich wird. Eine nähere Prüfung aller Arbeiten zeigt viele Fortschritte, Ideen und Anregungen, auch wenn im nachhinein die Teilnehmer selbst zu der Meinung kamen, daß für den zukünftigen Wohnungsbau noch eine viel größere Variationsbreite und Elastizität in den Lösungsmöglichkeiten erforderlich sei. Mag sein, daß die gesellschaftspolitischen Veränderungen im Herbst 1989 ein viel unvoreingenommeneres Herangehen nahelegen und es jeder Teilnehmer nun ganz anders sah.
Doch nach eingehender Analyse konnte die Vorprüfung feststellen, daß die Arbeiten sowohl in städtebaulicher Hinsicht, vor allem aber im Angebot an differenzierten Gebäuden, an unterschiedlichen Wohnungsgrundrissen, die in jeder Arbeit in mehreren Übersichten zusammengestellt sind, in der Anordnung von Einrichtungen im Erdgeschoß, aber auch in vielen Varianten der Sanitäreinrichtungen, der Küchen und der Balkone, Loggien, Wintergärten und Erker, machbare neue Lösungen ausweisen.
Die Beachtung spezifischer lokaler und natürlicher Gegebenheiten und die Bezugnahme auf historisch gewachsene stadträumliche Bedingungen wurden von der Jury primär als Kriterium festgelegt, wie es auch im Protokoll zum Ausdruck kommt. Der Verflechtung städtischer Hauptfunktionen sowie der Gestaltung unterschiedlicher städtebaulicher Räume wurde viel Aufmerksamkeit zuteil.
Die Arbeiten weisen alle mehr oder weniger Vorschläge für die gestalterische Weiterentwicklung des Wohnungsbaus aus.
Die Mittel architektonischer Weiterentwicklung liegen vor allem im Detail. Die Verbindung des Neuen mit dem Alten wird im Maßstab, in der Bebauungsstruktur sowie in den Proportionen der Gestaltung gewährleistet. Die Geschossigkeit bewegt sich zwischen 3- und 5geschossigen reihbaren Segmenten, aber auch für großstädtische Standorte (Leipzig, Berlin) darüber hinaus. In fast allen Arbeiten wird ein sogenanntes Stadthaus vorgeschlagen, teilweise mit Gewerberäumen. Punkthäuser, Würfelhäuser, kompakte Einzelhäuser oder „Stadtvillen" bieten mehr als zwei Drittel der Arbeiten an. Gangerschlossene Häuser sind in wenigen Arbeiten und nur unter bestimmten Bedingungen enthalten. Vereinzelt werden der Atriumgedanke sowie Passagen und Durchhöfe ins Gespräch gebracht. Endsegmente und konische Achsen für Richtungsänderungen sind nun in vielfältiger Form schon keine Neuigkeiten mehr, jedoch in Einzelfällen Segmente mit T-förmigen und sogar kreuzförmigen Anschlußmöglichkeiten.
Erfreulich sind die differenzierten Vorschläge für Bad, WC und die Küchen im Gegensatz zu der bisherigen Bad-WC-Einheit unabhängig von der Wohnungsgröße. Für die größeren Wohnungen wird endlich die Trennung von Bad und WC in verschiedenen Varianten ausgewiesen. Für den Sanitärbereich sind auch interessante Vorschläge der Anordnung und Führung der Installation eingebracht worden in Verbindung mit dem Treppenhaus, um Instandhaltungen ohne Behelligung der Wohnungen vornehmen zu können.
Die mit höherem Anteil vorgeschlagenen größeren Wohnungen weisen in ihrem Grundriß bis auf wenige Ausnahmen Dielen auf. Die direkte Zugängigkeit zu allen Räumen wird nur in wenigen Ausnahmen in allen Arbeiten angestrebt. Eine Zonierung in Ruhe- und Lärmseite hat größtenteils Berücksichtigung gefunden.
Wohnungen für Behinderte und alte Menschen sind zwar in jeder Arbeit ausgewiesen, aber teilweise nur verbal. Ebenso bietet jede Arbeit Wohnungen für kinderreiche Familien an sowie die Möglichkeit, Arbeitsräume unterzubringen.
So differenziert und vielfältig das alles auch aufbereitet ist, so bleibt es doch fast in jeder Arbeit noch in einem strengen Schema behaftet. In einigen Arbeiten mutet dieses Schema standortunabhängig an, in anderen wird eine regionale Typik und unmittelbar auf die Realisierung bezogene Lösung erkennbar.
So wie wir es heute sehen, bezieht sich dieser Wettbewerb auf die wichtigste Aufgabe im nächsten Zeitabschnitt, auf die komplexe Stadterneuerung. Doch dafür erscheint er uns heute erst als ein Anfang. Zu der am 30. Oktober erfolgten Verleihung der Preise, Prämien und Anerkennungen sprachen sich viele Teilnehmer für eine Wiederholung aus. Es entstand der Eindruck, daß die Teilnehmer selbst weitere und zwar wesentlich andere Fortschritte für notwendig hielten. Ich zweifle, daß eine solche Wettbewerbswiederholung zentral sinnvoll wäre. Vieles spricht dafür, regional, bezogen auf die anstehenden Aufgaben, Besonderheiten und Voraussetzungen, die Form von Wettbewerben schöpferisch zu nutzen und zu beleben. Das wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

Ideenwettbewerb zur Weiterentwicklung des industriellen Wohnungsbaus



Zu dem Wettbewerb wurden insgesamt 18 Arbeiten eingereicht.
Die Jury vergab zwei 2. Preise, zwei 3. Preise, zwei Prämien und drei Anerkennungen.



Ein 2. Preis (Arbeit Nr. 3)

20 38 31

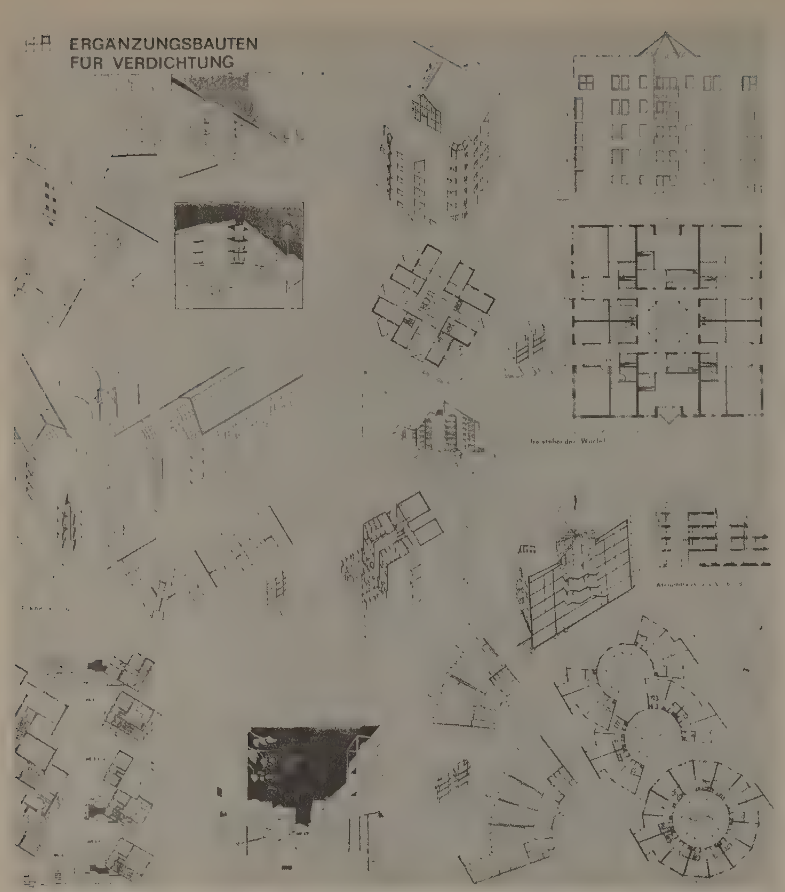
Prof. Dr.-Ing. Hans-Georg Vollmar

Dr.-Ing. Jürgen Franke
Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Herrmann
Dr.-Ing. R.-Rüdiger Sommer
Dipl.-Ing. Sabine Wagner

Ingenieurhochschule Cottbus

Begründung der Jury

Die angebotenen städtebaulichen Lösungen bieten vielseitige Möglichkeiten, in historisch gewachsenen Strukturen zu bauen, besonders unterstützt durch die Anwendung verschiedener Bauweisen und 1- bis 5geschossiger Gebäude. Durch Kombination mit leichter Geschoßbauweise sind vielfältige Funktionsverflechtungen nachgewiesen. Das Baukörperangebot bietet vielfältige Möglichkeiten der Gestaltung von Straßen- und Platzräumen.
Gebäudelösungen mit 12 m und größerer Gebäudetiefe lassen eine hohe Intensität der Flächennutzung zu. Die Arbeit bietet neue Vorschläge.
Ein vielfältiges Angebot an Wohnungsgrundrissen ist in 3-, 4- und 5-geschossigen reihbaren Segmenten enthalten. Neu ist der Vorschlag, Installationsschächte neben den Treppenläufen im auf 3 m verbreiterten Treppenhaus unterzubringen. Das unterbreitete Angebot an konstruktiven Lösungen ist umfangreich. Es umfaßt Außenwandkonstruktionen mit den verschiedensten



Ausführungsvarianten der Außenschale, Dachkonstruktionen mit Schrägdachteilen, Stahlbetonsparren-Satteldächer, mit Flachdach kombinierbar, sowie Warmdachlösungen mit Begrünung oder als Terrasse.

Als Ergänzung zur Spannbetondeckenplatte mit vollem Querschnitt wird eine „Großhohlraumdeckenplatte“ angeboten.

Die Systeme und Sortimente sind umfassend dargestellt. Ihre Kombinierbarkeit einschl. der riegellosen Bauweise ist nachgewiesen.

Die Erfordernisse der Weiterentwicklung unter energieökonomischen Aspekten werden sowohl für bautechnische Maßnahmen an der Gebäudehülle als auch für neue gebäudetechnische Systeme (Wärmerückgewinnung/Luftheizung, Wärmetauscher Abwasser/Frischwasser) dargestellt.

Die städtebaulich-architektonische Gestaltung spiegelt jedoch noch nicht die Möglichkeit der funktionellen, konstruktiven und technologischen Lösungsvorschläge voll wider.

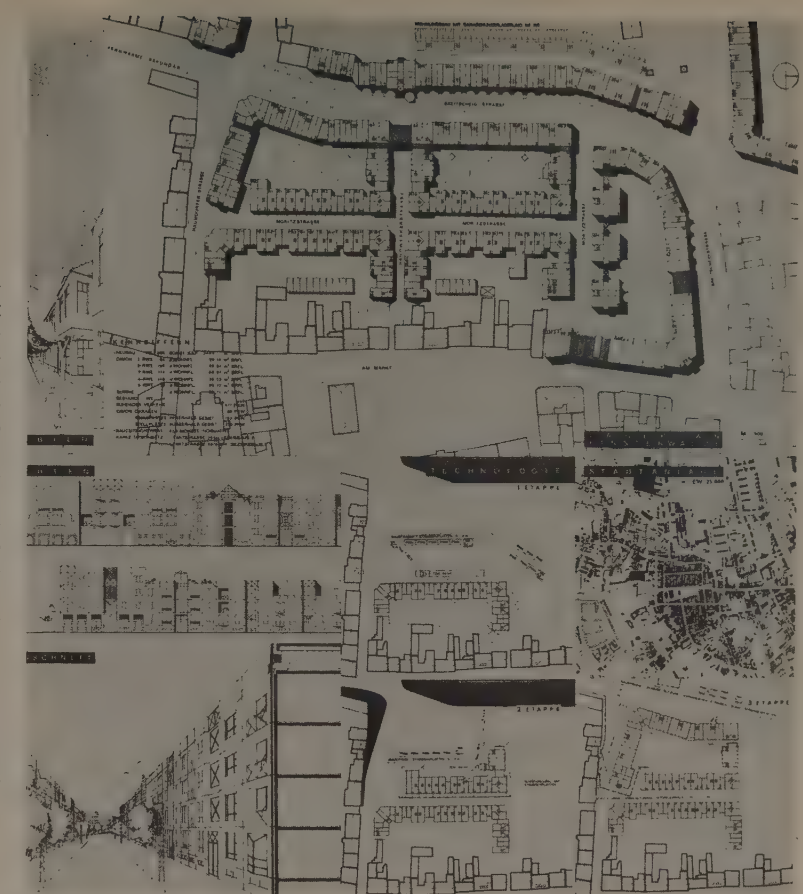
Ein 2. Preis (Arbeit Nr. 13)

61 47 35

Prof. Dr.-Ing. Ch. Dielitzsch

Dipl.-Ing. H. Wolf
Dipl.-Ing. J. Rudloff
Dipl.-Ing. G. Noack
Dipl.-Ing. S. Schmidt

Technische Universität Dresden



Begründung der Jury

Gebäudekonzeption und Baukörpergestaltung bieten ein vielseitiges Angebot für das Bauen in altstädtischen Bereichen, Gründerzeitgebieten und Bebauungen der 50er und 70er Jahre. Angeboten werden außerdem variantenfreiche und originelle Lösungen für die Dachzone.

Reihenhaus, Gartenhofhaus, Stadthaus, kleines Mehrfamilienhaus, städtisches Hofhaus, Atriumhaus und vorgeschlagener Monolithbau oder kranlose Hubschaltechnik lassen typische Straßen- und Platzraumbildungen zu.

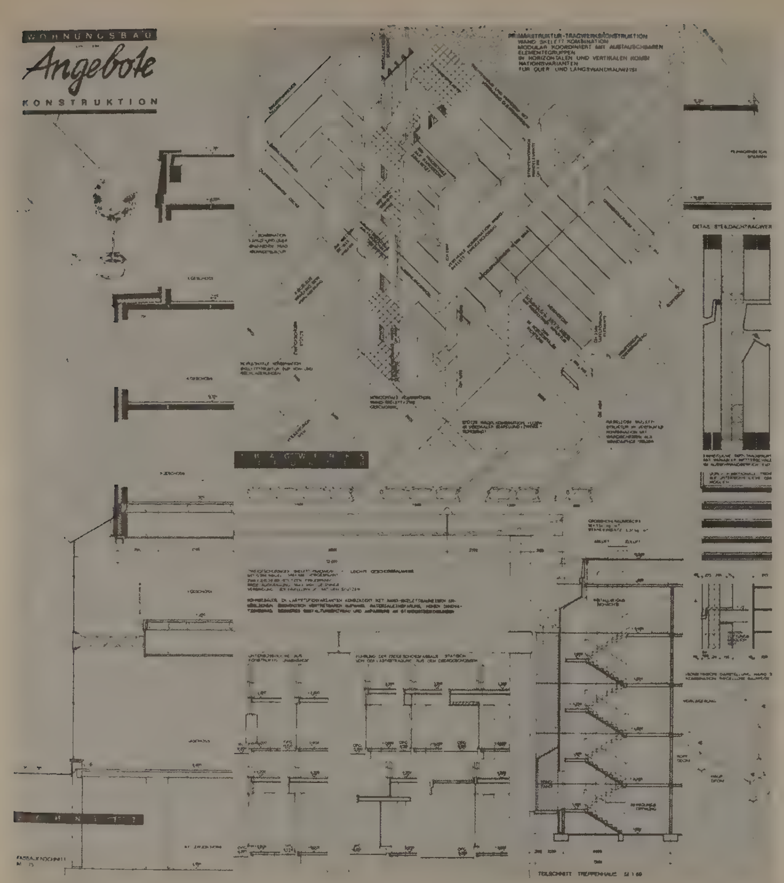
Die Gebäudetiefen und Bebauungsstrukturen ermöglichen eine hohe Intensität der Flächennutzung.

Die Arbeit geht über bisherige Angebote hinaus. Sie bietet neue Ansätze für das innerstädtische Bauen.

Standortspezifik ergibt sich durch das Eingehen auf Charakter und Struktur zur sinnvollen Verbindung von Neuem mit dem Alten. Innovation und Individualität sind ausgeprägt.

Angeboten wird ein breites Sortiment an

Angebote
GESTALTUNG



Wohnformen, das systematisch aufbereitet ist. Es werden Vorschläge für sehr dichte hoferschlossene kompakte Überbauungen unterbreitet, außerdem für Maisonettelösungen und Stadthäuser für 4-bis 6-Personen-Haushalte.
Angaben zur Funktionsunterlagerung sind in den Beispielen ausgewiesen.
Die Darstellung des Bausystems erfolgt in Verbindung mit Vorstellungen zum rechnergestützten Entwurf.
Es wird näher auf die Dachkonstruktionen eingegangen, indem ein Dachbaukasten vorgestellt wird mit Schrägen über 2 Geschosse, einbezogenen Freisitzen, begehbaren Traufen und Schrägdrempel. Die Stärken dieser Arbeit liegen insbesondere auf gestalterischem und funktionellem Gebiet. Die konstruktiv-technologischen Aspekte sind demgegenüber nicht voll dargestellt.

WOHNUNGSBAU
Angebote
FUNKTION

Ein 3. Preis (Arbeit Nr. 4)

06 96 90

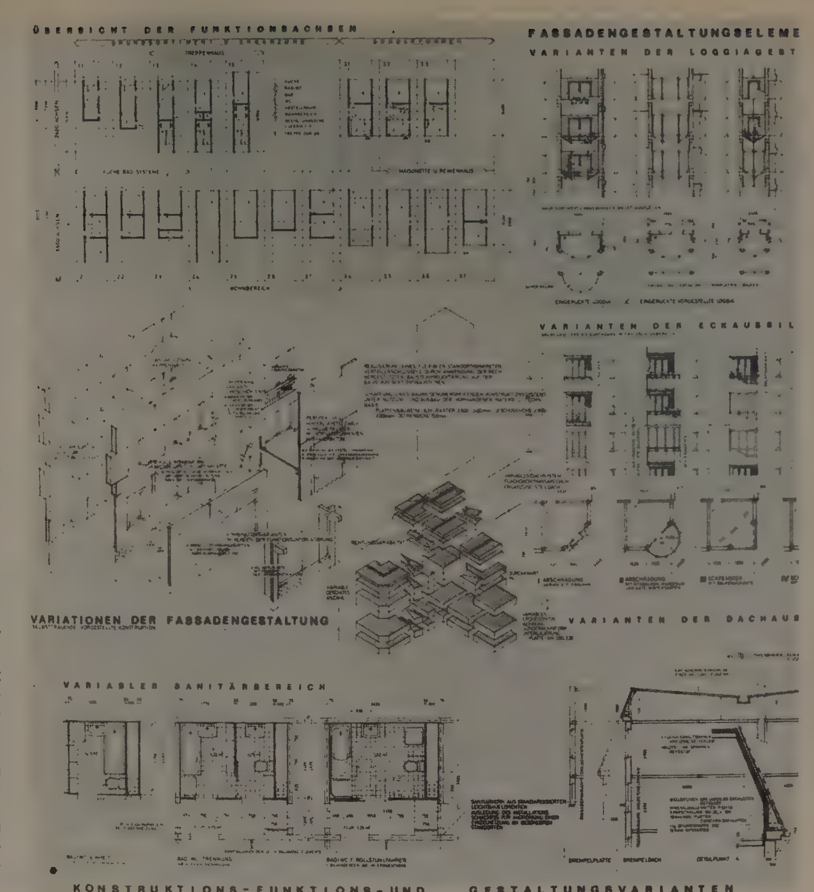
Dipl.-Ing. Hans-Peter Schmidt

Obering. Heinz Lösler
Dipl.-Ing. Manfred Fuchs
Obering. Emil Marzin
Bauing. Gerhard Schwandke

VEB Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Schwerin

Begründung der Jury

Das Angebot bietet vielfältige Möglichkeiten, auf historisch gewachsene stadträumliche Bedingungen in Mittel- und Kleinstädten einzugehen sowohl bezüglich der Bebauungsstruktur als auch der Baukörpergestaltung.
Die Einordnung von Gewerbe- und Arbeitsstätten ist möglich, durch geringe Geschoßhöhe und Gebäudetiefe aber begrenzt.
Für die Aufnahme historisch gewachsener Raumstrukturen bilden die Lösungsvorschläge eine gute Grundlage. Die Standortspezifik und Regionalität wird weitgehend auch für Kleinstädte beachtet und weist eine sensible Anpassungsmöglichkeit des Neuen mit dem Alten auf.
Das Sortimentsangebot geht über bisher bekannte Lösungen hinaus. Die Arbeit bietet ein breites, systematisch aufbereitetes Angebot an Wohnungen und Wohnformen, die alle ausgereift sind, mit einigen realisierbaren Innovationen wie Maisonette, Reihenhausgrundrisse mit Gewerbe, Einzelhaus/Doppelhaus an.
Die Räume der Wohnungen sind gut proportioniert und enthalten interessante Dielenangebote. Funktionsunterlagerungen im Außenganghaus sowie die Kombination von Wohnungen mit Arbeitsräumen in Reihen-Stadthäusern, in Einzel- und Doppelhäusern gewährleisten die unterschiedlichsten Funktionsmischungen in den Bebauungsgebieten.
Die Flexibilität des Bausystems ist auf der Basis von Sektionsbausteinen vorgesehen. Für die Außenwand wird ein „bauweisenübergreifendes" Konstruktionssystem vorgeschlagen.



AUSSENGANGHAUS

TREPPENHAUSERSCHLIESSUNGSVARIANTEN

AUSSENGANG/MAISONETTE-WE

REIHENHAUS

EINZELHAUS/DOPPELHAUS

WOHNUNGSANGEBOT

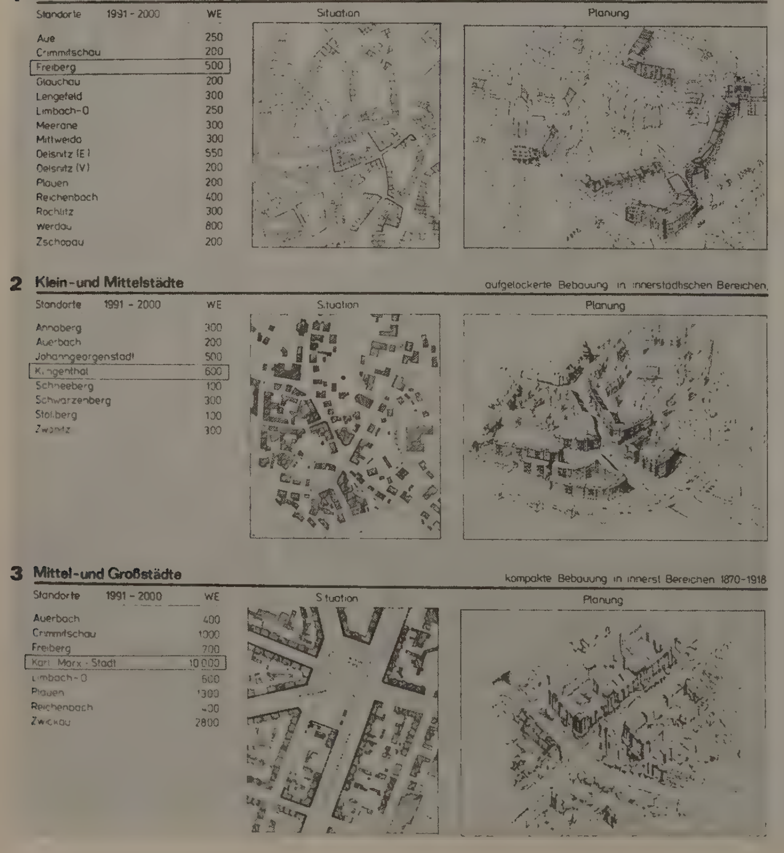
FUNKTIONSSYSTEM DER MAISONETTE-WE

FASSADENGESTALTUNGSVARIANTEN

FASSADENGESTALTUNGSVARIANTEN

VARIATIONEN DER LOGGIA

ETAPPENWEISE UND STANDORTBEZOGENE EINFÜHRUNG



1 Klein- und Mittelstädte — kompakte Bebauung in den historischen Stadtkernen

Standorte 1991–2000	WE
Aue	250
Crimmitschau	200
Freiberg	500
Glauchau	200
Lengefeld	300
Limbach-O	250
Meerane	300
Mittweida	300
Oelsnitz (E)	550
Oelsnitz (V)	200
Plauen	200
Reichenbach	400
Rochlitz	300
Werdau	800
Zschopau	200

2 Klein- und Mittelstädte — aufgelockerte Bebauung in innerstädtischen Bereichen

Standorte 1991–2000	WE
Annaberg	300
Auerbach	200
Johanngeorgenstadt	500
Klingenthal	600
Schneeberg	100
Schwarzenberg	300
Stollberg	100
Zwönitz	300

3 Mittel- und Großstädte — kompakte Bebauung in innerst. Bereichen 1870–1918

Standorte 1991–2000	WE
Auerbach	400
Crimmitschau	1000
Freiberg	700
Karl-Marx-Stadt	10000
Limbach-O	600
Plauen	1300
Reichenbach	400
Zwickau	2800

Ein 3. Preis (Arbeit Nr. 10)
00 90 10

Dipl.-Ing. Jörg Böhringer
Dipl.-Ing. Birgitt Lorenz
Dipl.-Ing. Christoph Uhrig
Dipl.-Ing. Andreas Richter
Dr.-Ing. Jürgen Arnold
Dipl.-Ing. Detlev Graupner
Bauing. Christoph Brabandt
Farbgestalter Siegfried Demmler
Farbgestalter Klaus Hardert
Dipl.-Ing. Thomas Morgenstern
Ing. Bodo Landrock
Dipl.-Ing. Christian Bonitz
Dipl.-Ing. Uwe Kretzer
VE Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck" Karl-Marx-Stadt

Begründung der Jury

Die Gebäudekonzeption und -gestaltung bietet eine gute Anpaßbarkeit an vorhandene historisch gewachsene Stadtstrukturen in Mittelstädten, insbesondere unterstützt durch variable Gestaltung der Dachzone. Die Bildung differenzierter Straßen- und Platzräume ist realisierbar.

Die Verbindung des Neuen mit dem Alten ist baukörperlich und gestalterisch gut gelöst. Eine Gliederung im Hausrhythmus wird hauptsächlich durch Gebäudestaffelung, Erker, Fenstergruppierungen und Treppenhäuser erreicht. Innovation und Individualität sind besonders bei der architektonischen Gestaltung vorhanden. Es liegt ein systematisches Angebot an Funktionslösungen in kombinierten Achsen unterschiedlicher Zweckbestimmung vor. Neu ist eine diagonal gestellte Grundrißgeometrie (z. B. WE-Eingänge), die bei geringem Flächenaufwand eine vorteilhafte Nutzung gewährleistet.

Die Möglichkeiten der Funktionsunterlagerung werden günstig genutzt.

Zum Konstruktionssystem ist ein rationeller Vorschlag unterbreitet, er wird jedoch nicht bis zum Elementesortiment hingeführt. Es werden Details eines vollmontagefähigen Daches mit Schrägdrempeln und ein teilmontagefähiges Dach dargestellt. Die Arbeit enthält Aussagen zur Wärmeversorgung und zur Nutzung vorhandener Medien.

Atelier-
fenster

Erker

Erker

Freisitz

W2.2 (4.4) W2.2 W2.2 3.3 W2.2 W2.2 2.2 (3.4)

Freisitz

ausgeklinktes
Treppenhaus

Erker

verglastes
Treppenhaus

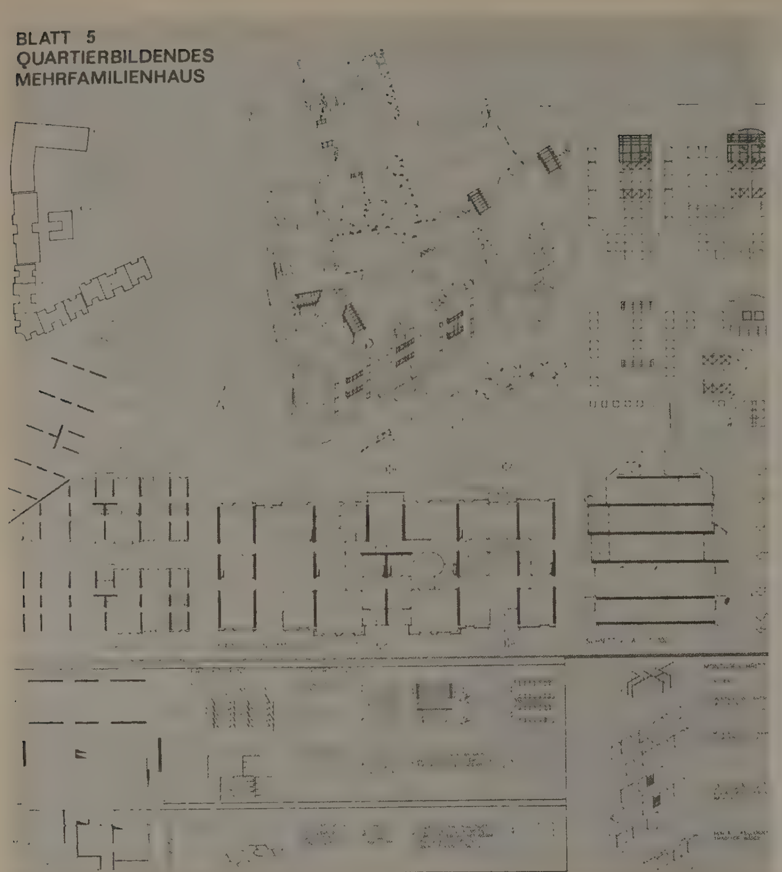
gesellsch. Einricht

Graslitzer
Straße

ČSSR

Legende

Wohnungsneubau
mit Darstellung
- WE-Funktionsbaust
- Installationsschächte
- Treppenhäuser / EG-Durchgänge
- Erker / Loggien / Freitreppen
- steil geneigte Dachflächen
- Geschoßzahl
Eingänge / Anlieferung FU



Prämie (Arbeit Nr. 9)

19 06 89

Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr

Dr.-Ing. Birgitt Zimmermann
Dipl.-Ing. Veit Kästner
cand. ing. Alexander Pfohl
cand. ing. Thomas Liebig

Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Begründung der Jury

Das angebotene Bausystem mit verschiedenen Bauweisen bietet in 3 Stufen eine Entwicklung, die eine hohe Anpassungsmöglichkeit zuläßt.
Vielfältige Möglichkeiten der Funktionsunterlagerung in ein und zwei Geschossen sowie durch Anlagerung für Gewerbe, Werkstätten und nichtstörende Industrie sind gegeben. Durch ein umfassendes Angebot an Baukörperlösungen können differenzierte Straßen- und Platzlösungen realisiert werden. Die Arbeit geht über bisherige Lösungsansätze hinaus.
Standortspezifik ist in Struktur und Details erkennbar. Gut wird auf Vorhandenes eingegangen. Es handelt sich um eine ausgereifte Arbeit.
Angeboten sind wenige, aber sehr differenzierte und kombinierbare Grundrisse, zum großen Teil mit Dielenlösungen und die Kombination mit Gewerberäumen.
Die Arbeit zeigt eine sehr gute Mischung von gesellschaftlichen, kulturellen (Umnutzung von Schule und Turnhalle zum Kulturhaus) und handwerklichen Einrichtungen im Wohngebiet.
Es werden eine breite Palette der zur Anwendung kommenden Bauweisen und Konstruktionen sowie Systemansätze dargestellt, aber kein Sortiment daraus abgeleitet.
Hervorzuheben sind die Weiterentwicklung der Bauweisen in drei Phasen zum offenen Bausystem, der modulare Systemaufbau und die Differenzierung der Vorfertigung in 3 Sortimentskategorien, die in ein nach Aggregationsstufen organisiertes CAD/CAM-Konzept als immanenter Bestandteil des Wettbewerbsangebotes eingeordnet sind.

19 06 89

Prämie (Arbeit Nr. 17)

61 73 35

Dipl.-Arch. Hansgeorg Richter

Gerhard Baer
Ewald Jantke
Wolfgang Joswig
Frank Walther
Reinhard Worreschk

VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus

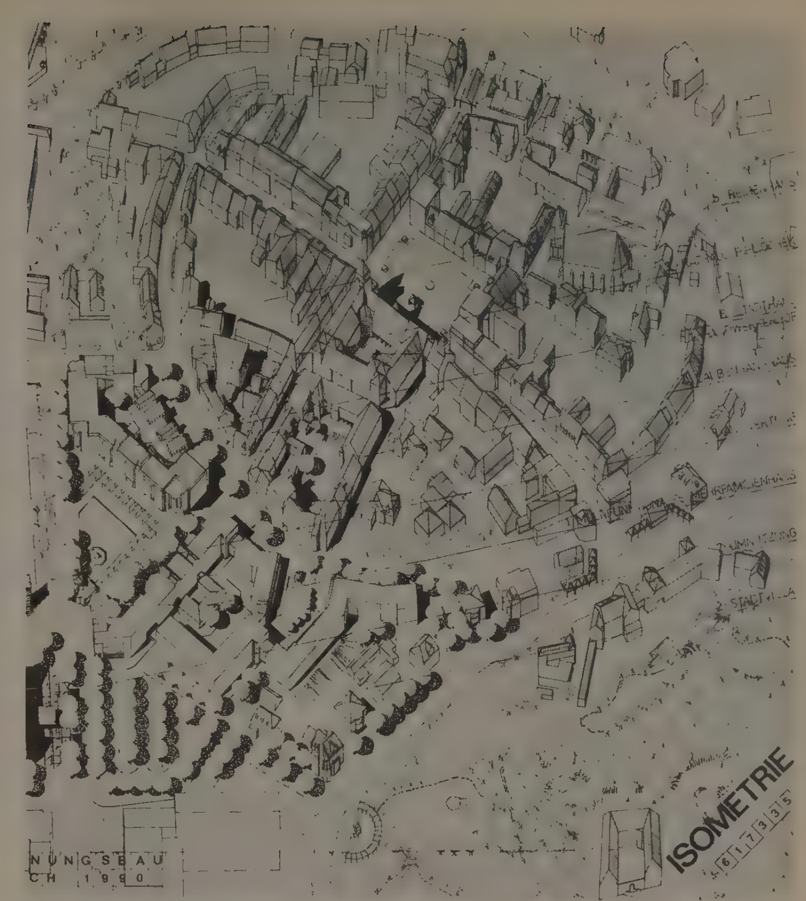
Begründung der Jury

Die angebotene Vielfalt an Bebauungs- und Gebäudelösungen läßt die Aufnahme unterschiedlicher historisch gewachsener städtebaulicher Strukturen sowie deren Weiterentwicklung zu. Die Bebauungsformen ermöglichen eine hohe Flächennutzungsintensität. Die Kombination verschiedener Bauweisen und Dachlösungen sowie unterschiedliche Haustypen bietet eine große Gestaltvielfalt. Das Angebot bietet die Voraussetzung für eine differenzierte Straßen-, Platz- und Hofraumgestaltung.

Die Arbeit bietet neue Ansätze, die über bekannte Lösungen hinausgehen und die Angebote für das innerstädtische Bauen beachtlich erweitern.

Die Vorschläge zu funktionellen Lösungen und zur Baukörpergestaltung gehen auf unterschiedliche Standortbedingungen ein. Die Arbeit beinhaltet individuell gestaltete Wohnungsgrundrisse, spezielle Grundrisse in einem Eigenheim-Reihenhaus sowie die Verflechtung mit Arbeitsräumen in polyfunktionalen Gebäuden mit vielfältigen Möglichkeiten von Funktionsunterlagerungen. Mit Ausnahme der Systemdarstellung für Unterlagerungskonstruktionen gibt es keine speziellen Angaben zur Konstruktion. Elementesortimente sind nicht abgeleitet.

Bemerkenswert ist, daß die Arbeit eine objektorientierte CAD-Lösung vorschlägt. Das Systemkonzept läßt den Weg zu einer Objektmodellierung erkennen.



WOHNUNGSBAU NACH 1990

1 MULTIFUNKTIONALES MEHRFAMILIENHAUS

5 REIHENHAUS

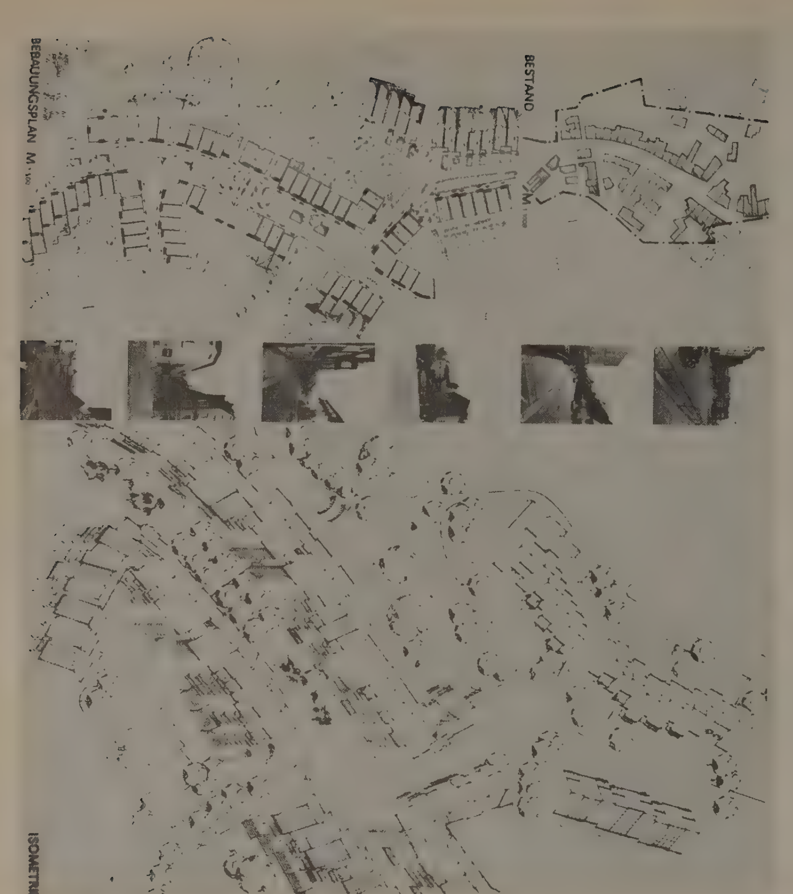
2. GESCHOSS

2 STADTVILLA

ANSICHT

2 GESCHOSS

3



Anerkennung (Arbeit Nr. 5)

23 45 68

Dr.-Ing. Gerhard Lehmann

Dr.-Ing. Klaus Beyer
Dipl.-Ing. Ingrid Behrendt
Dipl.Ing. Kerstin Ebert
Dipl.-Ing. Marina Gross
Bauing. Sigrid Oechelhaeuser
Dr.-Ing. Betina Sobanski
Christine Nowiszewski
Eveline Schultz

Bauakademie der DDR

Begründung der Jury

Die Arbeit bietet neue Ansätze für das innerstädtische Bauen in Mittel- und Kleinstädten.
Erbracht wird der Nachweis für die Anpassung an historische Stadtstrukturen durch Anwendung 2- bis 3geschossiger Stadthäuser. Der Standortspezifik wird Rechnung getragen. Neu und alt können durch differenzierte Bebauungsformen verbunden werden. Angeboten werden günstige 4- und 5geschossige Segmente, reihbar, ein Eckgebäude für spitze Winkel sowie eine Reihenhauslösung. Sie enthalten jedoch weitgehend herkömmlich gestaltete Grundrisse, allerdings mit Trennung Bad und WC in großen Wohnungen. Für die Funktionsunterlagerungen wird eine Vielzahl von Vorschlägen unterbreitet für Einrichtungen der Gastronomie, Dienstleistungen und des Handels, die teilweise zweigeschossig, vor allem in den Ecksegmenten, konzentriert sind.
Zur Konstruktion gibt es Vorschläge für die Kombination Flachdach/Schrägdach mit Dachgauben und Traufelementen sowie für die Außenwand, die Ratio-Stufe IV und im weiteren Lösungen mit vorgemauerter Außenschale und mit Thermohaut, die anzuerkennen sind. Der vorgeschlagene Lösungsweg für eine CAD-Technologie zur Umsetzung der Wettbewerbsidee ist hervorzuheben.

ISOMETRIE

REIHUNGSSEGMENT

ECKSEGMENT GIEBELSEGMENT T-SEGMENT

GANGHAUS STADTHAUS WÜRFELHAUS

FASSADENBEISPIELE

Anerkennung (Arbeit Nr. 12)

43 43 49

Dr.-Ing. Kurt Ludley

Dipl.-Ing. Gudrun Schultz
Dr.-Ing. Satish Khurana
Dipl.-Ing. Christina Jerx
Ing. Lutz Wilkerling
Dipl.-Ing. Sabine Marter
Dipl.-Ing. Hannelore Vogt
Dipl.-Ing. Otfried Elle
Dipl.-Ing. Wilfried Wendsch

Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle

Begründung der Jury

Die Gebäudekonzeption und Gestaltung bieten gute Voraussetzungen für die Beachtung lokaler Spezifik und historisch gewachsener stadträumlicher Bedingungen in Mittel- und Kleinstädten. Durch das Angebot an Ecklösungen, Zusatzachsen, Keilsegmenten und Verbindern können vielfältige Straßen- und Platzräume gestaltet werden. Die Arbeit geht damit über bisherige Angebote hinaus.
Standortspezifik in der Verbindung des Neuen mit dem Alten wird durch gestalterischen Kontext zum Fachwerk und der Fortsetzung charakteristischer Hausstrukturen gewährleistet.



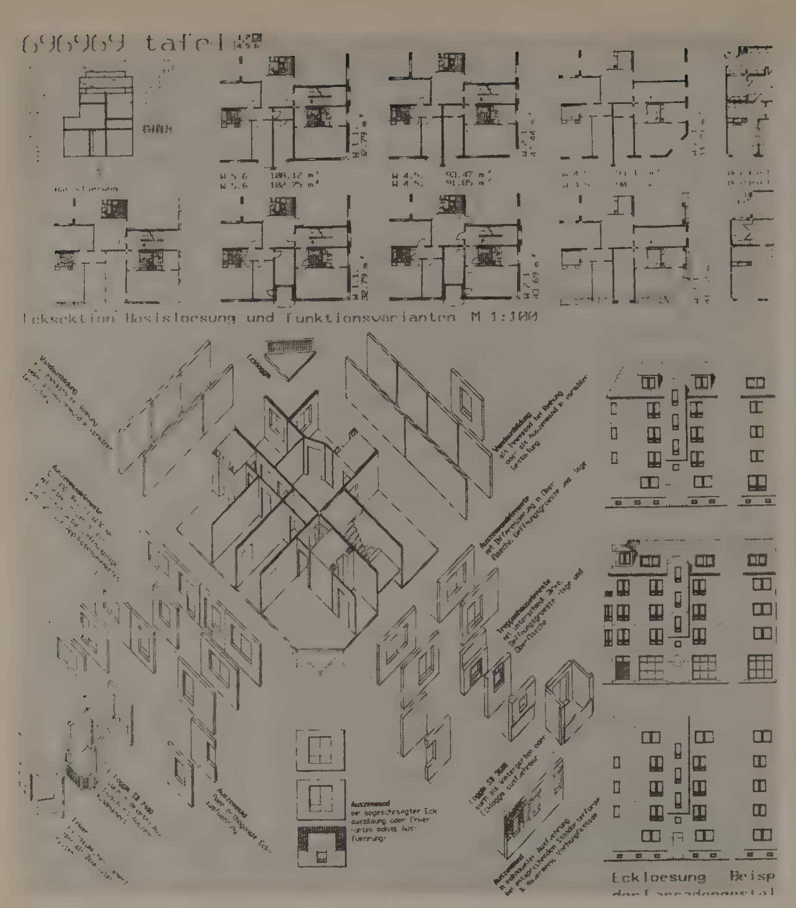
Gebäudeteil	A-1/A-2	B-1	B-2	C-2/C-4	C-1/C-3	D-1	L-1	S
Ansichten								
Grundriß Erdgeschoß								
Grundriß Normalgeschoß								
Grundriß Dachgeschoß								
WE - Zahl	14 / 10	14	14	9 / 12	9 / 12	12	8	1-2
Geschoßzahl	3/4	3/4	3/4	4	4	4	4	3
Varianten mit ø-lichen Wohnflächen	V0 48,95 m²/WE V11 49,69 m²/WE V12 50,18 m²/WE V21 49,[illegible] m²/WE	V0 56,48 m²/WE V22 58,41 m²/WE V31 57,18 m²/WE	V0 56,64 m²/WE	V1 61,91 m²/WE V2 62,80 m²/WE	V11 60,57 m²/WE V12 59,97 m²/WE V21 61,50 m²/WE V22 60,89 m²/WE	V0 55,5[illegible] m²/WE V1 57,07 m²/WE V2 55,85 m²/WE	V0 39,26 m²/WE	V1 [illegible] m²/WE V2 [illegible] m²/WE [illegible] m²/WE V3 [illegible] m²/WE
Durchgang	bei GBT A2 zum Teil möglich	—	—	möglich	möglich	—	—	Garage mit Durchfahrt
Loggia/Winterg.	möglich	möglich	möglich	möglich	—	möglich	—	möglich
Wohnungsart	W12a 2x 34,00 m² W22a 3x 44,01 47,45 m² W22b 2x 47,28 49,36 m² W22c 2x 48,33 53,13 m² W33a 2x 57,03 m² W33c 3x 60,70 63,[illegible] m²	W12 1x 34,00 m² W22 4x 44,01 53,13 m² W33 5x 57,03 63,44 m² W34 2x 64,30 70,36 m² W44 1x 64,04 66,42 m² W45 1x 80,37 83,57 m²	W12 1x 34,01 m² W22 4x 44,01 48,34 m² W33 5x 57,03 59,99 m² W34 2x 65,58 70,89 m² W44 1x 64,03 m² W45 1x 80,79 m²	W11 2x 31,28 40,82 m² W22 6x 46,43 60,72 m² W34 2x 77,75 79,50 m² W45 2x 88,46 90,50 m²	W11 2x 35,22 39,62 m² W22 3x 48,74 51,35 m² W33 2x 57,03 71,70 m² W34 4x 69,27 74,46 m² W44 1x 84,41 m²	W11 1x 3[illegible] m² W12 1x 38,47 40,18 m² W22 6x 44,17 60,75 m² W34 4x 69,18 76,59 m²	W11 1x 34,03 m² W12 2x 34,03 35,03 m² W12 1x 34,03 m² W22 1x 48,11 m² W22 1x 45,65 m²	V1 2 Familien W 2 2 W 3 4 V2 Großfamilie W 7 7 V3 Wohnung mit Gewerberäumen im EG [illegible]
Fläche der FU	bei GBT A2 im Erdgeschoß max 220 m²	—	—	bei GBT C2 im Erdgeschoß max 190 m²	bei GBT C1 im Erdgeschoß max 189 m²	—	—	max 50 m²
Energieverbr.	Q/WE 4,8 KW Q/m² 97 W	Q/WE 5,3 KW Q/m² 94 W	Q/WE 5,2 KW Q/m² 92 W	Q/WE 5,3 KW Q/m² 85 W	Q/WE 5,3 KW Q/m² 87 W	Q/WE [illegible] Q/m² [illegible]	—	Q 19 KW Q/m² 96 W

Variables Wohnen
- Große Wandöffnungen schaffen die Möglichkeit für das Wohnen nach Maß

Möglichkeiten des Systems, individuelle Wohnbedürfnisse zu erfüllen (am Beispiel GBT D 1)

Gebäudeteil D 1 Normalgeschoßgrundriß

Zusammenfügen von Wohnungen nach Notwendigkeit
- Veränderung der Wohnungsgröße und Belegung nach sozialen Erfordernissen
- Rückführung in den Ausgangszustand ohne großen Aufwand möglich



Anerkennung (Arbeit Nr. 15)

69 69 69

Dipl.-Ing. Ingrid Mestenhauser

Dipl.-Ing. Uta Fischer
Dipl.-Ing. Angela Simmet
Dr.-Ing. André Spindler
Dr.-Ing. Claus Untermann

VEB Wohnungsbaukombinat „Karl Liebknecht" Erfurt

Begründung der Jury

Baukörperlösung und -gestaltung ermöglichen die Aufnahme historisch gewachsener Raumstrukturen in Mittel- und Kleinstädten. Funktionsunterlagerungen und Funktionsmischungen sind durch Anlagerung und Kombination mit stabförmigen und monolithischen Konstruktionen in großer Vielfalt möglich.

Das angebotene Gebäudesortiment erlaubt eine differenzierte Straßen- und Platzgestaltung. Die architektonische Durchbildung ist jedoch nicht ausreichend.

Es wird ein breites Angebot an Funktionsachsen vorgelegt, die variabel und kombinierbar sind und zu differenzierten Segmenten zusammengesetzt werden können. Die angebotene Variante der relativ geräumigen Küche/Bad-Achse ist für größere Wohnungen bemerkenswert.

Das Gesamtsystem der Bauweise und des Elementesortiments ist im Sinne des flexiblen Bauens umfassend dargestellt. Es werden ein ganzes Dachbausortiment sowie die Entwicklung der Außenwandkonstruktionen von der Ratiostufe IV über die AWK 90 bis zu neuen Lösungen, u. a. mit Thermohaut, angeboten.

Zur Erleichterung von Instandsetzungsarbeiten wird die Zusammenfassung der Leitungsführungen in sogenannten gebäudetechnischen Trassen vorgeschlagen.

Die vorliegende Arbeit behandelt umfassend die Fragen von Konstruktion, System und Sortiment.

Hervorzuheben sind die vorgesehenen Maßnahmen zur energieökonomischen Verbesserung der Gebäudehülle sowie zur Einführung neuer Heizungssysteme (Fußbodenheizung, Luftheizung).

696969 Innerstaedtischer Standort einer mittelgrossen Kleinstadt tafel

Gelaendeschnitt A-A

Gelaendeschnitt B-B

11 11 11

Dr.-Ing. Siegfried Kress

Manfred Hultsch
Karin Koven
Helmut Kolbe
Wolfgang Gillhoff

Bauakademie der DDR

Bilanzierung

BAUGEBIET KALTEFELD

BAUGEBIET BRUHL

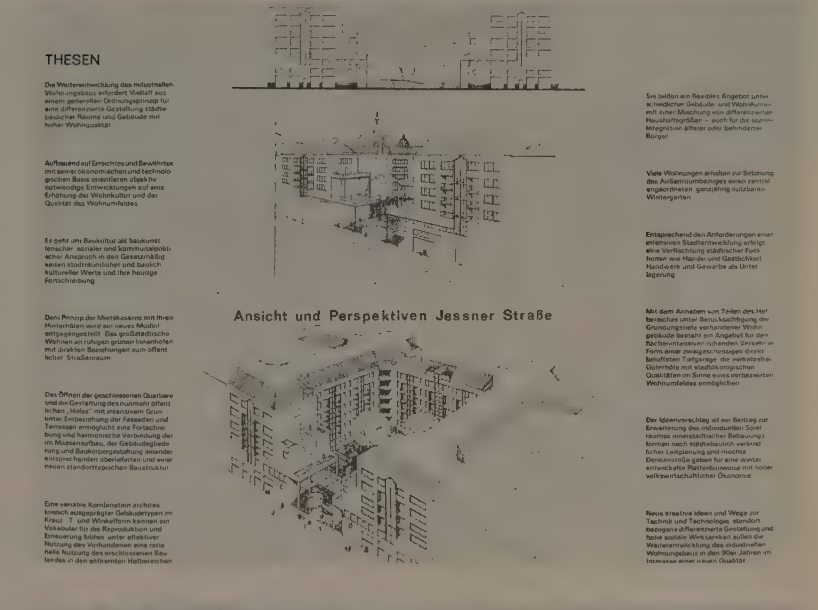
Stadtbauliche Konzeption

30 06 89

Dr.-Ing. Günter Stahn

Franz Klinger
Dr.-Ing. Ernst Kristen
Martin Trebs
Dr.-Ing. Dorothea Tscheschner
Achim Wolff

Büro für Städtebau Berlin



15 34 89

Dipl.-Ing. Ullrich Weigert

Walter Wenzel
Dipl.-Ing. Silke Lange
Dipl.-Arch. Antje Kaßbohm
Dipl.-Arch. Kerstin Klober

VEB Wohnungsbaukombinat „Fritz Heckert“ Berlin

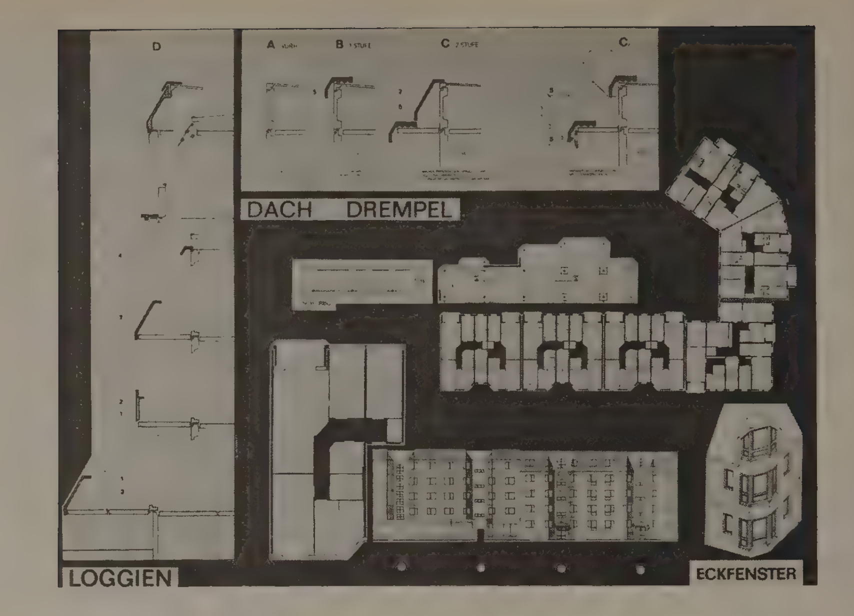


38 02 65

Dipl.-Ing. Klaus Sorger

Dipl.-Ing. Gerhard Oertel
Ing. Jochen Nietardt
Dipl.-Ing. Dietmar Hesse
Ing. Eva-Maria Jeske

VEB Wohnungsbaukombinat
„Georgi Dimitroff“ Gera



66 20 04

Dipl.-Ing. Siegfried Kober

Dr.-Ing. Dietmar Fischer
Dipl.-Ing. Henriette Bräunling
Dr.-Ing. Martina Doehler
Dipl.-Ing. Wolfgang Müller

Büro des Chefarchitekten der
Stadt Leipzig



13 50 78

Dipl.-Ing. Hannes Schroth

A. Gohr
Th. Nörthemann
P. Otto
P. Schube
H.-J. Schulze
D. Drüg
Th. Kowalik
Dr. Wiesner
Ch. Bauer
P. Segevetz

H. Müller
M. Hartig
M. Podvesny
E. Schweder
A. Gabriel
B. Jelitte
P. Miether
U. Thon
H. Iser
G. Köhler

VEB Wohnungsbaukombinat Magdeburg



10 96 89

Dipl.-Ing. Karl Kraus

Dipl.-Arch. Berndt Fuhrmann
Dipl.-Arch. Ullrich Schmidt
Obering. Kurt Ramdohr
Dipl.-Ing. Arnfried Metelka
Dipl.-Arch. Klaus Thiele

VEB (B) Wohnungsbaukombinat
Neubrandenburg

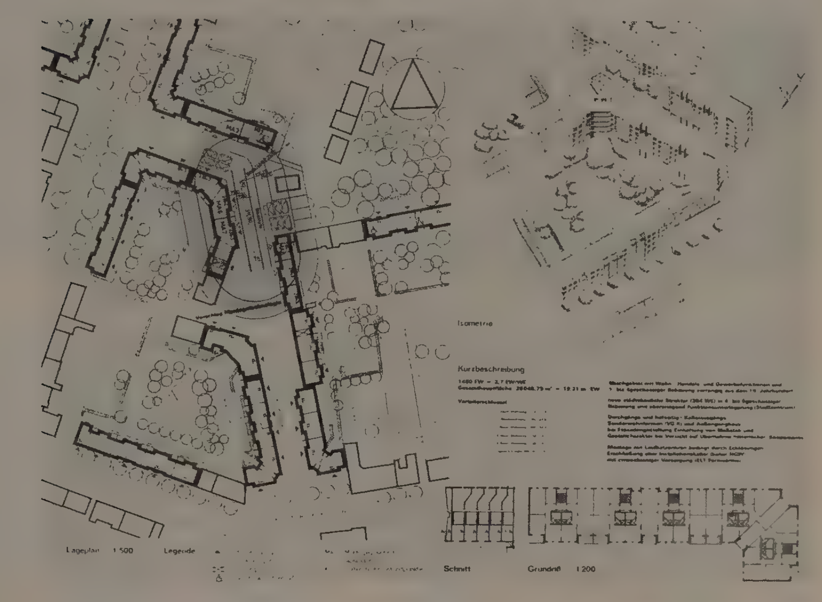


51 35 75

Prof. Dr.-Ing. Achim Felz

Stefan Brehme
Peter Gohlke
Wolf-Rüdiger Lau
Jörg Limberg
Barbara Peschel
Steffen Pfrogner
Detlef Pressberger
Renate Schöler
Dieter Schulze
Dagmar Weidemüller
Prof. Dr.-Ing. Richard Wagner

Bauakademie der DDR

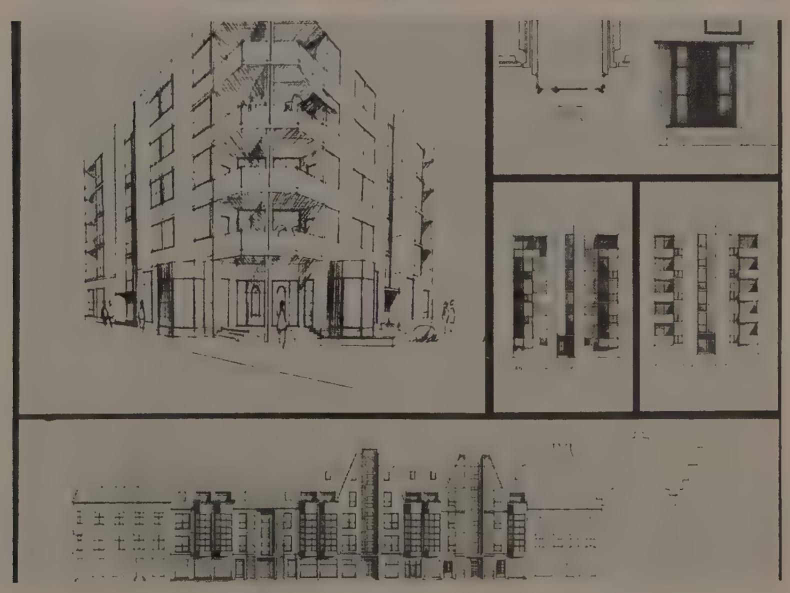


34 61 32

Obering. Erich Kaufmann

Dipl.-Arch. Kerstin Beyer
Dipl.-Arch. Rainer Grebin
Dipl-Ing. Detlef Grund
Dipl.-Ing. Jürgen Deutler
Dipl.-Ing. Arndt Zintler

VEB Wohnungsbaukombinat Rostock





Kirchliche Bauten in der DDR

Geplante und ausgeführte Beispiele der Jahre 1977 bis 1989

Dr.-Ing. Dieter Hantzsche
Bauakademie der DDR
Institut für Betonforschung

1 Bibliothek und Domarchiv Erfurt

2 Gemeindehaus Dresden der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage

3 Gemeindehaus Zwickau der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage

Seit mehr als zehn Jahren werden in der DDR Bauvorhaben für kirchliche Auftraggeber im Rahmen eines besonderen Bauprogrammes errichtet. Grundlage hierfür bildete ein Ministerratsbeschluß, mit dem die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche in vielen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zum Ausdruck kommt. Der Beschluß und seine folgenden Ergänzungen legten die Art und Standorte der Bauvorhaben fest, wofür durch die Kirchen und Religionsgemeinschaften entsprechende Vorschläge unterbereitet wurden. Neben der zeitlichen Einordnung enthalten die Festlegungen auch weitere Modalitäten zur Vorbereitung und Durchführung der Bauten, die insbesondere in Neubaugebieten errichtet werden.
Die Mehrzahl der bisher fertiggestellten Vorhaben stellt Neubauten für in sich abgeschlossene Funktionen oder Funktionskomplexe dar, es werden jedoch zunehmend auch solche errichtet, die zur Ergänzung und Abrundung bestehender Einrichtungen dienen. Schließlich gibt es auch Beipiele für den Wiederaufbau kriegszerstörter oder die Sanierung verschlissener Bausubstanz im Rahmen des Bauprogramms für kirchliche Auftraggeber.
Breit gefächert ist die Art der Funktionen, die zu berücksichtigen sind: Neben reinen Sakralbauten sind es Wohnungen, Verwaltungseinrichtungen, Krankenhäuser, Pflege-, Kinder-, Behinderten-, Alten- und Wohnheime, Werkstätten für Behinderte, Therapieeinrichtungen unterschiedlichster Art, Einrichtungen für die Betreuung von Jugendlichen und Kindern, Versammlungsräume, Bibliotheken usw., die durch die zugehörigen Nebenfunktionen (Heizhäuser, Techniräume, Sozialräume usw.) ergänzt werden. Entwurfsbestimmend sind bei vielen Vorhaben vor allem zwei Gesichtspunkte:

– Sowohl für Gebäudekomplexe als auch innerhalb einzelner Bauwerke sind Funktionsmischungen in horizontaler und vertikaler Richtung erforderlich. Das stellt vor allem beim Einzelgebäude hohe Anforderungen in konstruktiver (Spannweiten, Stützenfreiheit), gebäudetechnischer (Ver- und Entsorgungsleitungen), brandschutztechnischer (Erschließungs-, Fluchtmöglichkeiten) und schließlich auch gestalterischer Sicht. Wie sehr derartige Integrationsforderungen alte, tradierte Funktionsbegriffe abgelöst haben, wird am Beispiel des Gemeindezentrums deutlich. Weil sich die kirchliche Arbeit über seelsorgerische auch auf Erziehungs-, Betreuungs-, Kultur- und Bildungsaufgaben erstreckt, gehen die Raumforderungen weit über den Begriff des über Jahrhunderte geprägten „Kirchbaues“ hinaus. Neben dem Sakralraum (der in vielen

2

3



4



5

6



4 Katholisches Gemeindezentrum St. Martin in Leipzig-Grünau
5 *Tempel der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage in Freiberg*
6 *Gemeindehaus Leipzig der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage*

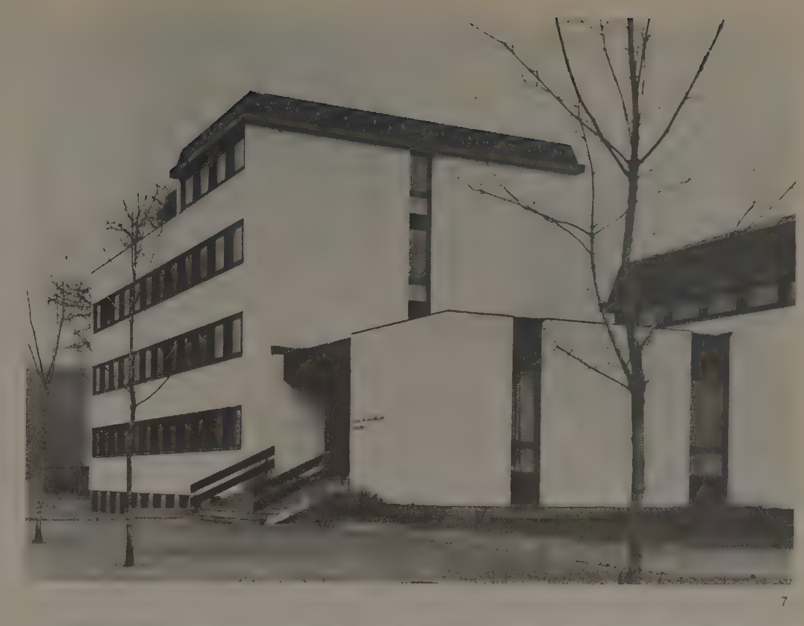
Kirchen bereits zusätzliche Funktionen aufnimmt) sind je nach Anforderungen Räume oder Gebäude für Verwaltung, Wohnungen, Jugend-, Kinder- oder Altenbetreuung, Bücherei usw. erforderlich, zu denen fast immer ein Mehrzwecksaal gehört.
Die „Kirche" im überlieferten Sinn ist eingebunden in ein stark auf Kommunikation ausgerichtetes Gemeindezentrum. Als bauliches Konzept findet diese Lösung ihren Ausdruck in einer massiven, kompakten oder aber (je nach der Standortsituation) offenen, hofähnlichen Anlage, die sich vor allem auch in der unterschiedlichen Geschossigkeit zeigt.

– Für bestimmte Nutzungsarten wird eine hohe Flexibilität der Räume verlangt. Nicht nur wechselnde Funktionen innerhalb eines Bereiches, sondern auch Wachsen und Verringern des Flächenangebotes je nach Art und Zeit der Veranstaltungen sind zu berücksichtigen. Im Entwurf kann dies bei der Zuordnung der Räume ermöglicht werden, in konstruktiver Sicht bietet sich statt massiver Wandeinbauten oft der Einsatz von Faltwandelementen als Lösung an. Es liegt auf der Hand, daß mit diesen Forderungen nicht unerhebliche Schwierigkeiten für den Entwurf der Heizungs- und Lüftungsanlagen, der Belichtung und Beleuchtung sowie des Schall- und Brandschutzes entstehen, die oft aufwendige Sonderlösungen für die Erstinvestition darstellen, jedoch nutzungstechnisch Vorteile bieten.

Neben der Tatsache, daß für die Art und Größe der kirchlichen Bauvorhaben nur in seltenen Fällen vorhandene Projekte des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus Verwendung finden können, bedeuten die vorgenannten Entwurfskriterien in der Regel die Erarbeitung individueller Projekte. In den meisten Fällen wird die ökonomischste (nicht unbedingt im Sinne der Arbeitsproduktivität) Umset-

7 Bischöfliches Ordinariat Bistum Dresden-Meißen
8 Katholisches Gemeindezentrum St. Franziskus in Karl-Marx-Stadt
9 Gemeindehaus Karl-Marx-Sadt der Neuapostolischen Kirche – Modellfoto

zung der funktionellen und technischen Forderungen in der Anwendung monolithischer bzw. traditioneller Bauverfahren gesehen. Selbstverständlich finden vorgefertigte Bauteile (Decken usw.) ebenso Anwendung wie progressive Ausbautechnologien (Fließestrich). Mit diesen Bedingungen ist auch die Ausführung der Vorhaben anderen als den in vielen Baubetrieben vorrangig zur Anwendung kommenden technologischen Prinzipien unterworfen.
In den vergangenen Jahren befaßten sich neben kirchlichen Planungseinrichtungen verschiedenste Projektierungsbetriebe vor allem des örtlich geleiteten Bauwesens und der Bauakademie der DDR mit Planung und Vorbereitung der obengenannten Baumaßnahmen.
In der Abteilung Bau-Export unseres Institutes wurde als erstes Vorhaben die Planung für das Bischöfliche Ordinariat des Bistums Dresden-Meißen in Dresden bearbeitet, dessen Übergabe 1979 stattfand. Mit Büroräumen, Wohnungen, einem Mehrzwecksaal für 200 Personen, einer Kapelle, dem Speiseraum mit Küche sowie weiteren Technikräumen macht es in funktioneller Sicht deutlich, welche unterschiedlichen Nutzungsarten zu berücksichtigen waren. Beispiele für Gemeindezentren im vorbeschriebenen Sinne stellen die katholischen Gemeindezentren Karl-Marx-Stadt (Übergabe 1982) und Leipzig-Grünau (Fertigstellung 1985) dar. Für das Dompfarramt der Kathedrale Dresden (Bauausführung 1983–85) sind im Rahmenprogramm neben dem Gemeindesaal und mehreren Wohnungen hauptsächlich Büro- und Verwaltungsräume enthalten.
Unmittelbar neben dem Erfurter Dom wurde in den Jahren 1982–1984 ein Neubau für das katholische Priesterseminar sowie ein weiteres Gebäude für Domarchiv und Bibliothek errichtet. Weiterhin konnten für das Diakonische Werk in Elbingerode zwei Altenheime für insgesamt ca. 80 Schwestern übergeben werden. Die Planungen wurden fortgeführt mit Tempel, Gemeindehaus, Wohnheim und Wohnhaus der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage in Freiberg, die bis 1986 fertiggestellt wurden. Für diese Kirche stellen die Gemeindehäuser in Leipzig-Schleußig (1985), Dresden (1988) und Zwikkau (1988) ebenfalls Beispiele unterschiedlicher Nutzungsarten bei Gewährleistung hoher funktioneller Flexibilität dar. In unserer Abteilung geplante Vorhaben wurden in Plauen, Karl-Marx-Stadt, Erfurt-Melchendorf und Berlin-Marzahn im Jahre 1989 begonnen bzw. fertiggestellt, zur Zeit laufen Planungen für Gemeindehäuser in Erfurt, Schwarzenberg, Karl-Marx-Stadt, Mittweida und Wolgast für unterschiedliche Konfessionen.



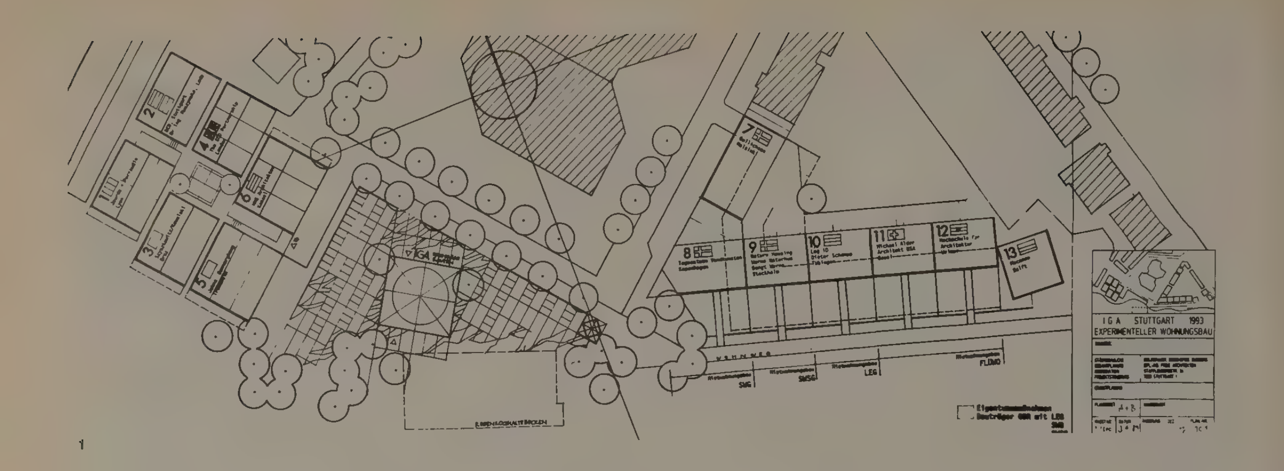
7



8

9





1

Experimenteller Wohnungsbau zur internationalen Gartenbauausstellung 1993 in Stuttgart

1 *Übersichtsplan mit Angabe der von den 13 Architektenkollektiven angebotenen Vorentwürfe (Stand Mai 1989)*

2 *Erste Zusammenkunft der beauftragten Architekten im Rathaus Stuttgart*

3 *Lageplan M 1:500 der Gesamtkonzeption (Stand Herbst 1988) Verfasser: Entwurfsgruppe Stahr*

Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr

Die Landeshauptstadt Stuttgart hatte im Herbst 1988 27 namhafte Architekten aus 13 Ländern aufgefordert, Lösungsvorschläge für Musterhäuser zur alle 10 Jahre in einer westeuropäischen Stadt durchzuführenden Internationalen Gartenbauausstellung zu erarbeiten. Solch renommierte Architekten wie Peter Behnisch, Frei Otto aus der BRD, Nielsen, Nielsen aus Dänemark oder Wolfgang Kapfhammer aus Österreich, Achim Felz und sein Kollektiv der Bauakademie der DDR sowie Kollektive aus Polen und Ungarn haben sich an der Ideenfindung beteiligt. Inzwischen sind durch ein entsprechendes Auswahlverfahren 13 Architektenkollektive mit der Projektierung beauftragt.

Für die 6 Reihenhäuser:
Jourda und Perraudin, Lyon, Frankreich
Egenhofer, Stuttgart, BRD und
Muszynska, Lodz, Polen
Szyszkowitz-Kowalski, Graz, Österreich
ECD Partnership, London, England
Johns. Gunnarshaug, Trondheim, Norwegen
HHS Architekten, Kassel, BRD

Für die 7 Geschoßbauten:
Gullichsen, Helsinki, Finnland
Vandkunsten, Kopenhagen, Dänemark
LOG ID Schempp, Tübingen, BRD
Warne Naturhus, Stockholm, Schweden
Entwurfsgruppe Stahr, Weimar, DDR
Alder, Basel, Schweiz
Mecanoo, Delft, Niederlande
(s. Abb. 1)

Inzwischen sind die Vorentwürfe in ständigen Konsultationen mit der Stadt, den Auftraggebern, dem koordinierenden Architektenbüro Egenhofer und den benachbarten Architekten im wesentlichen abgeschlossen (s. Abb. 2). Wir sind mit der Projektierung der Geschoßbaulösung beauftragt und werden nach Abschluß der Entwurfsphase darüber berichten.
Heute stellen wir den Lesern der Architektur der DDR die Ausgangsideen unseres Kollektivs vor.
Zum Standort: Die Experimentalbauten entstehen im Rahmen des Gesamtkonzeptes des „Grünen U" im Schnittpunkt

2





Verfasser:

Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr
Dipl.-Ing. Anne Kirsch
Dipl.-Ing. Anke Schettler
Dipl.-Ing. Thomas Wittenberg
Dr.-Ing. Birgitt Zimmermann

als Gartenarchitekten:
Prof. Dipl.-Gärtner Hubert Matthes
Dr.-Ing. Gerlinde Krause

Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Sektion Architektur, Wissenschaftsbereich Wohn- und Gesellschaftsbauten
Sektion Gebietsplanung und Städtebau
Wissenschaftsbereich Städtebau



3

der Parkanlagen Killesberg und Rosensteinpark auf einem Gelände nördlich des S-Bahnhofes Stuttgart Nord.
Es war Absicht der Verfasser, ein Anschauungsbeispiel für intensive Stadt- und Freiraumgestaltung im Sinne der Einheit von Ökologie und Stadt, Natur und Architektur, Haus und Garten, Grün am und im Haus in einem von Schienen- und Straßenverkehr stark belasteten Raum zu schaffen.
Es wurden entsprechend den Grundregeln guter Architekturleistungen alle Möglichkeiten der Orientierung, Topographie, der naturräumlichen und funktionellen Gestaltung, der bauphysikalischen und energieökonomischen Konsequenzen, einer anpassungsfähigen und rationalen Konzeption genutzt, um Wohnen und Erholen harmonisch zu vereinen. Der Lageplan (s. Abb. 3) zeigt links oberhalb der ausgedehnten Gleisanlagen die in eine Erdmulde lärmgeschützt eingegliederten 6 Reihenhäuser, rechts den Abschluß eines vorhandenen Gründerzeitquartiers durch die Wohngebäude im Geschoßbau und dazwischen einen auf sinnvolle Freizeitgestaltung mit Ökoteich und Parkbibliothek ausgerichteten zentralen Wohnpark. Ihm werden im Nordosten terrassierte Werkswohnungen zugeordnet, um den Erweiterungsabsichten des dort als Fremdkörper eingeordneten Ingenieurbüros Fichtner eine dem IGA-Gedanken entsprechende Alternative entgegenzusetzen.

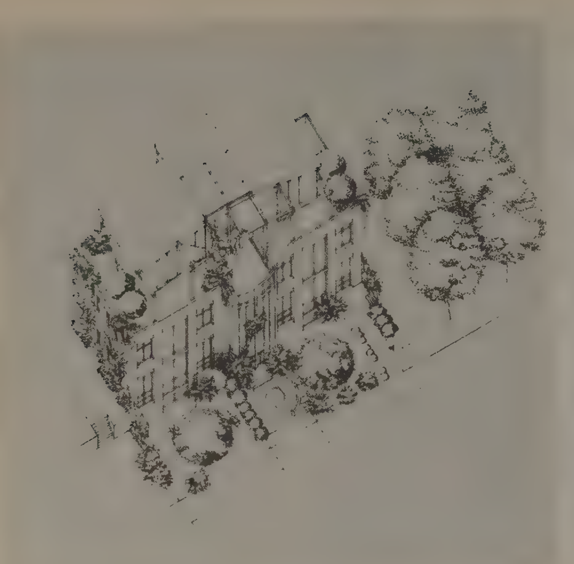
Die Mietergärten sind intensiv ausgestaltete und nutzbare Ökozonen mit geschlossenem Stoffkreislauf und weitgehender Nutzung des Regenwassers. Sie machen auf die breite Palette der Nutzungs- und Erholungsfunktionen von der Sitzgruppe, der Liegewiese, dem repräsentativen Blumengarten, dem Nutzgarten bis hin zum temperierten Gewächshaus aufmerksam. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, das Grün in Eingangsbereich und Gemeinschaftszonen der Wohngebäude, ihre Atrien, Dachterrassen und Fassadenflächen sowie in die Wohnungen mit ihren Wintergärten, Rankgerüsten ja bis in einige Bäder hineinzuziehen. Dies sichert die Durchgängigkeit des IGA-Gedankens und führt mitten in der Stadt zu einer neuen Beziehung von Gebautem zur natürlichen Umwelt im Interesse einer schönen und gesunden Wohnweise.
Es war nun die Aufgabe, unter Beachtung der außerordentlich komplizierten Standortbedingungen jeweils ein Haus des weniggeschossigen Wohnungsbaues und der Geschoßbauten detailliert durchzuarbeiten.

Zum weniggeschossigen Wohnungsbau
(s. Abb. 4–7)

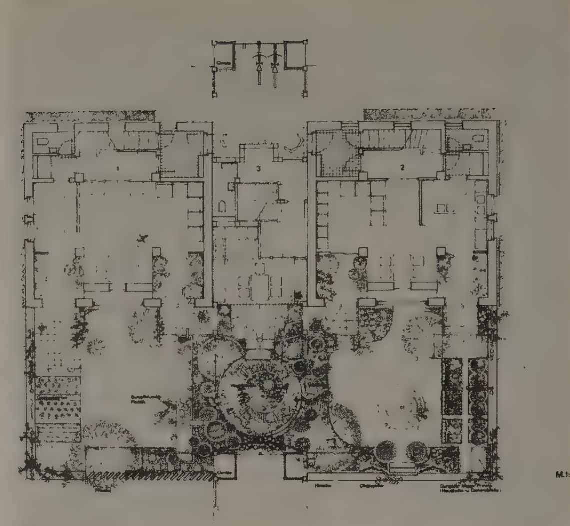
Es werden sechs 2–3geschossige gestaffelte Reihenhäuser angeboten, die sich durch die Erdanschüttung und Ausbildung einer für das Kinderspiel geeigneten Mulde dem Lärm weitgehend entziehen und sich um einen Anger mit einer überdachten Gemeinschaftsfläche gruppieren. Die Wohngebäude bestehen jeweils aus zwei quadratischen „Steinhäusern", zwischen die sich eine alternative Wohnform in Holzbauweise einlagert. Diese Gebäudeteile sind variabel als Eigentumswohnungen nutzbar, wobei die Varianten von der Normalwohnung über die Mehrgenerationswohnung bis zur Wohngemeinschaft reichen. Es werden Wohnungen in den 8,40 × 8,40 m großen Steinhäusern von 87,8 bis 118,4 m^2 angeboten. Das Holzhaus kann als Starter-Home-Lösung mit 2 Zimmern auf 4–6 Zimmer erweitert werden. Durch die Anordnung von Wintergärten und die Vorlagerung einer Wandzone für die passive Nutzung der Sonnenenergie entsteht ebenso wie durch die Ausbildung erdgeschützter Bereiche ein energiesparendes Konzept. Die vorgelagerten „Gütle" ebenso wie die begrünten Dächer bereichern den Wohnwert dieser Gebäude. Eine Tiefgarage sichert die Unterbringung von 2 Pkw pro Wohnung.

Zum Mehrfamilienhaus
(s. Abb. 8–11)

Der entwickelte 6geschossige Wohnungsbau mit Aufzug garantiert eine lagetypische Quartierergänzung, die den Nordbahnhof attraktiv auf der Nordseite aufwertet. Das Gebäude wird vertikal in 3 charakteristische Wohnzonen unter-



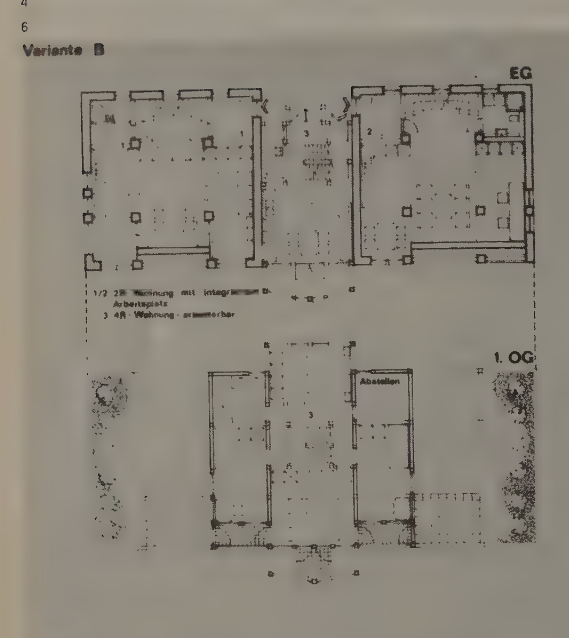
4



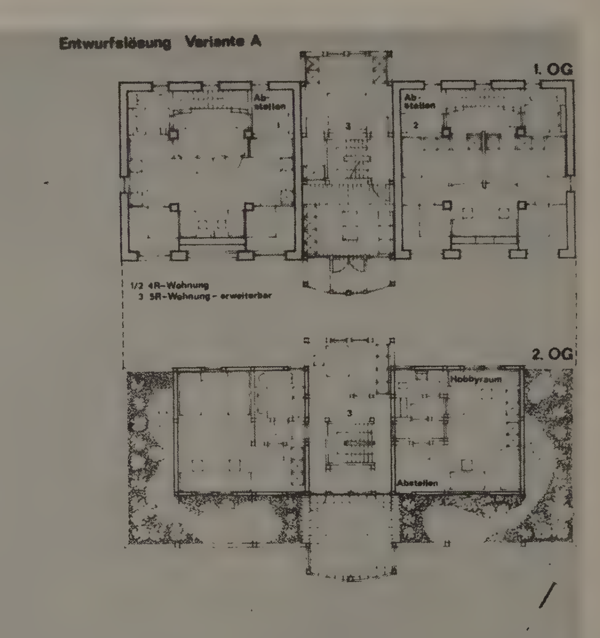
5

6

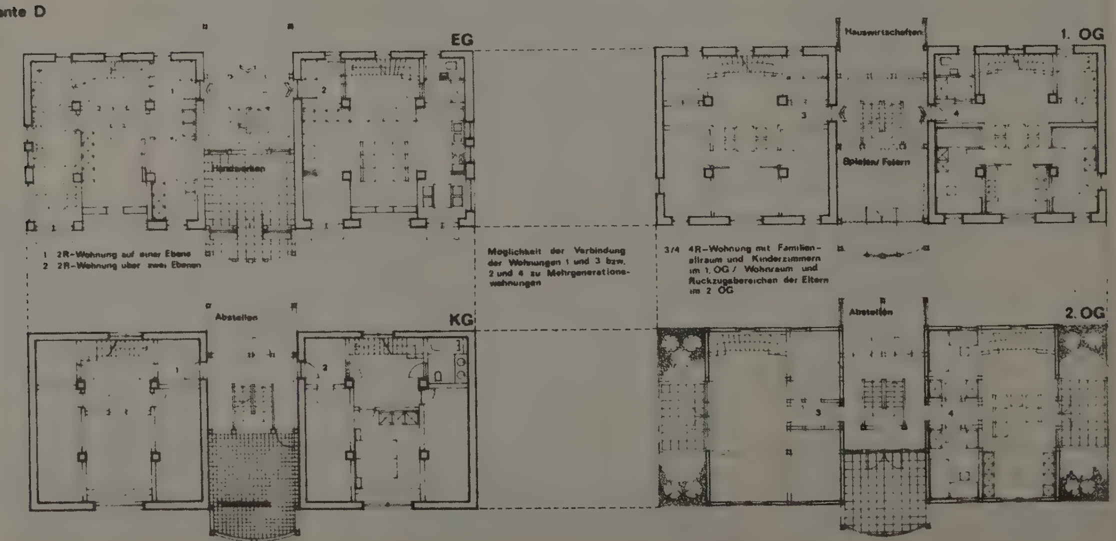
Variante B

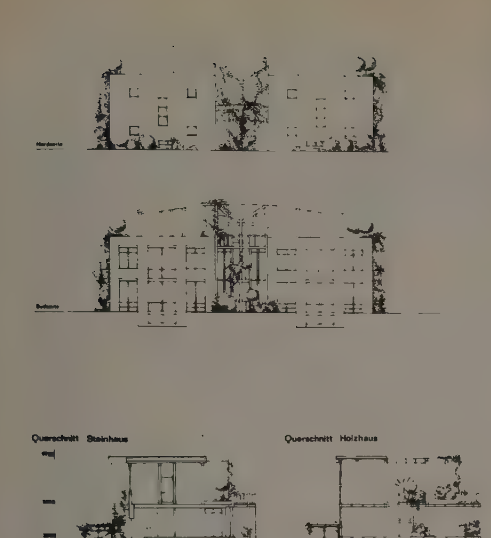


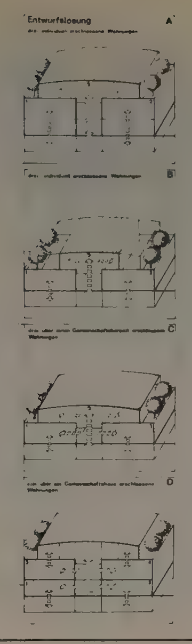
Entwurfslösung Variante A



Variante D







7

4 *Isometrie des Reihenhauses*

5 *Erdgeschoß mit den Wohngärten*

6 *Grundrißvarianten*

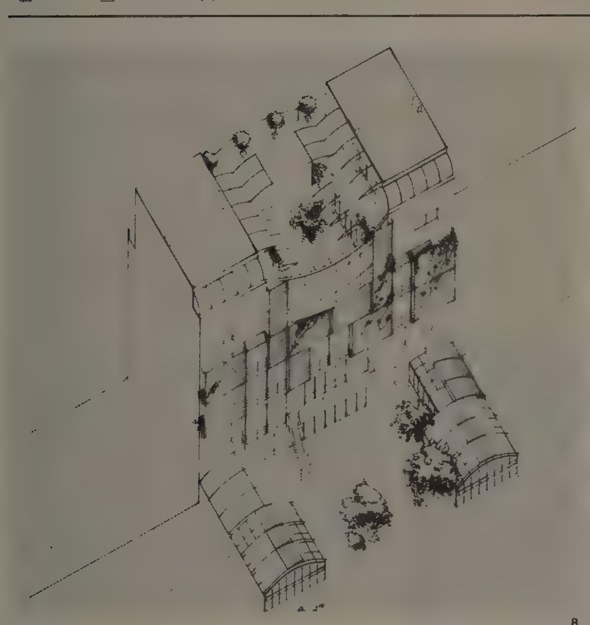
7 *Ansichten und Schnitte*

8 *Isometrie des Mehrfamilienhauses*

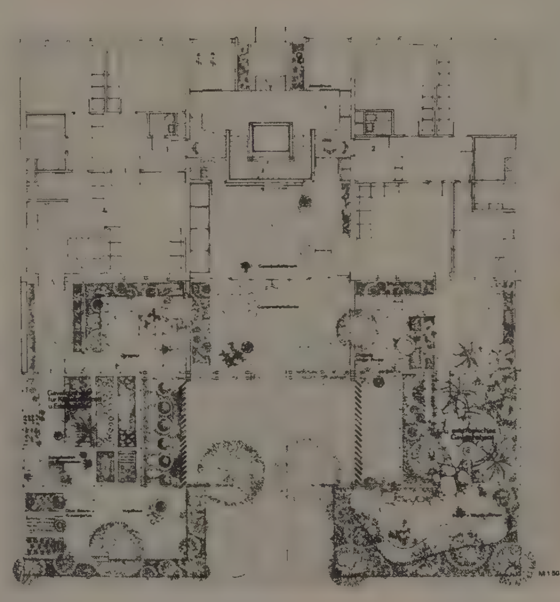
9 *Erdgeschoßgrundriß mit vorgelagerten Gewächshäusern*

10 *Geschoßgrundrisse*

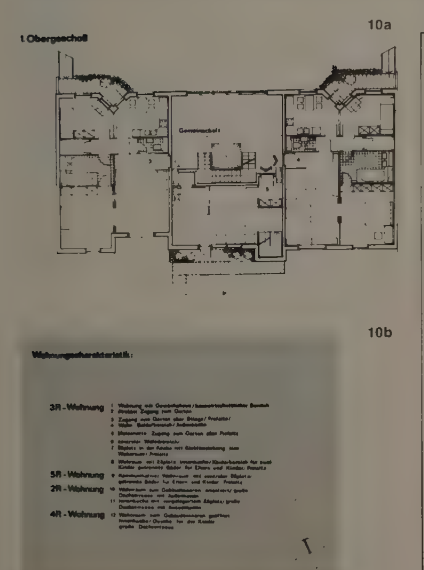
gliedert.
Das Erd- und 1. Obergeschoß mit Sonderwohnformen sind dem Garten zugeordnet und werden durch die vorgelagerten Gewächshäuser vom Lärm abgeschirmt. Die mittlere Zone erhält eine nach Süden vorgelagerte Pufferzone mit Wintergärten und Rankgerüsten, die der Schallabschirmung und Energieökonomie dient. Die Wohnungen der beiden Obergeschosse werden nach



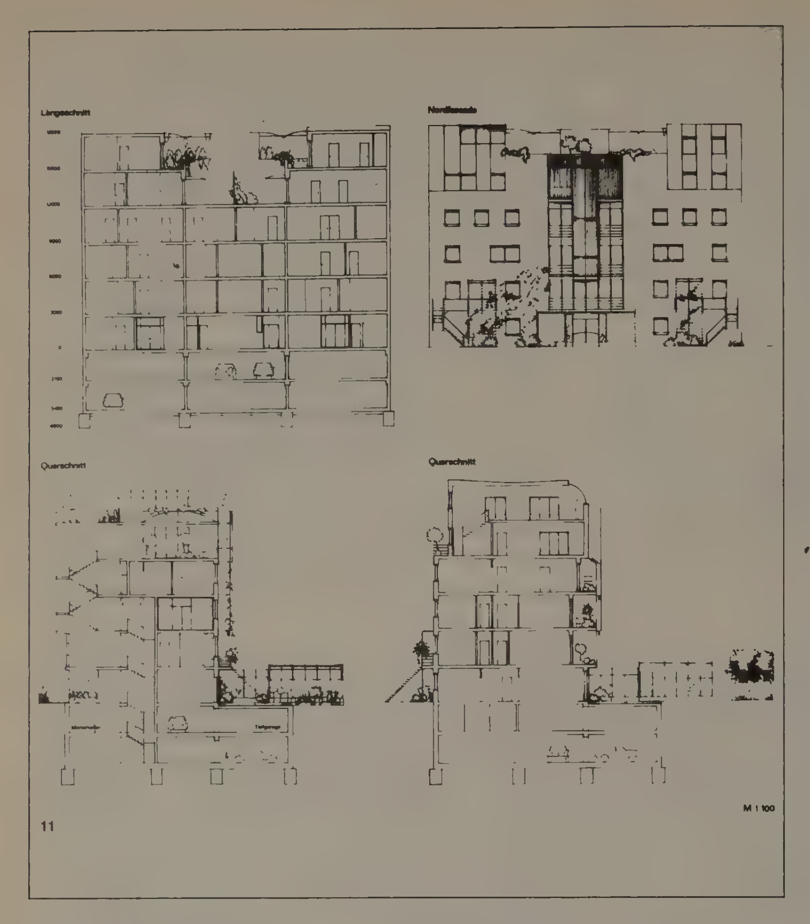
8



9







11 Schnitte und Nordfassade

12 Die Weissenhofsiedlung Stuttgart 1927 und ihre Architekten

Osten bzw. Westen nach innen zu einem mit einer großen Glasfläche abgeschirmten Atrium gedreht, so daß hier ein lärmgeschützter, besonnter und begrünter idealer Wohnbereich mit Blick über die gesamte Stadt entsteht.
Die Wohnungen gruppieren sich um begrünte Eingangs- und Gemeinschaftszonen und gewährleisten durch eine Spannweite von 8,40 m höchste Vielfalt und Variabilität, so daß durch die Einbeziehung der Nutzer ein großes Maß an individueller Wohnungsgestaltung erreicht werden kann. In dem Mehrfamilienhaus befinden sich 12 Wohnungen mit Wohnungsgrößen von 61,14 bis 126,54 m². Unter den Gebäuden ist eine Tiefgarage vorgesehen. Die Verfasser bieten ein einfaches und natürlich wirkendes Ökologiekonzept an, welches jede Form eines technischen Aufwandes vermeidet, da gerade Wohnbauten im Betrieb und laufendem Aufwand wirtschaftlich sein müssen. Das Grün wird zur Schaffung eines günstigen und behaglichen Mikroklimas genutzt, es wird ein bestimmendes Element in Städtebau und Architektur. Es reicht vom Landschaftsraum über die intensiv ausgestalteten Mietergärten und Gewächshäuser, wo durch Kompostierung für einen Stoffkreislauf gesorgt wird, bis zum Grün am und im Haus als wesentliches Element einer hohen Wohnqualität. Durch Wasserflächen und das Sammeln und Nutzen des Regenwassers werden natürliche Bedingungen gefördert. Auf der Südseite trägt die passive Solarenergienutzung zu einem energieökonomisch günstigen Konzept bei. Die Verwendung einheimischer und natürlicher Baumaterialien ergänzt das auch architektonisch leicht ablesbare Ökologiekonzept. Eine funktional abgeleitete Fasssadengestaltung spiegelt die inneren wie äußeren Vorgänge wider und ist somit geordnetes Abbild der Wohnweise und Reflexion der Einflüsse aus der Umgebung hinsichtlich Schall, Besonnung und Ausblick.
Dieses Konzept des Mehrfamilienhauses wurde für die weitere Projektierung und Bauausführung ausgewählt. Es ist vorgesehen, einige ausgewählte Wohnungen während der IGA der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
Die Verfasser aus Weimar empfinden es als Bedürfnis, bei dem Entwurf eines Experimentalhauses in Stuttgart an die dem Standort nahegelegene Werkbund-Ausstellung „Die Wohnung" – Stuttgart 1927, die Weissenhofsiedlung zu erinnern, wo der Direktor des Bauhauses Weimar, Walter Gropius, zwei Häuser gebaut hat, die dem Krieg zum Opfer fielen, und der letzte Bauhausdirektor, Mies van de Rohe, die städtebauliche Koordinierung übernommen hatte und dessen mehrgeschossiges flexibles Wohnhaus auch heute noch ein Musterbeispiel modernen Wohnens darstellt. (s. Abb. 12)
Die inzwischen an der Hochschule gebildete komplexe Entwurfsgruppe wird alle Kräfte einsetzen, um im architektonischen Konzert der 13 Projektierungskollektive weiter zu bestehen und ihre künstlerische und wissenschaftlich-technische Leistungsfähigkeit im Interesse des Ansehens der HAB Weimar bei dieser bedeutenden internationalen Ausstellung unter Beweis zu stellen.

12



Zum 5. Mal „Wohnhaus des Jahres“ in Ungarn

Kalman Timon, Budapest

1/2/3 Einzelhaus in Kecskemét. Hoffassade, Terrasse, Erdgeschoß

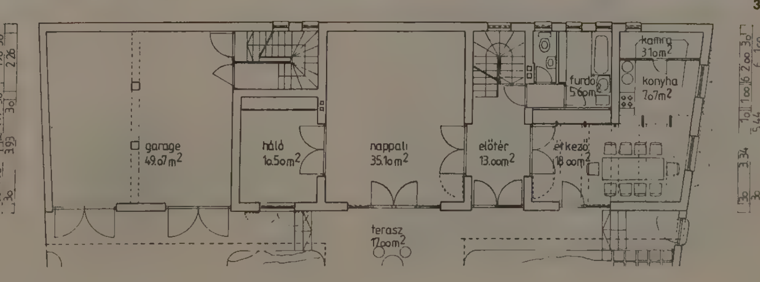
Auf dem 93 000 km² großen Territorium Ungarns leben 10,6 Mio Menschen. Die Besiedlungsdichte beträgt 114 Einwohner/km². In den Jahren von 1981 bis 1986 wurden jährlich durchschnittlich 70 000 Wohnungen gebaut. Trotz aller Anstrengungen sind jedoch auch hier die weltweit zu verzeichnenden Auswirkungen der wirtschaftlichen Rezession zu spüren. 1987 wurden im Land 57 200 und 1988 50 515 Wohnungen errichtet. Neunzig Prozent entstanden in privater Form, der verbleibende Rest entfiel auf den sozialen Wohnungsbau, der als zentrale staatliche Investition erfolgte. Die Zahl der jährlich fertiggestellten eingeschossigen Einfamilienhäuser beträgt etwa 30 000, und ständig wächst auch der Anteil moderner Mehrfamilienhäuser (Reihenhäuser, Atriumhäuser, Terrassenhäuser). Etwa die Hälfte wird aufgrund empfohlener Typenprojekte gebaut.

Um das technische Niveau des Wohnungsbaus weiter zu erhöhen, veranstaltete das Ministerium für Bauwesen und Städteentwicklung auf Initiative und Vorschlag des Ausschusses für das Wohnungsbauprogramm 1988 zum fünften Mal den Wettbewerb „Wohnhaus des Jahres“ für die Schöpfer der im Vorjahr fertiggestellten schönsten Ein- und Mehrfamilienhäuser.

In Anwesenheit der Pressevertreter und vor dem Rundfunk- und Fernsehpublikum übergab László Somogyi, Minister für Bauwesen und Städteentwicklung



2



3

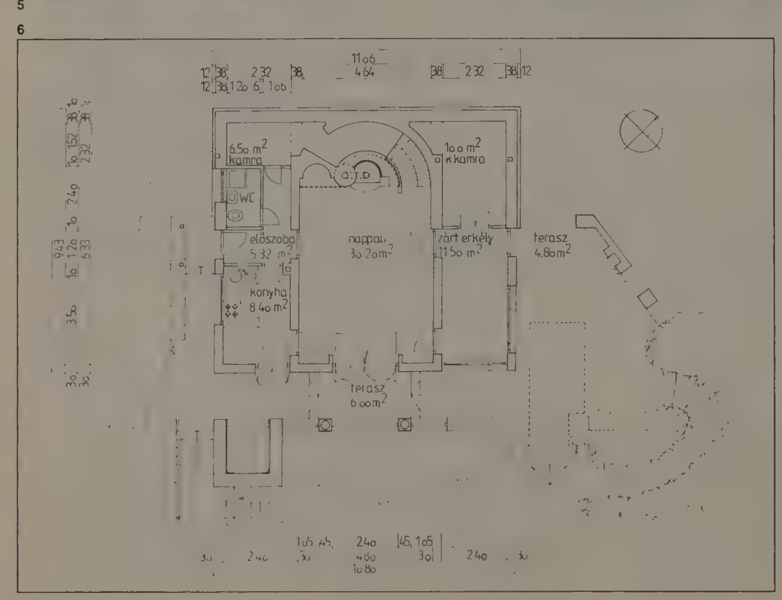


4



5

6



4/5/6 Einzelhaus in Balatonfüred. Hauptfassade, Wohnraum, Erdgeschoß

(am 1. Januar 1989 wurde infolge von Zusammenlegungen und Reorganisationen das Ministerium für Verkehr, Fernmeldewesen und Bauwesen gebildet), am 7. Juli 1988 die Preise (Plaketten, Urkunden, Geldprämien) des Wettbewerbes „Wohnhaus des Jahres 1987". Im Vergleich zum vorjährigen Verlauf ging der Wettbewerb dieses Mal mit größerem Erfolg zu Ende. Der Wettbewerb war – wie auch zuvor entsprechend der bereits gängigen Praxis – in zwei Stufen ausgeschrieben worden. Die Preisträger der Bezirke durften am zentralen Wettbewerb teilnehmen. Für den Wettbewerb nominierten 14 von 19 Bezirken und die Hauptstadt insgesamt 37 Häuser. Die Jury – unter ihren Mitgliedern Vertreter des Ungarischen Verbandes der Architekten, der Wissenschaftlichen Vereinigung des Bauwesens, der Ungarischen Gesellschaft für Urbanistik und der Patriotischen Volksfront – benannte ohne Festlegung einer Rangfolge drei Häuser für einen Preis und schlug vor, drei weitere Häuser mit einer Ehrenurkunde auszuzeichnen. Für den Wettbewerb konnten 1987 errichtete Einzel- bzw. Gruppen- und Mehrfamilienhäuser benannt werden, und Bauherr, Projektant und Ausführender konnten sich gemeinsam bewerben.

Bei der feierlichen Preisverleihung betonte der Minister: „... jetzt, wo die Ausarbeitung der neuen Wohnungskonzeption auf der Tagesordnung steht, wird immer deutlicher, welch große Rolle die Baulust der Bevölkerung in der Realisierung spielt. Die überwiegende Mehrheit der neuen Heime wird nämlich durch Privatinitiative geschaffen. Daher ist es außerordentlich wichtig, daß die privaten Bauherren schöne Beispiele vor Augen haben, die im harmonischen Zusammenwirken des Terzetts aus einem Bauherren mit gutem Geschmack, einem Projektanten mit hohen Fähigkeiten und einem Ausführenden mit sorgfältiger Hand entstehen."

Folgende Häuser wurden ausgezeichnet:

1. Einzelhaus (Einfamilienhaus)

Kecskemét, Losonczy utca 13
Projektant: Gábor Farkas
Das Gebäude steht in einem Teil der Stadt, für den der Bebauungsplan einen verstärkten Schutz der traditionellen Struktur – eine sich an der Seitengrenze orientierende sogenannte Fächerbebauung – vorschreibt. „Das neue Haus

wurde an der Stelle eines alten, abgerissenen errichtet, jedoch bewahren die Bebauungsform, die Proportionen des Gebäudes sowie seine Baumassen- und Fassadenausbildung mustergültig den architektonischen Charakter der traditionellen Umwelt, deren Gebrauchs- und ästhetische Werte", ist in der Bewertung durch die Jury zu lesen.

„Im Interesse der Beibehaltung des traditionellen Straßenrhythmus und der Fassadenproportionen wurde das Gebäude in einen schmalen, langgestreckten Trakt von 6 m Spannweite gefaßt. Trotzdem ist der Grundriß funktionell gut gegliedert und verfügt über großzügige Innenraumverknüpfungen."

Besonders die Straßenfassade des Gebäudes ist ausgereift, von feiner Architektur, sie widerspiegelt einen ausgezeichneten Geschmack und Sinn für Ästhetik, folgt den örtlichen Traditionen und orientiert sich gleichzeitig auch an der Formbildung neuester architektonischer Tendenzen, indem sie beides gut miteinander verschmilzt. Die sorgfältige Projektierung ist mit einer sorgfältigen Ausführung gepaart.

2. Einzelhaus (Einfamilienhaus)

Balatonfüred, Muskátli utca
Projektant: György Radványi
Hier entstand ein den architektonischen Traditionen der Balatonnordregion folgendes Gebäude mit einer Grundriß- und Detailgestaltung, die entsprechend den Bedürfnissen der heutigen Zeit angepaßt worden sind. Das Haus und seine Umgebung, die gärtnerische Gestaltung, sind vom Projektanten mit besonderer Kunstfertigkeit erarbeitet worden. Die maßvolle Verwendung von Materialien und Konstruktionen sowie die Ausgestaltung der Außen- und Innenräume und ihr Verhältnis zueinander können den Bauherren und Projektanten als nachahmenswertes Beispiel vorgestellt werden.

3. Reihenhausensemble (mit 6 Wohnungen)

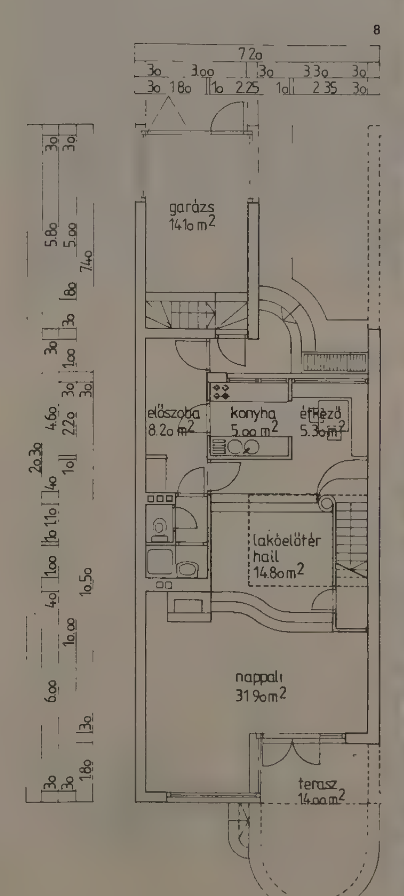
Kaposvár, Müvésztelep
Projektant: Ferenc Lörincz
Mit den im Inneren der Wohnungen angewandten verschiedenen Ebenen und unterschiedlichen Innenhöhen hat der Projektant die Gegebenheiten des hängigen Geländes gut ausgenutzt. Die Interieurs sind abwechslungsreich, die Raumverbindungen schön. Durch die weitgehend offene Gestaltung des Wohnraumes ergibt sich eine schöne Aussicht. Die stadtwärts gerichtete Fassade ist rhythmisch gut proportioniert.

Häuser, denen eine Anerkennung zuteil wurde



7

7/8/9/10 Reihenhaus mit 6 Wohnungen in Kaposvár. Straßenfassade, Ansicht vom Garten, Wohnraum, Erdgeschoß



8



9



10



11



12

11/12/13 Rekonstruktion eines Einzelhauses in Mohács. Hofansicht, Wohnzimmer und Erdgeschoß

13

4. Rekonstruktion eines Einzelhauses (Einfamilienhauses)

Mohács, Bajcsy Zs. utca 58
Projektant: József Pinczei
Das alte dörfliche Gebäude wurde in starkem Maße umgebaut, so daß darin eine Wohnung mit städtischem Komfort, die sich an einer anspruchsvollen Lebensweise orientiert, eingerichtet werden konnte. Damit entstand ein Beispiel für die Bewahrung der Tradition und der architektonischen Werte des heutigen ungarischen Dorfes und deren Nutzung für den alltäglichen Gebrauch.

5. Einzelhaus (Einfamilienhaus)

Szentendre, Szélkerék u. 3/a
Projektant: Árpád Vonnák
Der Vorzug dieses Gebäudes mit Dachraumausbau liegt in seiner vortrefflich einfachen Masse und seiner eigenwilligen Dachgestaltung. Der Grundriß ist übersichtlich und einfach. Die Verbindung zwischen Wohnraum, Speisezimmer und Terrasse ist auf schöne Art gelöst. Die stark überstreckte Dachform verleiht dem Haus ein charakteristisches Erscheinungsbild und taucht die Fassade effektvoll in den Schatten. Die im Projekt sorgfältig ausgearbeiteten Details wurden bei der Ausführung sehr genau realisiert. Das Haus zeichnet sich durch seinen „maßvollen" Stil aus.



14

14/15/16 Einzelhaus in Szentendre. Eingangsseite, Ansicht von der Terrasse, Erdgeschoß

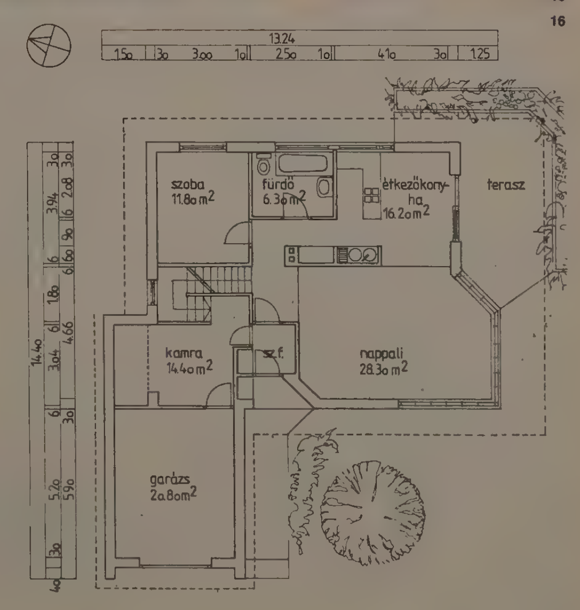


15

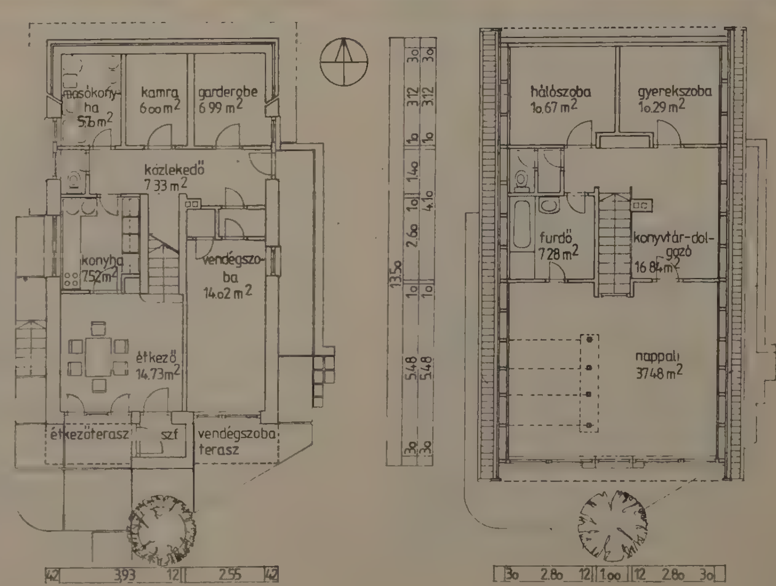
6. Einzelhaus (Einfamilienhaus)

Budapest, Síp utca 9/b
Bauherr, Projektant, Ausführender: György Ruisz
Das in den Budaer Bergen errichtete, bescheiden dimensionierte, aber schön proportionierte kleine Haus sticht vom wirren, überdimensionierten architektonischen Erscheinungsbild seiner unmittelbaren Umgebung ab. „Um das nach Süden abfallende Grundstück besser auszunutzen, wurde das Haus von der Straße zurückgesetzt; seine Anpassung an das Gelände erinnert in vieler Hinsicht an die volkstümlichen architektonischen Traditionen der ungarischen Bergregion", schreibt die Jury über das Haus.
Die Bewertung faßt die Vorzüge des Gebäudes sehr gut zusammen: „Die Ausnutzung der durchdacht angeordneten und schön gestalteten Räume ist außerordentlich ökonomisch. Im ganzen Haus sind Zweckmäßigkeit und eine von Prunksucht und überflüssiger Repräsentation freie Einstellung der Bewohner zu spüren. Es ist ein gutes Beispiel dafür, wie man mit verhältnismäßig bescheidenen Geldsummen, mit einfachen Mitteln, billigen Materialien und Konstruktionen ein gut bewohnbares, freundliches Heim und ein sich in die Natur einfügendes Haus auf hohem architektonischem Niveau schaffen kann."
Der Minister betonte bei der Preisverlei-

16



17/18 Einzelhaus in Budapest. Außenansicht, Erdgeschoß und erstes Obergeschoß



hung, daß die prämierten Gebäude nicht nur schön, sondern auch ökonomisch sind, so können sie den Bauherren auch in der immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage als Beispiel vor Augen geführt werden.

Die ausgezeichneten Arbeiten werden in breitem Umfange popularisiert, publiziert, auf Ausstellungen, in Editionen und auch im Film vorgestellt, damit die Bauherren zur Schaffung weiterer schöner Häuser stimuliert werden.

Der vom Ausschuß für das Wohnungsbauprogramm vorgeschlagene und initiierte Wettbewerb hat demnach die an ihn geknüpften Hoffnungen erfüllt.

FORUM

Vergessen wir unsere kleinen Städte nicht wieder!

Dr. sc. Christa Rosenkranz

Obwohl in den vergangenen Jahren mit Nachdruck auf die Notwendigkeit der Lösung der städtebaulichen Entwicklungsprobleme von kleinen Mittelstädten und Kleinstädten hingewiesen wurde, verschlechterten sich die Ausgangsbedingungen für die städtebauliche Umgestaltung der Mehrzahl dieser Städte. Jetzt aber dürfen diese Städte nicht mehr vergessen werden.
Die kleinen Städte umfassen insgesamt ein beträchtliches ökonomisches, insbesondere Industriepotential. Beispielsweise arbeiten im Bezirk Karl-Marx-Stadt in Kleinstädten ohne Kreisstadtfunktion ebensoviel Industriebeschäftigte wie in der Bezirksstadt. Ähnlich ist die Relation in anderen Bezirken mit Ballungs- und Industriegebieten. Das sind große ökonomische Potenzen, die nicht weiter vernachlässigt werden dürfen. Sie müssen vielmehr umfassend für den Umgestaltungs- und Erneuerungsprozeß in der DDR erschlossen werden.
Gleichzeitig haben viele kleine Mittelstädte und viele Kleinstädte – besonders in agrarisch strukturierten Gebieten – Zentrumsfunktionen zur materiellen, sozialen und kulturellen Versorgung und Betreuung für die eigene und die Umlandbevölkerung – insgesamt für etwa ein Drittel der DDR-Bevölkerung – auszuüben. Die Funktionsfähigkeit dieser Städte beeinflußt damit maßgeblich das Alltagsleben eines großen Teils der Menschen, aber in vielen kleinen Städten entspricht sie gegenwärtig nur teilweise den Bedürfnissen ihrer Bewohner.
Demgegenüber stehen zur Zeit im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion die großen Städte; Regierungskommission für die Stadtentwicklung von Leipzig, zentrale Unterstützung für die städtebauliche Entwicklung von Dresden, Erhöhung der Stellung und Funktion vor allem der Groß- und Mittelstädte im Staatsgefüge. Das ist zwar richtig und notwendig, erforderlich sind aber ausgewogene Maßnahmen für die Lösung der notwendigen städtebaulichen Probleme sowohl der großen als auch der kleinen Städte. Sicherlich fällt es stärker ins Auge, wenn das gesellschaftliche Arbeitsvermögen der Stadt Leipzig um 70 000 Personen zurückgehen wird, als eine Abnahme von etwa 1000 Berufstätigen in der Stadt Eisleben.
In ihrer Wirkung unterscheidet sich die Abnahme der Berufstätigen jedoch wenig! In beiden Fällen ist die Funktionsfähigkeit der Stadt künftig gefährdet. Und es gibt etliche „Eislebens" in der DDR.
Deshalb ist es richtig und dringendes Erfordernis, die auf der 12. Tagung der Volkskammer vorgeschlagene Bildung der Arbeitsgruppe „Gesellschaftskonzeption und Stadtentwicklung" schnell vorzunehmen, um auch erforderliche Maßnahmen zur Lösung der Problemsituation der kleinen Städte vorzubereiten.
Welche städtebaulichen Entwicklungsprobleme der Mittel- und Kleinstädte bedürfen dringend einer schrittweisen Lösung?
Die folgenden Problemkomplexe resultieren aus der vorgezogenen Generalbebauungsplanung im Jahr 1989 für ausgewählte Mittel- und Kleinstädte mit weniger als 35 000 Einwohnern.
In diesem Zusammenhang muß auf die große Differenziertheit der kleinen Städte hingewiesen werden. Das hat zur Folge, daß die zu lösenden städtebaulichen Probleme in jeder Stadt zum einen in unterschiedlicher Komplexität und zum anderen in modifizierter Form auftreten.
Dennoch können die folgenden Problemkomplexe verallgemeinert werden, da sie stets in mehreren Städten, häufig in allen auftraten:

1. Die Funktionsbeziehungen zwischen den kleinen Städten und ihrem Umland werden nicht ausreichend ausgeprägt und genutzt, um ökonomische, soziale und ökologische Möglichkeiten zum beiderseitigen Vorteil, d. h. für die Stadt- und für die Umlandbevölkerung, zu erschließen. Vorhandene Disparitäten zwischen Stadt und Umland werden fortgeschrieben.

2. Die Dialektik zwischen der Entwicklung der stadtbildenden Faktoren und der Städte wird der Stadtentwicklung nicht in dem erforderlichen Maß zugrunde gelegt. Die Mittel- und Kleinstädte sind vor allem „Resssourcenlieferanten" von Arbeitskräften, Fläche und Infrastruktur für die ansässigen Betriebe. Die Mitverantwortung der Betriebe für die Verbesserung der Stadtqualität wird demgegenüber unzureichend oder nicht wahrgenommen.

3. Die funktionelle und gestalterische Qualität insbesondere der Stadtzentren und innerstädtischen Altbaugebiete vieler Mittel- und Kleinstädte verschlechtert sich von Jahr zu Jahr progressiv. Die Einmaligkeit und Nachvollziehbarkeit des historischen Werdegangs ist in der baulichen Dokumentation bereits nicht nur in einer kleinen Stadt in Frage gestellt.
Die Flächennutzungsintensität der Innenstadtgebiete hat sich in der Folge unzureichender Reproduktionsmaßnahmen an den baulichen Grundfonds verringert: Zum einen werden Erscheinungen sozialer Segregation zwischen Innenstadtgebieten und randstädtischen Neubaugebieten deutlich. Zum anderen hat sich die Rationalität der Stadtstruktur in vielen kleinen Städten z. B. durch den Verlust der Monozentrizität und durch übermäßige Ausdehnung verringert.
Viele historische Stadtzentren sind durch eine Reduzierung der Funktionen gekennzeichnet und entsprechen in ihrem Funktionsangebot nach Umfang, Vielfalt und Qualität nicht mehr den gewachsenen und sich differenzierenden Bedürfnissen der Bewohner und Besucher.

4. Die Netze und Einrichtungen der gesellschaftlichen Versorgung weisen qualitative Unzulänglichkeiten auf und sind z. T. quantitativ unzureichend.

5. Innerhalb der kleinen Städte, aber auch zwischen anderen, insbesondere größeren Städten, bestehen gegenwärtig, aber nach jetzigen konzeptionellen Vorstellungen z. T. auch noch im Jahr 2000 ungerechtfertigte Unterschiede in den Wohnbedingungen.

6. Die Arbeitsstätten in Mittel- und Kleinstädten sind häufig durch einen überdurchschnittlichen Verschleißgrad der Grundmittel gekennzeichnet. Standortbedingungen und Infrastruktur bilden meist wenig Ansatzpunkte für die Einführung und Entwicklung von Hochtechnologien. Das Arbeitsplatzangebot ist häufig einseitig und begrenzt.

7. Fehlender Vorlauf auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung und -behandlung sowie der Wasserversorgung, vor allem in den Innenstadtgebieten von Mittel- und Kleinstädten, begrenzt die städtebauliche Erneuerung und Umgestaltung der Altstadtgebiete in den nächsten Jahren und begünstigt extensive Entwicklungsrichtungen.

8. Unzureichende Voraussetzungen für die Schaffung moderner Lösungen der Wärmeversorgung wirken sich gleichermaßen hemmend auf die Durchsetzung des innerstädtischen Bauens aus und behindern häufig die Verbesserung der stadthygienischen Bedingungen.

9. Mangelnde Verkehrsanbindung von Neubaugebieten an die Stadtzentren ist in einer Reihe kleiner Städte zu verzeichnen. Weiterhin stellt die Organisation des Durchgangsverkehrs und z. T. auch des ruhenden Verkehrs in vielen der kleinen Städte einen beachtlichen Problemkomplex dar.

10. Der Zustand der natürlichen Umwelt, die ökologischen und stadthygienischen Bedingungen haben in einer beachtlichen Zahl von kleinen Städten Grenzwerte der Belastung erreicht.

Was ist m. E. jetzt erforderlich, um die Probleme der Stadtentwicklung der kleinen Städte schrittweise – bei weitgehender Gewährleistung der sozial-kulturellen Identität und Erhöhung ihrer gesellschaftlichen Funktionen – zu einer Lösung zu führen?

1. Die bisherige Praxis der städtebaulichen Planung ging m. E. von einer relativ oberflächlichen Analyse der gesellschaftlichen Funktionen und ihrer Entwicklung im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einschließlich der Stadt-Umland-Beziehungen aus.
Es reicht m. E. beispielsweise nicht aus, zu konstatieren, daß die Stadt das ökonomische und geistig-kulturelle Zentrum des Kreises ist. Vielmehr ist es erforderlich, die differenzierten gesellschaftlichen Funktionen hinsichtlich ihrer Wirkung und ihrer Anforderungen an die Stadtentwicklung zu untersuchen und erforderliche Schlußfolgerungen für die künftige Entwicklung zu ziehen.
Das resultiert zumindest aus folgenden Gründen:
– Die Funktionen einer Stadt haben die Ausprägung bestimmter sozialer Strukturen zur Folge; soll die Funktionsfähigkeit gesichert werden, setzt das auch die Berücksichtigung nicht nur der gemeinsamen, sondern auch der spezifischen Interessen der unterschiedlichen sozialen Klassen, Schichten und Gruppen bei der Stadtentwicklung voraus.
– Der international zu verzeichnende Strukturwandel geht auch an den Städten der DDR – so auch an den kleinen Städten – nicht vorbei. Die Stadtqualität entscheidet jedoch maßgeblich über die Wohnortbindung von Arbeitskräften und damit zunehmend mehr über die Entwicklungsperspektiven der Arbeitsstätten in den kleinen Städten.
– Internationale Erfahrungen belegen, daß es erforderlich ist, alle für die Stadterneuerung wesentlichen Maßnahmen, so insbesondere im baulichen und im Infrastrukturbereich, aber **auch in der Wirtschaft** zu bündeln, um effizient die Herausforderungen der Umgestaltung und Erneuerung der Städte zu bewältigen.

2. Kommunalpolitische Zielstellungen für die städtebauliche Entwicklung können nicht mehr vornehmlich nur durch den örtlichen Rat und seine Volksvertretung erarbeitet werden. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem örtlichen Rat, den Betrieben und den Bürgern ist sowohl im Erarbeitungsprozeß als auch bei der Festlegung von Prioritäten sowie Rang- und Reihenfolgen zu realisierender Maßnahmen notwendig und gleichermaßen bei der Realisierung dieser Maßnahmen.

3. Der sich zuspitzende Widerspruch zwischen Umfang und Struktur der Bauaufgaben und dem Bauaufkommen ist auch in kleinen Städten in der Regel nicht allein durch Einsatz der örtlichen Baukapazitäten im eigenen Territorium zu lösen. Ohne ausreichende staatliche Förderung wird die Funktionsfähigkeit einer beachtlichen Anzahl auch dieser Städte nicht erreicht werden können. Aber auch viele dieser Städte sind sowohl bemerkenswerte Zeugen deutscher Kultur und Geschichte als auch wichtige Standorte der Industrie. Deshalb wird es m. E. auch notwendig, ein Städtebauförderungsgesetz zu erarbeiten und für die Stadtentwicklung der kleinen Städte gleichermaßen wirksam zu machen.

Prinzipielle Überlegungen zur Einheit von Neubau, Erhaltung und Modernisierung

Dr. Kurt Wilde, TU Dresden

Bereits seit langem gilt es, den Grundsatz der Einheit von Erhaltung, Rekonstruktion (Modernisierung) und Neubau durchzusetzen. Dokumente, worin dies erklärt wird, sind allerdings keine fachspezifischen Auslassungen und ersetzen nicht das Nachdenken der Fachleute und Fachorgane zu den in ihnen enthaltenen theoretischen Fragen. Das Prinzip der Einheit von Erhaltung, Rekonstruktion (Modernisierung) und Neubau – man kann die Reihenfolge auch anders vornehmen – ist so allgemein formuliert richtig. Für die konkrete Praxis enthält die Formulierung jedoch einen klaren Mangel. Es wird noch nichts über Qualität und Quantität, speziell auch über die Proportionen der Faktoren dieser Einheit ausgesagt, was Platz für subjektivistische Interpretationen läßt. In der praktischen Baupolitik in jedem Territorium und generell muß aber über diese Proportionen entschieden werden und wird auch entschieden – so oder so.

Da bekannt ist, daß die Verhältnisse bzw. die historisch entstandenen Begebenheiten diesbezüglich in jedem Territorium – Stadt, Gemeinde, Kreis, Bezirk – sehr unterschiedlich sind, bekommt man oft die Meinung zu hören, daß diese Einheit flexibel gesehen werden muß und es nicht sinnvoll sei, diesen Punkt der „Einheit" konkreter zu fassen. Das ist sicher nicht falsch, hat aber auch zur Folge, daß wir dann in diesem Punkt auf große Interpretationsdifferenzen stoßen und es in praxi doch große Meinungsunterschiede und Haltungen dazu gibt. Jeder zitiert zwar gern diese Formulierung, die quasi mit der Autorität eines Beschlusses versehen ist, jedoch verbergen sich hinter diesem scheinbaren Übereinstimmen doch oft ziemlich weit voneinander abweichende Standpunkte, nicht nur bedingt durch die örtlichen Unterschiede, sondern auch prinzipiell.

Ich sehe es so: Es gibt nach wie vor die Richtung derjenigen, die prinzipiell auf den industriellen Neubau als grundlegender Form der Reproduktion unseres Bau- und Gebäudefonds setzen und die Erhaltung und Modernisierung nur als eine Art den Neubau ergänzenden Form unseres Bauens sehen. Umgekehrt sehen nicht wenige in der obigen Formulierung eine Bestätigung dafür, daß der Erhaltung und der Modernisierung nunmehr seit einiger Zeit ein prinzipiell anderes Gewicht beigemessen wird und der Neubau höchstens dort eine Rolle spielt, wo die Linie der extensiven Erweiterung noch begrenzte Gültigkeit behält und aus besonderen Gründen da und dort noch solche Forderungen stellt. Den letzten Standpunkt vertrete ich. Allgemein ist bekannt, daß sich innerhalb unserer langfristigen Pläne die Proportionen innerhalb des Bauwesens und speziell des Wohnungsbaus in Richtung auf Rekonstruktion, Modernisierung und Erhaltung verschieben. Die Frage ist jedoch, in welchem Tempo das geschieht und worauf diese Proportionsverschiebung im Endeffekt – über lange Zeiträume betrachtet – hinausläuft, wie sich das endgültig einpegelt.

Zweifellos können die Vertreter der beiden skizzierten Tendenzen mit Argumenten aufwarten. Diejenigen, die nach wie vor voll auf den Neubau, d. h. Ersatz, setzen, argumentieren mit der beim Neubau möglichen breiten Anwendung industrieller Baumethoden und deren „ökonomische Überlegenheit" gegenüber den im höheren Maße lebendigen Arbeit erforderlich machenden Aufgaben der Erhaltung und Modernisierung und den Grenzen des Einsatzes industrieller Verfahren bei der Lösung dieser Aufgabe. Die Verteidiger der Erhaltung argumentieren oft mit den baugeschichtlichen Werten der alten Substanz, aber auch mit dem ja durchaus ökonomischen Argument, daß das, was schon steht und von früheren Generationen erbaut wurde, ja nicht erst neu (!) gebaut werden muß – insofern für die „Nachnutzenden" ja fast gratis sei – und mit dem Verweis auf die durchaus nicht gering zu veranschlagenden Abrißkosten. Im Sinne der Ökonomie unserer Bauproduktion, die ja eben das Produzierte abrechnet und auch die Arbeitsproduktivität danach bemißt, bringt das Bestehende allerdings nichts, keinen sog. Neuwert.

In der Behauptung der „Gratisleistung", das sei gleich hier vermerkt, liegt allerdings ein Trugschluß naiver Betrachtung, denn sowohl die Erhaltung als auch die Modernisierung sind nicht umsonst. Jedem Hausbesitzer früherer Generationen war, und natürlich auch heutigen Ökonomen, ist bekannt, daß die Erhaltung eines Hauses Kosten verursacht. Die Frage ist also nicht „gratis" gegen wie auch immer mehr oder weniger hohe Neubaukosten und -aufwände, sondern der Vergleich dieser Kostenarten über entsprechende Zeiträume. Hier möchte ich mich zunächst gegen ein in der Sache für sich zwar durchaus richtiges, für strategisches Denken aber schädliches oder mißverständliches Generalargument wenden. Das ist die einfache Feststellung und Behauptung, daß dann, wenn die Rekonstruktion und Modernisierung teurer wird als ein Neubau – ich gehe davon aus, daß das in der Komplexität aller Faktoren nachgewiesen wurde – man dann auch nicht vor einem Abriß und Neubau zurückschrecken soll. Auf diese Weise ergibt sich dann für manchen eine „Linie" in Gestalt einer Kette pragmatischer Handlungsentscheidungen von Abriß zu Abriß.

Dazu ist folgendes zu vermerken:

Erstens muß man dabei selbstverständlich die Gleichheit des materiellen und ideellen Gebrauchswertes des abzureißenden und des dieses ersetzenden Gebäudes zu Grunde legen. Ein auch ideell wertvolles Wohngebäude, z. B. mit beträchtlichen handwerklichen Werten, läßt sich **nur in einigen** Funktionen und Faktoren mit einem modernen, industriell erzeugten Massenprodukt vergleichen, sofern dies der „Ersatzneubau" ist. (Aber auch die Umkehrung dieses Satzes ist richtig.)

Zweitens aber – und das ist der Punkt, auf den es mir ankommt – handelt es sich bei einem solchen Vergleich um einen Kostenvergleich, der sich nur auf statisch gesehene Zustände bezieht. Ein Wohnhaus, an dem z. B. jahrelang nichts oder nur wenig oder fachlich Unzulängliches getan wurde, erreicht in erstaunlich kurzer Zeit den Zustand, wo der „Zustandsbewerter" dann nur noch die lakonische Feststellung treffen kann: „Die Rekonstruktion bzw. Modernisierung wird unter heutigen technologischen Bedingungen teurer als Abriß und Neuaufbau!" Der Beweis zum „erforderlichen Neubau" ist dann ein „Beweis" durch Augenscheinlichkeit.

Das notwendige Verhältnis von Erhaltung (und evtl. Moderniserung) und Neubau wird wesentlich durch die von vielen unterbewerteten Fakten eines bald einsetzenden progressiven Verschleißes und der Zerstörung der Gebäudesubstanz (und damit Entwertung des Gebrauchswertes) geprägt, sofern die für deren lange Erhaltung erforderlichen laufenden Leistungen nicht oder unzureichend erbracht werden. Was dieser Satz bedeutet, war offensichtlich vielen Verantwortlichen über weite Strecken im Bewußtsein nicht bis in die letzte Konsequenz klar und dürfte auch heute vielen Menschen noch nicht genügend tief bewußt sein. [1] Erreicht dieser progressive Verfallsprozeß innerhalb der bestehenden Bausubstanz beachtliche Größenordnungen, dann ist theoretisch ein Zustand denkbar, bei dem – wegen der Größenordnung des Bestandes – trotz Steigerung der Arbeitsproduktivität und vieler Bemühungen beim Neubau sich in der Tendenz kein Fortschritt und u. U. sogar ein Verlust im Gesamtumfang der Bau- bzw. Gebäudesubstanz abzeichnet, weil der Zuwachs, selbst ein stark wachsender Zuwachs, den Verlust, der durch unzureichende Erhaltungsmaßnahmen entsteht, nicht mehr kompensieren kann. Dieser theoretische Fall ist heute vielerorts bereits Wirklichkeit. Es steigt dann, auch wenn man das nicht will, gesetzmäßig die Masse solcher Bauten, für die sich – nach obigem Satz – „die Rekonstruktion nicht lohnt", weil Abriß und Neubau dann in der Tat zum Entscheidungszeitpunkt billiger sind als die Erhaltung bestehender Gebäude. Es ist aber auch ein Zustand denkbar, bei dem bei wachsendem Neubau und selbst starker Erhöhung der Arbeitsproduktivität beim Neubau diese Neubauleistung wesentlich nur dazu dienen kann, solche allein und speziell durch unzureichende Erhaltungsmaßnahmen entstehenden Substanzverluste auszugleichen! Es gibt offenbar zwischen Erhaltung und Neubau zwingende dynamische Zusammenhänge, die man nicht ungestraft verletzen kann. Es bietet sich hier für die Beziehung von Erhaltung und Erweiterung bzw. Abriß und Neubau folgendes einfaches Bild an: Die Erhaltung gleicht der Arbeit an einem Behälter, der annähernd dicht ist, wenn alles Notwendige für die Erhaltung getan wird. Ist das nicht der Fall, dann gleicht dieses Behältnis einem Sack, der ein großes und sich vergrößerndes Loch hat. Die größten Anstrengungen, ihn zu füllen, werden zunichte gemacht oder eingeschränkt, weil ebensoviel oder gar mehr, wie durch angestrengte Arbeit im Neubau eingeführt wird, sozusagen, durch das „Loch" unzureichender Erhaltung aus der Gesamtsubstanz wieder entweicht.

Ich betone hier ganz bewußt erst einmal den Aspekt der Erhaltung und damit Langlebigkeit der Bausubstanz, weil er für mich ein kardinaler Punkt in unserer langfristigen Strategie ist. Liest man heute manche alte, inzwischen überholte Pamphlete der Architekturmoderne einschließlich der mancher Produkte technologischer Phantasien der 60er Jahre, dann scheint es nicht selten so, als würde es der modernen Wissenschaft und Technik geradezu ein leichtes sein, die Sub-

stanz ganzer Großstädte durch die Produkte einer neuen Zeit radikal zu ersetzen, man denke nur an Le Corbusiers Plan zum Umbau von Paris (Plan „Voisin" 1925) oder später seine „strahlende Stadt", von den späteren Ideen der Metabolisten ganz zu schweigen! Dies und manches andere in einer undialektischen Betrachtung des Fortschritts hatten zu einer geistigen Entwertung der Langlebigkeit als Notwendigkeit beim Bauen geführt, eine Entwertung, die ein ideelles „Erbe" ist, das wir m. E. heute noch viel kritischer betrachten müssen!

Ich möchte allerdings meine Überlegungen dazu **bewußt nicht unter dem Aspekt der Denkmalpflege** und der ideellen Erbeaneignung stellen. Diese stellen ein gesondertes Thema dar, da sie nur einen ausgewiesenen Kreis von Bauwerken zum Gegenstand haben. Beim Denkmal kann der ideelle Wert so groß sein, daß er unter Umständen materielle Kosten zur Erhaltung rechtfertigt, die über übliche Erhaltungskosten wesentlich hinausgehen. Die Frage der Erhaltung ist also hier keine von den Aufgaben der Denkmalpflege her gestellte, sondern es geht durchaus um Ökonomie, d. h. eine Einsparung von Zeit in deren Rahmen unter dem Aspekt der Intensivierung.

Bei der Betrachtung dieser Frage gibt es m. E. natürlich keine pauschale, für alle Bauaufgaben und Baukategorien und Situationen gleich gültige Antwort. Das ergibt sich daraus, daß das Bauwesen ein Industriezweig ist, der mit vielen anderen Bereichen und Zweigen verknüpft ist, deren „Ökonomie" insofern mit ins Kalkül zu ziehen ist, weil deren ökonomischer Effekt u. U. mehr ins Gewicht fällt als der des Bauwesens, wie wir das z. B. gegenwärtig bei Baumaßnahmen für die Mikroelektronik und andere Schlüsseltechnologien sehen. Dies gilt also für Bauwerke mit sehr speziellen technischen Anforderungen.

Begrenzen wir unsere Überlegungen allerdings auf die Masse der Substanz, auf das Wohnen und auf nicht wenige Kategorien von Kulturbauten, die einen großen Teil des Gesamtvolumens ausmachen, so handelt es sich bei uns durchaus nicht um Gebäude, die sich vielleicht wegen eines Gewinns, den sie bringen, in kurzer Zeit amortisieren und dann, wie bei den oben genannten, „wegen Unbrauchbarkeit" Neuem weichen müssen, wenn neue „Revolutionen" in der Technikentwicklung eintreten. Selbst für den Industriebau handelt es sich dabei um Sonderfälle. Neue Nutzungsformen bei Veränderungen von Technologien in „alten Umhausungen" sind eher die Regel. Den Ausnahmen absoluter funktioneller Erneuerung stehen jene genannten „Funktionen" gegenüber, die, in dieser oder jener Form, als Bautenkategorien oft in der gesamten Baugeschichte und Gegenwart existieren und zum Bestand unserer Städte und deren Bild im gesellschaftlichen Bewußtsein gehören. Obwohl sich heute auch Familien- und Wohnformen in vieler Beziehung geändert haben, so stellen ihre Umhausungen von der Funktion her doch keine „Wegwerfsubstanz" dar. Das betrifft ihr Wesen.

Vom Standpunkt unserer Gesamtökonomie geht es hierbei gerade um Bauten und Funktionen, die auf Grund unserer gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse **nicht**, wie im Kapitalismus, **„gewinnbringend"** sind durch den finanziellen Aufwand (Bau und Erhalt) weit übersteigende Mieten und solche Erscheinungen wie Mietwucher u. ä.! Aber selbstverständlich kosten Wohnungen – im Bau und Erhalt – auch bei uns das ihrige, werden sie zudem keineswegs durch die Mieteinnahmen gedeckt. Damit diese soziale Leistung als Faktor der sozialen Sicherheit im Sozialismus so sein kann, wie sie ist, müssen für diesen Teil der baulichen Grunderneuerung letztlich **andere Zweige durch ihren Gewinn** aufkommen. Schon aus dieser Situation heraus gebietet sich m. E. eine Haltung und Strategie, die mit dem Vorhandenen äußerst pfleglich umgeht – sozusagen als moralische Seite des Ganzen – aber auch in einer dazu erforderlichen Proportionierung der Mittel und Kräfte und auch notwendigen Struktur der technologischen Fonds. Diesem Erfordernis kann man m. E. auch nicht durch eine Fort- und Festschreibung bzw. bloße Modifizierung der ursprünglich für eine längere Periode der Erweiterung vorgesehener Technologie und dazu gehörige materielle Basis ausweichen.

Diese Überlegungen gelten für die Erhaltung älterer wie neuerer, schon z. T. durch Methoden der Industrialisierung geschaffene Substanz, auch für solche, die wir in Zukunft noch neu schaffen. Prinzipiell besagt der Gesichtspunkt der Erhaltung dabei, daß wir vor allem genügend Kraft für die Erhaltung der die Substanz konstituierenden, ihren Dauerbestand sichernden Bestandteile der Bauwerkskonstruktion legen müssen. Ein Gebäude ist in seiner Konstruktion immer so aufgebaut, daß alle zerstörerischen Umwelteinflüsse möglichst nicht in dessen innere Konstruktion und Substanz eindringen und das erforderliche und gewünschte innere Mikroklima und ihr Gebrauchswert insgesamt gesichert werden. In diesem Sinne ist Bauen immer ein ständiger Kampf gegen diese zerstörerischen Umwelteinflüsse gewesen und Archäologen, die die Spuren alter Kulturen oft in Schichten unter der heutigen Erdoberfläche entdecken, bestätigen uns mit ihren Funden nur, wie oft derartige Kulturen, unbeschadet der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse, diesen Naturkräften schließlich unterlagen. Die zuweilen angegebene Grenze der Lebensdauer von Bauten „von 100 Jahren" ist eine normative Grenze, keine absolut zwingende!

Diesem „ständigen Kampf" dienen letzlich auch heute sowohl die Maßnahmen der Erhaltung **und** die des Neubaus. In unseren alten Städten finden wir noch Bauten, deren Alter sich nicht nach Jahrzehnten, sondern nach Jahrhunderten bemißt. Der im 3. Jahrhundert v. d. Z. gebaute Pons Mulvius in Rom hat noch im 2. Weltkrieg zum Transport des faschistischen Nachschubs gedient. All dies besagt, daß es **keine rein durch Naturgesetze** (!) bedingte absolut feste Grenze für das Alter eines Bauwerks gibt. Es ist zwar richtig, daß „alles, was besteht, auch wert ist, daß es zu Grunde geht", aber das Alter eines Bauwerks hängt immer auch davon ab, was seine Nutzer gegen diese Zerstörungskräfte tun und investieren. Das wird in vielen Fällen – über die Länge der Nutzungszeit gemessen – sogar weit mehr sein als der Aufwand für seine Erstellung, aber das wiederum kann durchaus billiger sein, als die Addition der Kosten: Billiger Neubau, geringe Leistungen für die Erhaltung (demzufolge rascher Verschleiß), Abriß und neuer Neubau innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne und Wiederholung des gleichen Spiels.

Zur Gewährleistung einer langen Lebenszeit ist entscheidend, die für die Erhaltung der Substanz neuralgischen Punkte zu sichern, insbesondere gegen die zerstörende Rolle der Feuchtigkeit über das Dach, vom Erdreich bzw. Baugrund und über die Wand und deren Öffnungen. Natürlich gibt es tausend andere Schadensarten. Aber die Rolle der Feuchtigkeit, besonders im Rahmen des jahreszeitlichen Temperaturwechsels, zerstört nicht nur Gebäude, sondern in langen, erdgeschichtlichen Zeiträumen ganze Gebirgsformationen. Die Unterlassungen an unserer alten Substanz, in Krisen, Krieg und Nachkrieg sind gravierend – und die werden m. E. in vielen Fällen **noch gravierender,** wenn die Strategie des „Bauens" **nicht noch** (!) **eindeutiger und schneller auf dieses Problem orientiert!**

Bei der Diskussion dieser Frage wird **gegen eine noch stärkere Erhaltungsstrategie** oft das Argument des hohen Anteils an lebendiger Arbeit für diese Aufgabe gebracht. – lebendige Arbeit, die uns gerade in fast allen volkswirtschaftlichen Zweigen zu fehlen scheint. Selbst wenn man bei der Erhaltung im Sinne industrieller Prinzipien mit „technologischen Linien" arbeitet, wie wir das ja schon praktizieren, wenn man vom Arbeitsvorgang Gleichartiges zusammenfaßt und so einen Rationalisierungseffekt durch die Wiederholung und den Einsatz mechanisierter Verfahren erreicht, ist dieses Argument nicht einfach vom Tisch zu wischen. Das liegt bekanntlich daran, daß die Erfordernisse der Erhaltung im breiten Maße, besonders bei der älteren Substanz, mit den Zufallsfaktoren im Verschleiß rechnen müssen, die in deren geschichtlicher Entstehung und Nutzung, deren Ausgangsqualität, sowie früheren Erhaltungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen bzw. Versäumnissen begründet sind. Nicht umsonst liegt für viele in dieser teilweise ja sichtbaren Zufälligkeit auch ein besonderer ästhetischer Reiz und Wert. Für den auf Rationalität des technologischen Verfahrens Bedachten aber liegt in dieser Zufallbestimmtheit und den oft noch während der Erhaltung und Modernisierung auftretenden „Überraschungen" ein Ärgernis, weil diese oft (selbst bei vorausgegangener Substanzanalyse) „Pläne", Termine und geplante Kosten und Preise umwerfen können. Alte Bausubstanz läßt sich nun mal nicht auf das Gleichmaß industriell hergestellter Produkte bringen. Außerdem unterliegt das Auftreten von Schäden besonders im Anfangsstadium einer bestimmten Gesetzmäßigkeit, die den Aufwand an lebendiger Arbeit erhöht. Das hängt damit zusammen, daß kleinere Schäden bei einigermaßen solider Bauproduktion nicht gleich in ganzer Masse und Breite auftreten, sondern vereinzelt und zufallsgestreut und zu Beginn ganz unmerklich an nicht gleich erkennbaren Schwachstellen der Konstruktion und Herstellung, des Materials usw., die nicht gleich Groß-, sondern rasche, möglichst sogar vorbeugende, oft sehr zerstreute Kleinreparaturen erforderlich machen. Durch diese ist es möglich z. B. eine Generalinstandsetzung (z. B. des Daches) möglichst weit hinauszuschieben, solange bis auf Grund der „gesetzmäßigen" Lebensdauer des Bauteiles, z. B. des Dachziegels, die Neudeckung insgesamt und endgültig fällig wird. Auch hier gibt es den Punkt, wo „Flikken" auf die Dauer dann tatsächlich teurer wird als „Ersetzen". Bevor (!) er aber eintritt, sind viele Einzelreparaturen, sowie Aufwand für die Kontrolle der gefährdeten Teile erforderlich, was uns der Computer und Roboter noch nicht abnimmt.

Wichtig erscheint hier aber auch, daß „Instandhalten", genauer Instandsetzen, auf eine lange Zeitdauer gesehen, durchaus auch bedeuten kann, einen Bau zu ersetzen, obwohl er scheinbar der alte bleibt. Ich habe nicht die Steine gezählt, die am Dresdner Zwinger noch alt sind. Das fortlaufende Ersetzen von verschlissenen Teilen bis quasi das ganze Produkt (oder fast das ganze Produkt) ersetzt, also „erneuert (!)" ist, ist durchaus eine Methode, die Marx im zweiten Band des Kapitals als legitime Methode der Reproduktion in bestimmten Industriezweigen er-

kannt und anerkannt hat. [2] Es ergibt sich dann aber die auch theoretisch interessante Frage, ob hier nur „erhalten“ wurde, oder **doch** (!) „Neuwert“ im ökonomischen Sinne geschaffen wurde, obwohl der Schein dem widerspricht. Es handelt sich nur darum, ob das „Ersetzen“ mit einem Schlag, was wir „Neubau“ nennen, oder kontinuierlich in Teilen über u. U. sehr lange Zeiträume (und vielleicht auch nicht **jedes** Bauteil erfassend) erfolgt.

Beim ökonomischen Vergleich beider Methoden ist nicht nur zu beachten, wie hoch der Anteil an erforderlicher lebendiger Arbeit ist, sondern wie hoch letztlich der **ökonomische Gesamtaufwand** ist, also auch der in der vergegenständlichten Arbeit liegende. Geschichtlich und allgemein gesehen, haben wir die Tendenz einer Erhöhung des Anteils an vergegenständlichter gegenüber der lebendigen Arbeit an der Herstellung eines Produkts und über diese: die Tendenz zur Ökonomisierung der Gesamtarbeit. Das aber schließt immer den effektiven Einsatz der vergegenständlichten Arbeit (Maschinen, Gebäude, Automaten, Computer u. a.) ein. Wie das im konkreten Fall im einzelnen zu geschehen hat, läßt sich aus dieser allgemeinen Aussage aber nicht ableiten.

Betrachten wir hier das Bauwesen:
Je mehr wir im Bauwesen, besonders bei den innerstädtischen Aufgaben, dazu kommen, standortkonkret, unter Berücksichtigung der konkreten Lage- und Umgebungsbedingungen, eingepaßt in vielfältige funktionelle Verflechtungen zu bauen, um so „aufwendiger“ wird die „Anpassung“ der für extensives Bauen entwickelten industriemäßigen Methoden. Dieser grundsätzlich sich verändernten Situation, ihrer Logik und Konsequenz kann niemand ausweichen. Ein ökonomischer Vergleich von Erhalten und Modernisierung einerseits und Abriß und Neubau andererseits kann **nur auf diese** Situation bezogen werden, nicht auf solche, wo, wie beim extensiven Bauen in großen Komplexen auf der grünen Wiese, prinzipiell andere Bedingungen herrschen.

Solches Bauen in innerstädtischen Situationen schafft sowohl für die Erhaltung als auch für den Neubau andere und zwar grundsätzlich andere Bedingungen. Dazu kann man sich vom Standpunkt unserer Städtebaupolitik nur bekennen oder nicht bekennen, und wenn man sich dazu bekannt hat, dann muß man sich auch zu den ökonomischen und materiell-technischen Konsequenzen dafür bekennen. Daß innerhalb dieser Bedingungen dann wieder Ökonomie gefragt ist, ist eine andere Frage und steht außer Zweifel. Ein solcher Vergleich zwischen Erhaltung (evtl. Modernisierung) und Neubau unter innerstädtischen Bedingungen muß beim Neubau notwendig auch die Kosten für den Abriß, die Deponierung des Abrißmaterials und Maßnahmen zur Schaffung der Baufreiheit für den innerstädtischen Neubau einbeziehen. Erst dann ist ein reeller Vergleich im Rahmen der Reproduktion baulicher Substanz gegeben. Und gebaut wird hier auf **ursprünglichem Baugelände** mit allen Problemen, z. B. für die Fundamentierung auf solchem Gelände – genauso wie auf der anderen Seite bei der „Rekonstruktion“ alle Substanzsanierungsaufwände ins Gewicht fallen, sowie bei der Modernisierung die Kosten aller Baumaßnahmen für alle im alten Bau ja ursprünglich oft nicht vorhandenen Medien, die vom heutigen Bewohner als Standard aber erwartet werden.

Im konkreten Einzelfall muß natürlich – das ist völlig unbestritten – der exakte Kostenvergleich entscheiden, was sinnvoller und ökonomischer ist. Dies wurde schon gesagt. Vom Standpunkt **der Strategie** und langfristigen Planung aber liegt wohl die größte Reserve in der absoluten, d. h. vor allem rechtzeitigen Sicherung aller erforderlichen Erhaltungsmaßnahmen, die der Gesellschaft auf Dauer gesehen wesentlich billiger kommen als große, oft nur die Vernachlässigungen in der Erhaltung korrigerende, große Instandsetzungen und auch billiger als die einfache Strategie: Abriß und Neubau.

Das ist die wichtigste Seite des Problems. Eine andere besteht darin, daß die modernen Lebensbedingungen, ob man das will oder nicht, in vielen Fällen grundsätzliche Eingriffe in die alten Strukturen der Städte im bestimmten Umfang erforderlich machen. Das aber liegt auf einem gesonderten Feld. Der heutige Verkehr überhaupt, die ganze moderne Infrastruktur einer (Groß)stadt fordern das ihrige. Aber auch hier ist immer nach dem **wirklich Notwendigen** zu fragen und große Vorsicht gegenüber radikal-utopischen Konzepten geboten, die davon ausgehen, daß in jedem Fall das Neue das Bessere ist, dem das Alte nur im Wege steht. Es gibt genug Belege des Gegenteils!

Dies ist keine Polemik etwa gegen eine höhere Ökonomie beim Bauen selbst. Aber gesamtwirtschaftliches Denken zwingt uns, die Ökonomie und auch die Arbeitsproduktivität beim Bauen, verstanden als Neubau, nicht isoliert zu sehen. Das Bauwesen ist dadurch geprägt, daß es für einen wie auch immer gearteten Bauherrn Bauwerke, Gebäude, Anlagen **produziert**. Mit der Übergabe an den Auftraggeber endet scheinbar seine Verantwortung. Für die Gesellschaft und deren konkrete Subjekte und Entscheidungsträger steht die Frage jedoch anders. Sie verwaltet das baulich heute und das von früheren Generationen Geschaffene. In letzteren aber stecken immense, auch ökonomische Werte, auch wenn diese Gebäude vielfach nicht allen modernen Anforderungen genügen. D. h., hier steckt die Arbeitskraft vieler aus zurückliegender Zeit darin vergegenständlicht, auch wenn verschleißbedingter Verlust an Gebrauchswert zugleich ökonomischen Wertverlust bedingt. Zwar senkt die Erhöhung der Arbeitsproduktivität z. B. beim heutigen Bauen auch den „(Tausch)Wert“ des schon Bestehenden. Es könnte so bei einer Senkung des erforderlichen durchschnittlichen Arbeitskraftaufwandes für ein Bauprodukt – also Erhöhung der Arbeitsproduktivität – heute u. U. an Wert im Sinne der Marxschen Wertttheorie verlieren. Bedenkt man allerdings, daß hier auch der durchschnittliche Arbeitskraft(zeit)aufwand für die Produktion der benötigten Rohstoffe und Energie, im Sinne der erforderlichen gesellschaftlichen Gesamtarbeit für das Produkt, in den ökonomischen Wert beim Neubau eingehen, dann ist durchaus **nicht (!) sicher,** daß beim Neubauprodukt **grundsätzlich** und immer eine ökonomische Wertsenkung bzw. Verbilligung allein damit verbunden ist, weil sich die Arbeitsproduktivität nach allgemeinem Gesetz tendenziell erhöht. **Gegen** diese Tendenz wirkt hier der tendenziell steigende Kostenaufwand für viele Rohstoffe, darunter nicht nur der der reinen Baustoffe, und der an erforderlicher Energie und deren Anwachsen für Fertigung, Transport und Montage schwerer Bauteile. Da im Bauwesen die Losgrößen vergleichsweise gegenüber den Produkten anderer Zweige klein sind, die Vorfertigungsstätten notwendig territorial zerstreut, verteilt sich auch der Kostenaufwand für die vergegenständlichten Anteile in geringerem Maße als in anderen Zweigen und wirkt so stärker verteuernd auf das einzelne wie auf das Gesamtendprodukt. Speziell diese Umstände wirken sich im Kostenvergleich, Erhaltung – Neubau, gerade im innerstädtischen Bauen **zuungunsten** des Neubaus dort besonders aus. **Steigt** (!) aber durch solche Umstände der ökonomische Wert des Neubaus, dann steigt auch der Wert des im Gebrauchswert vergleichbaren Altbaus.

Selbstverständlich hat auch jede Erhaltungsstrategie ihre Grenzen, und Neues fordert sein Recht. Die Grenzen liegen dort, wo trotz kontinuierlicher Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen und schließlich Generalreparaturen, ein solcher Alterungsprozeß des Gebäudes erreicht wird, daß seine Erhaltung nur mit progressiv wachsendem Aufwand erreicht werden kann, wie er nur in Sonderfällen bei Bauwerken, die dazu bestimmt sind, als Geschichtsdenkmale zu dienen, gerechtfertigt ist. Es kommt aber m. E. darauf an – wo dem keine Strukturveränderungserfordernisse im Wege stehen – **ein Maximum in der Bestandserhaltung anzustreben!** Abriß und Neubau sollte sich erst dann erforderlich machen, wo um dieses Maximum gerungen wurde oder wo gravierende Funktionswandlungen den Widerspruch zwischen neuen Erfordernissen und alter Hülle durch keinerlei Maßnahmen am Altbau überbrükken können.

Anmerkungen

[1] Diese Unklarheit hat Ursachen. Eine dieser Ursachen liegt sicher auch in einer falschen, die Verhältnisse nicht richtig widerspiegelnden Sicht hinsichtlich der Dimensionen des Bestandes im Vergleich zum Neubau. Wir sind es gewöhnt, in unseren Plänen und Planberichterstattungen unser Augenmerk vor allem auf die erbrachte Produktionsleistung im Jahr oder im Fünfjahrplan zu legen. Dabei gerät meist der Bestand und das, was uns dieser an Leistung abfordert, aus der Optik, insbesondere da diese Leistung pro Bestandseinheit (z. B. WE) pro Jahr so klein erscheint, daß man sie vernachlässigen zu können glaubt. Aber diese Sicht ist falsch, weil das, worauf wir gerade unser größtes Augenmerk legen, der Neubau, im Verhältnis zum Bestand nur eine vergleichsweise bescheidene Zuwachsgröße verkörpert. So betrug die Anzahl der neugebauten Wohnungen lt. statistisches Jahrbuch 1987 1986 119 335. Dem stand aber ein Bestand von 6791 385 Wohnungen gegenüber, der mit diesem Neubau auf 6910 720 erhöht werden konnte. Der Anteil des Zuwachses am Bestand trug somit lediglich 1,73 % bzw. ein 58zigstel des Bestandes. Die Dimension des Bestandes macht somit das 58fache der Größe des Neubaus eines Jahres aus, und das ist eben, auch wenn die laufenden erforderlichen Erhaltungskosten pro Jahr und Objekt im Vergleich zur Neubauinvestition klein erscheinen, in der Summierung und Masse eine außerordentliche Größenordnung, die man sich hinreichend klar machen muß, um dann auch die Größenordnung der erforderlichen Erhaltungsleistungen zu begreifen. Zwar verteilen sich dabei die Kosten nicht gleichmäßig auf alle Gebäude – ein neues erfordert zunächst geringere Kosten als ein altes – aber allein schon die Menge des Bestandes stellt hier außerordentliche Anforderungen. Dabei verringert selbstverständlich ein großer proportionaler Anteil an junger Substanz an Gesamtbestand auch den Gesamtumfang des Erhaltungsaufwandes.

[2] Vgl., MEW, Bd. 24, Das Kapital BdZ, S. 178 f.
Dort heißt es S. 178 „Die Grenze zwischen eigentlicher Reparatur und Ersatz, zwischen Erhaltungskosten und Erneuerungskosten ist eine mehr oder weniger fließende.“ und S. 179 „Bei dem Betriebsmaterial einer Eisenbahn ist Reparatur und Ersatz gar nicht zu trennen.“ Auch die weiter folgenden Ausführungen bestätigen das Gesagte.

Was wird aus unserer Plattenbauweise?

Dipl.-Ing. Till Dorst
z. Zt. Bauakademie der DDR

Vom gegenwärtigen Primat des Herstellungsprozesses zum bestimmenden Einfluß der Bauaufgabe in ihrer technischen, funktionellen und architektonischen Vielseitigkeit

Das einseitige Übergewicht der Kapazitäten der seriellen Großplattenbauweise erfordert die Erhöhung des Anteils traditioneller Baukapazitäten und anderer industrieller Verfahren, um eine ausgeglichene Reproduktion der Bausubstanz zu gewährleisten.
In folgenden Thesen wird eine Entwicklungsrichtung skizziert, die einen sinnvollen Anteil von Fertigteilkonstruktion sowohl in den Gebäudelösungen als auch in der Gesamtkapazität sichern. Diese höhere Stufe der Industrialisierung des Bauens mit Fertigteilkonstruktionen soll positive Aspekte der bisherigen Entwicklung in sich aufnehmen, ohne die Begrenztheit und Ausschließlichkeit der bisherigen Montagesysteme fortzuführen. Aus einer langjährigen praktischen Arbeit als Architekt und einer inzwischen einjährigen Forschung auf diesem Gebiet konnten die bestimmenden Zusammenhänge herausgearbeitet werden. Danach ist die **flexible** automatisierte Fertigung von Stahlbetonteilen der Kern zur Lösung der angestauten Widersprüche. Die Beobachtung der Entwicklung in den Niederlanden, Dänemark, Finnland und in Österreich zeigt, wie solche flexible automatisierte Fertigungslösungen und die nachgeordneten entwicklungsoffenen Baukonstruktionen geschlossene Systeme, wie die WBS 70, überflüssig machen.
Ziel der vorgeschlagenen Entwicklung ist die Aufhebung des „sektiererischen" Fertigteilbaues in einer allgemeinen Bauweise, die die Vorfertigung von Fertigteilen nutzt.

These 1

Der Beginn der Hinwendung zum innerstädtischen Wohnungsbau bringt erhebliche Auswirkungen auf die Vorbereitungs-, Vorfertigungs- und Baustellenprozesse, die nicht ohne wirtschaftliche Verluste quantitativ fortgesetzt werden können.

Im Spannungsfeld der größeren volkswirtschaftlichen Effektivität des Bauens in der Innenstadt einerseits und den erhöhten standortspezifischen Bauaufwendungen der Kombinate andererseits sinkt die betriebliche Wirtschaftlichkeit. Die Einhaltung der Normative verschlechtert sich. Dabei ist der Einfluß der Standortfaktoren vielgestaltig und mehrschichtig. Dieser Einfluß beschränkt sich in keiner Weise auf beengte Baubedingungen und vom rechten Winkel abweichende Baufluchten. Kulturelle, soziale und Umweltfragen wirken ebenso wie das wachsende Bewußtsein und die Mitverantwortung der Bürger oder Fragen von Städtebau und Architektur.
Der Übergang zum innerstädtischen Wohnungsbau führt, durch die das Serienerzeugnis verformenden standortkonkreten Einflüsse, zu einer Vervielfachung der Elementesortimente. Dadurch vermehrt sich schlagartig der Aufwand für Vorbereitung/Projektierung und vor allem in der Vorfertigung. In der Folge treten Leistungsverluste bis zu den Baustellenprozessen ein, die sich negativ auf die Wirtschaftlichkeit auswirken. Organisatorisch werden die Prozesse kaum noch beherrscht. Dabei wurde die Expansion der Elementesortimente in dieser ersten Phase des innerstädtischen Bauens im wesentlichen durch die Anpassung der Fassadenlösungen an vorhandenen Strukturen, die Eckausbildungen und die Funktionsüberlagerung verursacht. Heute wird die standortspezifische Ausbildung der Wohngebäude, der gebauten Umwelt überhaupt, immer mehr zur Voraussetzung für die individuelle und gesellschaftliche Identifikation. Der gewaltige Umfang des Serienwohnungsbaus hat diesen Prozeß zweifelsfrei beschleunigt. In der Folge zeigt sich ein Qualitätssprung der Entwicklung, der in seiner Konsequenz bisher noch nicht eindeutig erfaßt ist. Der Versuch, die Methoden des randstädtischen Wohnungsbaus in die Innenstädte zu übertragen, verfügt nicht über den notwendigen Entwicklungsspielraum und stellt einen Kompromiß als Übergangslösung dar.

These 2

Vom „Monopol" der Plattenbauweise als bestimmendes Bausystem des Serienwohnungsbaus zu einer allgemeinen Bauweise für Baustrukturen des Hochbaus bei optimaler Einbindung vorgefertigter Konstruktionen

Das Produktvolumen des Wohnungsneubaus wird gegenwärtig zu fast 80 Prozent durch Montagebauweise unterschiedlicher Laststufen bestimmt, darunter 72 Prozent Plattenbauweise. Damit ist ein hoher Stand der Industrialisierung erreicht, der zur Realisierung des Wohnungsbauprogramms genutzt wurde und wird. Stabile Grundlage ist der Serienwohnungsbau WBS 70 mit wiederverwendungsfähigen Lösungen für Wohnungen und einem Teil gesellschaftlicher Einrichtungen. Mit dem Rückgang des Serienwohnungsbaus entsteht die Möglichkeit und Notwendigkeit, zukünftig die Aufgaben des Gesellschaftsbaus und Teile der Produktionsbauten, aber auch Werterhaltungs-, Modernisierungs- und Rekonstruktionsleistungen in steigendem Umfang zu realisieren. Als Baukapazität stehen dazu hauptsächlich die Produktionskapazitäten der Plattenbauweise zur Verfügung. Diese Abkehr vom Serienwohnungsbau als Hauptteil der Leistungen verändern schlagartig die Anforderungen an dieses Bausystem und seine Fertigung.

These 3

Der Grad der Flexibilität der Elementefertigung ist auf die neuen Anforderungen hin zu erweitern, einschließlich der Überdimensionierung der Flexibilität als langfristiger Entwicklungsspielraum.

Mit einer höheren Stufe der flexiblen Fertigung ist den gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen zu entsprechen. Auf wirtschaftlicher Grundlage sind Einzel- und Massensortimente der unterschiedlichsten Abmessungen und Anforderungen zu produzieren. Im Vordergrund steht die Erfüllung der jeweiligen konkreten Funktions-, Konstruktions- und Gestaltaufgaben. Diese Bedingungen räumen der Nutzung und Wirkung der Gebäude den Vorrang vor den Herstellungsbedingungen ein. Das steht im Gegensatz zur Praxis der Verwendung bestehender Elementesortimente und Kataloglösungen, der das Prinzip der massenhaften Fertigung gleicher Sortimente zugrunde liegt. Mit der wachsenden Vielfalt der Bauaufgaben würde bei Fortsetzung dieses Weges eine unzulässige Einengung die Folge sein.

Die flexible Fertigung erfordert neue Entwicklungen für die Formgebung. Sie muß die Begrenztheit der gegenwärtigen Schalungslösungen überwinden. Dies bedeutet, mit dem Ausschalvorgang die jeweilige spezifische Elementeform wieder aufzuheben. Die Einstellung der Schalung für das folgende Element kann sowohl in den gleichen als auch in anderen Abmessungen erfolgen. Damit ist die Fertigung von Einzelelementen und Großserien möglich. Die Sortimente werden durch die Aufträge und nicht durch die technologischen Bedingungen bestimmt. Hauptsächlich die komplizierte Ausbildung der Elementeverbindungen der WBS 70, wie Elementerandausbildungen, Fensteraussparungen usw., ergeben durch Entschalungsschrägen, Eckücberschneidungen, Profilierungen und offene Außenwandfugen im Stahlschalungsbau komplizierte Lösungen mit hohem Zeit- und Materialaufwand im Formenbau. Diese komplizierten Ausbildungen sind durch einfache Lösungen zu ersetzen. Eine flexible Fertigung von Stahlbetonelementen im oben genannten Sinne erfordert ein Bausystem, das einfachere Randausbildungen und Verbindungsknoten zwischen den Elementen zuläßt.

These 4

Die Entwicklung der flexiblen Fertigung von Betonelementen in Verbindung mit einer offenen Bauweise zielt auf die Lösung aktueller Widersprüche der Industrialisierung der Bauproduktion

– Allgemeine Bauweise
Die offene Bauweise hebt den Fertigteilbau von der Ebene Serienwohnungsbau auf die Ebene einer allgemeinen Bauweise für zukünftige Baustrukturen. Auf diesem Wege ist ein breites Spektrum vom Gesellschaftsbau über Bauten der Produktion bis hin zu Leistungen der Modernisierung und Rekonstruktion erreichbar. Unabhängig von der Bauweise bestehender Altbausubstanz ist auf diese Weise eine Ergänzung, Sanierung oder Erweiterung mit industriellen Mitteln denkbar.

– Mischbauweise
Die offene Bauweise beinhaltet die unkomplizierte Verbindung der effektiven Plattenbauweise, also flächiger Elemente, mit anderen Bauweisen, wie SK-Bauweise, Stahlbau, Monolithbeton und Mauerwerksbau, aber auch anderen Bauweisen und Materialien. Auf diesem Wege können die verfügbaren Baukapazitäten quantitativ und qualitativ, bei Bedarf auch durch das Einbeziehen weiterer Kapazitäten erweitert werden.

– Trennung in Trag-, Hüll- und Ausbaukonstruktionen
Mit der vorgeschlagenen Trennung kann den unterschiedlichen Anforderungen an die Bauteile der Gebäude aus Sicht der Lebensdauer, Instandhaltung und Instandsetzung sowie den Bedingungen der Serienproduktion und der Vielfalt der architektonischen Ausdrucksformen im Kontext der jeweiligen Bauaufgaben entsprochen werden.

– Material- und Energieökonomie
Durch die Anwendung von Betonelementen für den jeweils konkreten Anwendungszweck können Möglichkeiten zur Materialeinsparung erschlossen werden, weil der Gesichtspunkt der „Universalanwendung" im Sinne der Verringerung der Elementesortimente (Bewehrung, Kontaktplatten, Aussparungen, die nicht benötigt werden, usw.) entfallen kann. Optimierung und Spezialisierung erreichen eine höhere Stufe und ermöglichen Einsparungen von Zeit und Material. Ähnliche Gesichtspunkte gelten für die Energieökonomie.
Die für den jeweiligen Einsatzzweck erforderliche Anpassung der Wärmedämmschichten bis zur Nachrüstung bestehender Bauten mit Wärmedämmkonstruktionen und Wetterschutzschichten (z. B. an Wohngebäuden in Blockbau und Plattenbau, aber auch an Außenwänden traditioneller Bauten) kann den Heizenergieverbrauch reduzieren. Damit kann die Qualitätsverbesserung für die

Nutzung und Gestaltung verbunden werden.

– Weitere Mechanisierung und Automatisierung
Die konsequente Vereinfachung der Randausbildungen der Elemente für das offene Bausystem soll die Bedingungen für die weitere Mechanisierung und Automatisierung der Fertigung von Betonelementen begünstigen. Mit der Reduzierung oder dem Wegfall der Prozesse des Formenbaus und der Umrüstung der Formen durch die flexible Schalungslösung ist das Sortiment als leistungsbestimmend aufgehoben.
– Bereitstellung transportgerechter Fertigteile über die bisherigen Einzugsbereiche hinaus
Mit der flexiblen Fertigung kann die Variante der Anpassung der Elemente an die zur Verfügung stehende Transport- und Hebetechnik verwirklicht werden, um außerhalb der traditionellen Palettentechnik bisher nicht erreichbare Territorien wirtschaftlich zu erschließen, bzw. maßgefertigte Elemente zur Selbstabholung bereitzustellen.

– Entwicklung der Exportfähigkeit
Die Anpassung der Elementeabmessungen an spezielle Forderungen bildet auch eine Voraussetzung für den Export von Montagebauleistungen. Die offene Bauweise kann Funktionslösungen der Grundrisse, Architekturansprüchen, Transportbedingungen, Vorschriften und Bestimmungen sowie Qualitätsanforderungen am ehesten entsprechen. Die Exportfähigkeit ist ein Maßstab für die Erreichung des Weltstandes.

These 5

Mit der Erhöhung der Anpassungsfähigkeit der Fertigteilbauweise werden Grundlagen für eine wesentliche Steigerung der volkswirtschaftlichen Effektivität gegeben.

Wesentliche Gesichtspunkte sind:
– Ausweitung der Aufgabenbereiche vom Schwerpunkt Wohnungsbau auf die Herstellung von Baustrukturen am allgemeinen Hochbau,
– Anwendung von Fertigteillösungen über den Neubau hinaus für Werterhaltungs-, Modernisierungs-, Erweiterungs- und Umnutzungsaufgaben,
– Aufnahme anderer Bauweisen und Konstruktionen in Mischbauweise,
– Möglichkeit der Lieferung von Fertigteilen an andere Verbraucher ohne Einsatz der eigenen Baukapazität (Voraussetzungen für die optimale Auslastung der Kapazitäten),
– Übereinstimmung von Auftragsumfang und abgegrenztem Elementesortiment als Grundlage zur differenzierten Preisgestaltung
– Regulierung des Produktionssortimentes im Sinne der stabilen Gewinnerwirtschaftung und Fondsbildung, einschließlich der anteiligen Realisierung von Exportleistungen (Dieser Gesichtspunkt erhält mit der weiteren Eigenerwirtschaftung der Mittel und im Reproduktionsprozeß der Anlagen und Ausrüstungen zunehmendes Gewicht),
– Verbesserung der Bedingungen für die weitere Industrialisierung der Ausbauprozesse.
Bereits mit dem Übergang zum innerstädtischen Wohnungsbau hat sich eine Vervielfachung der Aufwendungen in der Projektierung und technologischen Vorbereitung ergeben. Mit der komplexeren Herausbildung von Baustrukturen und der breiteren Anwendung für Gesellschafts- und Produktionsbauten wird sich diese Entwicklung fortsetzen. Die Nutzung von CAD-Lösungen ist hier angezeigt. Das offene Bausystem mit der Vereinfachung der Randausbildung und die flexible Fertigung unter Ausschaltung des traditionellen Randschalungsbaus bietet gute Bedingungen für eine direkte Verknüpfung zu CAD-CAM-Lösungen. Der Vorbereitungsaufwand wird weiter steigen, und die Ausnutzung der Möglichkeiten der flexiblen Fertigung ergibt sich nur auf dem Wege der breiteren Anwendung der Rechentechnik. Zugleich ist auf dem beschriebenen Weg die weitere Industrialisierung bis zur Teilautomatisierung der Bauprozesse möglich.

These 6

Beträchtliche Entwicklungsmöglichkeiten liegen in der Industrialisierung der Ausbauprozesse.

Schwerpunkt der vergangenen und gegenwärtigen Betrachtungen zur Weiterentwicklung des Plattenbaues war und ist die Herstellung der Betonkonstruktion aus Fertigteilen. Hier liegen, auch bedingt durch den erreichten Industrialisierungsgrad, nach wie vor die größten Probleme und Widersprüche. International hat sich eine andere Entwicklung vollzogen. Der Anteil von kompletten Plattenbausystemen ist rapide zurückgegangen. Die Rohbaukonstruktionen werden traditionell und mit industriellen Mitteln hergestellt.
Für Ausbaukonstuktionen und Außenwände steht ein breites Spektrum vorgefertigter Konstruktionslösungen zur Verfügung, die im Sinne der wirtschaftlichen Fertigung standardisiert sind, ohne ihre Flexibilität in der konkreten Anwendung einzubüßen. In unserer Bauindustrie gibt es eine solche Entwicklung nur im Ansatz für Ausbaulösungen des Serienwohnungsbaus. Im Interesse der Gesamteffektivität ist eine proportionale Entwicklung anzustreben, zumal sich die Bauaufgaben vom Serienwohnungsbau in die vielfältigsten Gebiete ausweiten.
Für Ausbaukonstruktionen sind Dauerbeständigkeit, Wartungsarmut, aber auch Designqualität und ein breitgefächertes Programm Bedingungen für wachsende Effektivität und Industrialisierung der Ausbauprozesse.
Der Entwicklungsbedarf betrifft u. a. folgende Produkte:
– Fenster- und Türkonstruktionen, einschließlich der Beschläge,
– Oberflächen, Wände und Decken, einschließlich verdeckter Elektroinstallation,
– Sanitärkeramik und Sanitärarmaturen,
– Verkehrswege, Treppenhaus und Eingangsbereiche (u. a. Stufen, Handläufe, Schilder, Leuchten),
– Elektroinstallationssysteme
– Fußbodenbeläge, Terrassenbeläge, Fußleisten, Anschlüsse, Abdeckungen, Entwässerungen, Systeme für Gründächer usw.
Für jede Position ist ein vielseitiges Programm anzubieten, das auch den Gesichtspunkt des Eigenbaus durch die Nutzer berücksichtigt. Die breite Industrialisierung der Ausbauprozesse kann unter den zukünftigen Bedingungen der Entwicklung der Bauaufgaben als wirksames Intensivierungspotential gesehen werden.

These 7

Durch Wissenschaft und Forschung sind die Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung von Städtebau und Architektur im Sinne der komplexen Stadtgestaltung auszuprägen.

Das Bauen, speziell der Wohnungsbau, erfreut sich eines ständig wachsendes Interesses der Öffentlichkeit. Soziale Fragen des Bauens nehmen einen großen Anteil in der Kommunalpolitik ein. Diesen Interessen muß die Planungs- und Projektierungsarbeit in ihren einzelnen Phasen gerecht werden. Das innerstädtische Bauen hat zu einer erfreulichen Belebung der Architektursprache geführt und kann als Beginn einer neuen Entwicklungsphase des Bauens betrachtet werden. Sie versteht sich in Funktion und Aussage als Fortführung der Architekturgeschichte.
Möglich ist dies bei einer positiven Aufhebung auf der höheren Entwicklungsstufe der Industrialisierung. Der gegenwärtige Weg der Anwendung eines einheitlichen Elementesortimentes für randstädtische und innerstädtische Gebäude bzw. einheitlicher Segmente oder Gebäudelösungen überhaupt, stellt einen Kompromiß dar, der aus den objektiven technologischen Fertigungsbedingungen der Betonwerke und den verfügbaren Projektierungskapazitäten abgeleitet ist.
In unserer gebauten Umwelt zeichnet sich eine Sättigung durch wiederverwendungsfähige Serienerzeugnisse ab, die bei ihrer Fortführung in einseitig traditionell orientierte Anforderungen umschlagen kann und bereits zu einer zunehmenden Ablehnung der Plattenbauweise geführt hat. Aus diesen Widersprüchen in der Entwicklung sind die beschriebenen Zusammenhänge und die Notwendigkeit der flexiblen Fertigung abgeleitet.
In der Städtebauforschung besteht in diesem Zusammenhang die Aufgabe, Grundlagen der Reproduktionsformen für die jeweiligen Bebauungsstrukturen zu erarbeiten, die eine funktionelle, baulich-räumliche und gestalterische Weiterentwicklung ermöglichen. Das kann weder eine Konservierung bzw. historische Kopie städtebaulicher Strukturen und Gebäudetypen sein noch ihr Ersatz durch vollkommen neue bzw. mit den gerade verfügbaren Mitteln herstellbare. Beide Wege sind weniger effektiv als eine Weiterentwicklung vorhandener Bebauungsformen durch Aufhebung positiver Aspekte und Hinzufügung neuer Elemente, die sich sowohl aus funktionellen Anforderungan als auch aus veränderten stadttechnischen, ökologischen und sozialökonomischen Bedingungen ergeben.
Mit der technologischen und ökonomischen Beherrschung einer flexiblen Fertigung besteht die Möglichkeit, diese für gestalterische und funktionelle Ziele zu nutzen.
Damit können die ästhetischen Potenzen, wie z. B. das Verhältnis Wand – Öffnung – Fenster, Elementeabmessungen und Fugenlagen, im weitesten Sinne, Maßverhältnisse – Proportionen, bewußter für Architektur- und Raumbildung eingesetzt werden. Das betrifft auch die Überwindung der Einseitigkeit von Lochfassaden und der Zellenstruktur, die mit der Plattenbauweise gebildet werden. Die Vielfalt des städtischen Lebens, die in der Formensprache und Raumbildung der Architektur ihren Ausdruck findet, ist in das Potential des industriellen Bauens aufzunehmen. So ist nicht die Erarbeitung von Fassaden und Grundrißlösungen das Aufgabengebiet der Bauforschung, sondern das Entwickeln solcher Rahmenbedingungen, die eine Entfaltung der Leistungen von Architekten und Projektantenkollektiven fördern. Das schließt die weitere Ausprägung der „Handschrift" des Architekten ein.

Staufenbiel, F.
Stadtsoziologische Forschung und intensive Stadtreproduktion
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) 2, S. 9–10

In diesem Beitrag werden Erkenntnisse und Positionen stadtsoziologischer Forschung und kooperierender wissenschaftlicher Disziplinen für die dringend erforderliche intensive Stadtreproduktion in unserer Gesellschaft vorgestellt. In der gegenwärtigen Entwicklungsphase wird auch die realistische Bewertung der gesellschaftlichen Behandlung unserer Städte und die Begründung einer neuen Qualität der Leitung und Planung sozial-kulturell orientierter Stadterneuerung gebraucht. Stadtsoziologische Bedingungen werden in den alltäglichen Lebensprozessen der Menschen unmittelbar erlebt. Daher hat diese Relation immer eine Bedeutung für das Engagement für oder gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen diese Relation zwischen Umwelt und Verhalten erlebt wird.

Staufenbiel, F.
Исследования в области городской социологии и интенсивное воспроизводство городов
Architektur der DDR, Берлин **39** /1990/ 2, стр. 9–10

В настоящей статье представляются познания и позиции исследований в области городской социологии и кооперирующих научных дисциплин для крайне необходимого интенсивного воспроизводства городов в нашем обществе. В настоящей фазе развития требуются реалистическая оценка общественного отношения к нашим городам и обоснование нового качества управления и планирования возобновления городов с ориентировкой на социально-культурные учреждения. Городосоциологические условия переживаются населением непосредственно в повседневных жизненных процессах. По этой причине эта взаимосвязь имеет всегда значение для вступления за или против общественных отношений, в которых воспринимаются эта взаимосвязь между окружающей средой и поведением жителей.

Hunger, B.
Zum Verhältnis von Städtebau und Gesellschaftsstrategie aus soziologischer Sicht
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) 2, S. 11–12, 4 Abb.

Die Besonderheit der Stadt, auf engem Raum unterschiedlichsten Bedürfnissen mit vielfältigen räumlichen Lösungen Rechnung tragen zu können, entspricht der Verflechtung und Dynamik der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. An Stadtentwicklungsforschung und Planungspraxis stellt sich der hohe Anspruch, im öffentlichen Dialog mit den Bewohnern die notwendige Erneuerung der Stadtplanung zu gestalten. Der Standpunkt der Soziologen wird in diesem Beitrag deutlich.

Hunger, B.
О соотношении градостроительства и общественной стратегии с точки зрения социологии
Architektur der DDR, Берлин **39** /1990/ 2, стр. 11–12, 4 илл.

Особенность города иметь возможность удовлетворения в утесненных пространственных условиях различных потребностей многообразными пространственно-планировочными решениями, соответствует взаимосвязям и динамике социального и хозяйственного развития. К исследованиям в области развития городов и практики планирования предъявляется высокое требования формировать необходимое возобновление городского планирования во всеобщем диалоге с жителями. В настоящей статье разъясняется точка зрения социологов.

Bock, D.
Innerstädtische Wohnmobilität und demographische Wellen
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) 2, S. 13–14

Im Mittelpunkt des Beitrages steht eine Analyse der demographischen Entwicklung in unseren Städten. Ausgehend von dieser Analyse werden Schlußfolgerungen für die Kommunalpolitik und die städtebauliche Planung angeboten und erläutert. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Korrektur der Wohnungsgrößenstruktur in randstädtischen Wohngebieten.

Bock, D.
Внутригородская жилая подвижность и демографические волны
Architektur der DDR, Берлин **39** /1990/ 2, стр. 13–14

В центре внимания настоящей статьи стоит анализ демографического развития наших городов. Исходя из этого анализа предлагаются и рассматриваются выводы для коммунальной политики и градостроительного планирования. При этом основной задачей является корректировка структуры размеров квартир в пригородных жилых районах.

Krause, C.
Ideenwettbewerb „Weiterentwicklung des industriellen Wohnungsbaus"
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) 2, S. 17–33, 33 Abb.

Für die Weiterentwicklung des industriellen Wohnungsbaus im Zeitraum nach 1990 wurde in der DDR ein Ideenwettbewerb durchgeführt. Dabei ging es sowohl um die veränderten städtebaulichen Bedingungen, die vor allem ein Einfügen von Wohnbauten in innerstädtische Bereiche erfordern, als auch um Schritte zu einer höheren Wohnqualität. Die zu diesem Wettbewerb eingereichten Arbeiten werden hier vorgestellt. Obwohl eine Reihe besserer Lösungen angeboten wird, wird das Ergebnis des Wettbewerbs den künftigen Aufgaben nur begrenzt gerecht.

Krause, C.
Конкурс „Совершенствование индустриального жилищного строительства"
Architektur der DDR, Берлин **39** /1990/ 2, стр. 17–33, 33 илл.

Для совершенствования индустриального жилищного строительства в период после 1990 года в ГДР был проведен конкурс. При этом речь шла как об измененных градостроительных условиях, требующих прежде всего включения жилых зданий во внутригородские районы, так и о шагах к повышенному качеству жилья. В настоящей статье представляются проектные предложения, разработанные в рамках этого конкурса. Несмотря на то, что предлагается ряд доброкачественных решений, результат конкурса будет соответствовать будущим задачам только в ограниченной мере.

Hantzsche, D.
Kirchliche Bauten in der DDR. Geplante und ausgeführte Beispiele der Jahre 1977 bis 1989
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) 2, S. 34–37, 9 Abb.

In den letzten zehn Jahren wurden in der DDR zahlreiche Bauvorhaben für Kirchen und Religionsgemeinschaften durchgeführt. Dazu gehören der Bau von Kirchen, Gemeindezentren, Krankenhäuser, Pflegeheimen, aber auch Wohnungen und Verwaltungsgebäuden. In dem Beitrag wird ein Überblick über solche Bauten gegeben, die von der Bauakademie der DDR projektiert wurden. In folgenden Heften sollen dann realisierte Bauten im Detail vorgestellt werden.

Hentzsche, D.
Церкви в ГДР. Примеры, запланированные и реализованные с 1977 по 1989 гг.
Architektur der DDR, Берлин **39** /1990/ 2, стр. 34–37, 9 илл.

В последние десять лет в ГДР были осуществлены многочисленные строительные проекты для церквей и религиозных общин. К ним относится строительство церквей, общинных центров, больниц, домов инвалидов, а также жилых и административных зданий. В настоящей статье дается обзор о таких постройках, спроектированных Академией строительства ГДР. Предусмотрено осуществленные постройки подробно представлять в следующих номерах журнала.

Kalman, T.
Zum 5. Mal „Wohnhaus des Jahres" in Ungarn
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) 2, S. 43–48, 18 Abb.

Das ungarische Ministerium für Bauwesen und Stadtentwicklung führt jährlich einen Wettbewerb für das „Wohnhaus des Jahres" durch. Gewertet werden die besten im Verlaufe eines Jahres in Ungarn fertiggestellten Ein- und Mehrfamilienhäuser. Preisgekrönte Bauten werden hier vorgestellt und zeigen ein beachtenswertes Qualitätsniveau in verschiedenen Formen des Eigenheimbaus.

Kalman, T.
В пятый раз „Жилое здание текущего года" в Венгрии
Architektur der DDR, Берлин **39** /1990/ 2, стр. 43–48, 18 илл.

Венгерское Министерство строительства и развития городов проводит ежегодно конкурс на „Жилое здание текущего года". Оценке подвергают наилучшие одно- и многокваритрные дома, построенные в Венгрии в течение года. В настояшей статье представляются премированные проекты зданий. Они показывают достойный внимания уровень качества в различных формах строительства индивидуальных домов.

Staufenbiel, F.
Stadtsoziologische Forschung und intensive Stadtreproduktion
Staufenbiel, F.
Research on Urban Sociology and Intensive Urban Reproduction
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) No. 2, pp. 9–10

Reported in this paper are insights and positions derived from interdisciplinary research on sociological aspects of urban settlements. They are considered to be essential to the urgent need for intensive urban reproduction in this society. In these days, a realistic assessment is necessary of the sociological treatment so far applied to cities and towns in this country. Also required is a profound substantiation of a new quality of management and planning of socio-cultural orientations for urban renewal. Urban-sociological conditions are directly experienced by man in every-day life. This relation, therefore, has always been important to individual commitment for or against the social conditions under which this relationship between environment and behaviour is experienced.

Staufenbiel, F.

Staufenbiel, F.
Recherche sociologique des villes et reproduction urbaine intensive
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) 2, pages 9–10

L'article renseigne sur les connaissances faites en matière de recherche sociologique des villes qui revêtissent un intérêt tout particulier en vue de la reproduction urbaine intensive pour laquelle il existe un grand besoin dans notre société. Dans la phase de développement actuelle, l'un des objectifs sociales telles qu'elles se posent dans nos villes et à créer les fondements pour une qualité nouvelle de la gestion et de la planification de la rénovation urbaine à orientation sociale et culturelle. Les processus vitaux quotidiens des hommes sont influés en permanence par les conditions sociologiques typiques des villes. L'intensité avec laquelle les gens vivent ce rapport environnement/comportement individuel influe dans une mesure considérable sur leur engagement pour ou contre les rapports sociaux existants.

Hunger, B.
Sociological Aspects of Relationship between Town Planning and Societal Strategy
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) No. 2, pp. 11–12, 4 illustrations

The peculiarity of the city to be capable of meeting by many different space-related solutions and within narrow limits of space a wide-ranging variety of demands is a reflection of the dynamic interrelationship between social and economic developments. City design research workers and planning practitioners have to meet the great challenge of handling urban renewal and planning in public dialogue with the dwellers affected by their decisions. Sociologists have their own positions on these issues of which an account is given in this article.

Hunger, B.
Urbanisme et stratégie communautaire dans l'optique sociologique
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) 2, pages 11–12, 4 illustrations

La particularité de la ville d'offrir sur une surface limitée des solutions spaciales très diversifiées qui répondent aux besoins les plus variés des habitants est en rapport direct avec l'imbrication et le dynamisme du développement social et économique. La recherche en matière de développement urbain et la pratique de la planification se voient confrontées avec la tâche exigeante de mener avec les habitants un dialogue compétent concernant le renouvellement nécessaire des projets d'urbanisme. L'article met nettement en évidence le point de vue des sociologues.

Bock, D.
Mobility of Dwellers in Urban Centrea and Demographic Waves
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) No. 2, pp. 13–14

Emphasis is laid by the author on an analysis of demographic developments in GDR cities. Conclusions are derived and explained for local government and town planning. Particular reference to corrective action on sizes of dwelling units in suburban housing areas.

Bock, D.
Mobilité d'habitation en pleine cité et lignes démographiques
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) 2, pages 13–14

L'analyse de l'évolution démographique de nos villes est le sujet clé de l'article. partant de cette analyse, l'auteur propose des conclusions dans les secteurs de la politique communale et de la planification urbaniste. L'accent y est mis, entre autres, sur la correction structurelle des logements en vue des surfaces habitables dans des zones résidentielles périphériques.

Krause, C.
Brainstorming Contest for Improvement of Industrialised Housing Construction
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) No. 2, pp. 17–33, 33 illustrations

A contest of ideas had been initiated across the building and design profession in the GDR for higher standards of industrialised housing construction beyond 1990. Attention was primarily given to changes in city design and town planning conditions which call for insertion of housing into urban centres as well as to steps towards higher dwelling standards. Entries received are described in this article. While a number of better solutions has been submitted, the overall outcome of the contest is expected to measure up only to some of the forthcoming needs and requirements.

Krause, C.
Concours d'idées „Perfectionnement de la construction de logements industrielle
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) 2, pages 17–33, illustrations 33

Le perfectionnement de la construction de logements industrielle en RDA dans la période après 1990 a fait l'objet d'un concours d'idées. L'accent était mis d'une part sur les conditions urbanistes nouvelles qui prévoient, avant tout, l'intégration d'immeubles résidentiels dans des zones centrales urbaines et, d'autre part, sur des mesures nécessaires pour améliorer la qualité de l'habitat. Les travaux soumis à l'appréciation du jury sont présentés dans cet article. Bien qu'il existe toute une série de solutions intéressantes, les résultats du concours ne correspondent pas complètement aux tâches exigeantes telles qu'elles se poseront à l'avenir.

Hantzsche, D.
Church Buildings in the GDR – Planned and Completed Examples between 1977 and 1989
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) No. 2, pp. 34–37, 9 illustrations

Numerous building projects were completed in the GDR for churches and congregations over the past ten years. Included were church structures, parish centres, hospitals, nursing homes as well as dwellings and office buildings. They had all been designed by the GDR Academy of Building, and an account of them is given in this article. More buildings will be described in greater detail in forthcoming issues.

Hantzsche, D.
Edifices sacraux en RDA. Projets et édifices achevés dans les années 1977–1989
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) 2, pages 34–37, 9 illustrations

Au course des dix dernières années, on a réalisé en RDA un grand nombre de projets pour églises et communautés religieuses. En font partie la construction d'églises, de maisons paroissiales, d'hôpitaux, de foyers pour personnes malades, mais également des logements et des bâtiments administratifs. L'article donne une vue d'ensemble de ces constructions étudiées par l'Académie d'architecture et d'urbanisme de la RDA. Les numéros prochains présenteront en détail les édifices sacraux réalisés.

Kalman, T.
The Fifth „Dwelling House of the Year" in Hungary
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) No. 2, pp. 43–48, 18 illustrations

A contest for the „Dwelling House of the Year" is annually sponsored by the Hungarian Ministry of Building and Urban Development. Eligible for awards are the best single-family and multi-family houses completed within the current year. Buildings for which awards had been granted are described and depicted in this publication. Various forms of residential houses are shown to be of remarkable quality standards.

Kalman, T.
Pour la 5e fois „Immeuble d'habitation de l'année" en Hongrie
Architektur der DDR, Berlin **39** (1990) 2, pages 43–48, 18 illustrations

Le ministère hongrois du bâtiment et du développement urbain organise chaque année un concours „Immeuble d'habitation de l'année". Sont soumises à l'appréciation d'un jury les meilleurs maisons unifamiliales et immeubles collectifs construits pendant une année en Hongrie. Les constructions primées présentées dans ce numéro témoignent du haut niveau qualitatif atteint dans le secteur de la construction de maisons individuelles.

ISSN 0323–3413